

Karl-Joseph Hummel

Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1945–1978*

I. INDIVIDUELLES ENGAGEMENT UND POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Einer der hervorragenden Gestalter der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945, der ehemalige Außenminister des postkommunistischen Polen, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes *Wladyslaw Bartoszewski*, hat in seinen kürzlich veröffentlichten Erinnerungen an die Zeit zwischen 1945 und 1990 besonderen Wert auf die vielen Einzelkontakte von Christen gelegt, die seit den 1960er-Jahren die »schwierige Aussöhnung« voranzubringen suchten.¹ Bernhard Vogels Fazit von 2003 stimmt mit dieser Einschätzung nahtlos überein. Wie konnte es je wieder zu einer guten Nachbarschaft zwischen Deutschland und Polen kommen?

»Nur weil es Menschen gab, die wider alle Hoffnung hofften und Anfänge wagten, blieb es nicht bei Verzweiflung und Resignation. Menschen in Polen und Menschen in Deutschland, die Versöhnung wollten – zwischen den Staaten und zwischen den Menschen – Menschen, die nicht auf andere und auf bessere Zeiten warteten, sondern entschlossen waren, selbst Hand anzulegen.«²

Die Geschichte der polnisch-deutschen Versöhnung nach 1945 ist tatsächlich auf beiden Seiten zunächst die Geschichte einzelner privater Initiativen und nicht vorrangig die Geschichte politisch-diplomatischer Beziehungen oder offizieller institutioneller Kontakte. Dabei hat auf beiden Seiten christliche Motivation eine große Rolle gespielt.

»Jene katholischen und evangelischen Christen, denen die deutsch-polnische Aussöhnung mehr bedeutete als polit-ökonomische Kontakte, waren und sind auch heute eine Minderheit. Aber sie haben – in diesem Fall – Geschichte gemacht.«³

»Beiden Kirchen kommt das Verdienst zu, in der Breite der Gesellschaft in Deutschland wie in Polen eine Diskussion ausgelöst zu haben, die letztlich die Voraussetzung dafür schuf, die starren Fronten politischen Denkens aufzubrechen und neue Wege zu gehen. Wir haben es hier mit dem seltenen, vielleicht in der Bundesrepublik in dieser Form einmaligen Fall zu tun, dass von den Kirchen ohne direkte politische Einmischung, doch in Wahrnehmung ihres Auftrags, zu den Lebensfragen unseres Volkes Stellung zu nehmen, Impulse von zukunftsfruchtiger Wirksamkeit ausgingen.«⁴

Die von einzelnen deutschen Katholiken und Gruppen dabei übernommene Rolle als »Avantgarde der Versöhnung«⁵ im Europa des Kalten Krieges war nach der Katastrophe

* Der Beitrag ist dem Publizisten Otto B. Roegele, dem die deutsch-polnische Versöhnung seit Jahrzehnten ein wichtiges persönliches Anliegen ist, zum 85. Geburtstag gewidmet.

1 *Wladislaw Bartoszewski*, »Und rei uns den Hass aus der Seele«. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen, Warschau 2005.

2 *Bernhard Vogel* am 27. September 2003 in der Katholischen Akademie Berlin anlässlich der Feier zum 30-jährigen Bestehen des Maximilian-Kolbe-Werks.

3 *Manfred Plate* in einer Besprechung der Erinnerungen von *Bartoszewski*, in: *Christ in der Gegenwart* 28 (10.7.2005).

4 *Theo Mechtenberg*, Deutschland – Polen: Die Öffentlichkeitswirksamkeit der EKD-Denkschrift im Vergleich zum Briefwechsel der katholischen Bischöfe 1965, in: *Ost-West-Informationsdienst* Nr. 189 (1996), S. 41–50, Zitat S. 41.

5 *Karl Lehmann*, Unrecht der Geschichte – Perspektiven der Versöhnung. Rede beim Tageskongress »Gegen Unrecht und Gewalt – Erfahrungen und Perspektiven kirchlicher Versöhnungsarbeit« am 30.1.2001 in Mainz, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hrsg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung*, Stuttgart 2001, S. 67–77, Zitat S. 70.

des Zweiten Weltkriegs keineswegs selbstverständlich, wurde aber durch die innere Verbundenheit der deutschen Katholiken zu dem »katholischen« Polen erleichtert. Die jahrzehntelang geleisteten, für sich genommen wenig spektakulären Versöhnungsbemühungen geschahen normalerweise ohne große Beachtung durch die Medien und sind inzwischen im zeitgeschichtlichen Durchschnittsgedächtnis so weit zurückgereicht worden, dass es notwendig scheint, sie ausdrücklich in Erinnerung zu rufen.

Die deutschen Katholiken verbanden mit ihren »außenpolitischen« Aktivitäten – zeitlich unterschiedlich gewichtet – drei Hauptziele: die Verbesserung des jüdisch-christlichen Dialogs, den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen mit dem »katholischen« Frankreich⁶ im Westen und die Versöhnung mit dem östlichen Nachbarn, dem »katholischen« Polen.⁷

Der Weg vom Völkermord an den europäischen Juden bis zu einem versöhnten Neuanfang im Verhältnis zwischen Juden und Christen war lang und schwierig und begann nicht unmittelbar nach 1945.⁸ Aus verschiedenen Einzelinitiativen entstand erst allmählich ein gemeinsames Anliegen. Der erste Nachkriegskatholikentag 1948 in Mainz beschloss ein erstes wichtiges Wort der Neubewertung. Der spätere Vertriebenenminister Hans Lukaschek leitete damals aus der Einsicht in die Schuld von Christen die Forderung ab: »Wir müssen aber auch ins Gespräch miteinander kommen [...]. Wir dürfen nie vergessen, dass wir das Gesetz der Zehn Gebote und das unerschöpfliche Gebetbuch des Psalters als gemeinsames religiöses Gut mit den Juden haben.«⁹ Die Arbeit der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die ihre Anstöße aus den USA erhielten und seit 1952 auch mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, wurde von Beginn an auch durch das persönliche Engagement von Katholikinnen wie Margarete Sommer (1893–1965)¹⁰ und Gertrud Luckner (1900–1995)¹¹ wesentlich befördert.¹² Beide Frauen hatten

6 Nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichneten sich fast 90 % der Franzosen als katholisch, siehe *Marcel Albert*, Die Katholische Kirche in Frankreich in der vierten und fünften Republik, Rom u. a. 1999, S. 24; *ders.*, Frankreich, in: *Erwin Gatz* (Hrsg.), Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd. 1: Mittel-, West- und Nordeuropa, Paderborn u. a. 1998, S. 163–222.

7 Ende 1946 waren rund 95 % der polnischen Bevölkerung katholisch. Siehe *Jan Kopiec*, Polen, in: *Gatz*, Kirche, Bd. 2: Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa, Paderborn u. a. 1999, S. 95–131. Vgl. die Begrüßungsrede des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Bernhard Vogel*, für Tadeusz Mazowiecki auf dem Katholikentag in Mönchengladbach 1974 in: Für das Leben der Welt. 84. Deutscher Katholikentag vom 11. September bis 15. September 1974 in Mönchengladbach, Paderborn 1974, S. 482 f.

8 Für die Jahre 1945–2000 sind die wichtigsten theologischen Dokumente der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken leicht zugänglich bei: *Rolf Rendtorff/Hans Hermann Henrix* (Hrsg.), Die Kirchen und das Judentum, Bd. 1: Dokumente von 1945 bis 1985, Paderborn/München 1988, bzw. *Hans Hermann Henrix/Wolfgang Kraus* (Hrsg.), Die Kirchen und das Judentum, Bd. 2: Dokumente von 1986–2000, Paderborn 2001. Vgl. auch die Internetseite der Deutschen Bischofskonferenz: URL <http://dbk.de/stichwoerter/fs_stichwoerter.html> [30.5.2005], Stichwort: Juden, Verhältnis der Christen zu den Juden.

9 Der Christ in der Not der Zeit. Der 72. Deutsche Katholikentag vom 1. bis 5. September 1948 in Mainz, Paderborn 1949, S. 216.

10 *Heinrich Herzberg*, Dienst am Höheren Gesetz. Dr. Margarete Sommer und das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin«, Berlin 2000; *Ursula Pruß*, Margarete Sommer (1893–1965), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 8, Mainz 1997, S. 95–106.

11 *Hans-Josef Wollasch* (Hrsg.), »Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg«. Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942–1944, Konstanz 1999; *ders.*, Gertrud Luckner (1900–1995), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 9, Münster 1999, S. 261–275.

12 Luckner war bereits seit 1951 »Botschafterin der Menschlichkeit«, seit 1966 »Gerechte unter den Völkern«. Margarete Sommer wurde diese hohe Auszeichnung erst posthum im Januar 2004 zuteil.

sich als Mitarbeiterinnen des Deutschen Caritasverbandes im Auftrag ihrer Ortsbischöfe von Berlin (von Preysing) und Freiburg (Gröber) aus bereits während des Dritten Reiches um »katholische Nichtarier« gekümmert. Die Initiative, nach dem Mainzer Katholikentag den »Freiburger Rundbrief«, einen »Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente«, erscheinen zu lassen, war wesentlich Gertrud Luckner zu danken. Wie schwierig sich der Neuanfang in den christlich-jüdischen Beziehungen dennoch gestaltete, wird in dem Sonderheft des Freiburger Rundbriefs vom September 1960 deutlich, das zum 60. Geburtstag von Gertrud Luckner erschienen ist.¹³ Ausgangspunkt für den Beginn einer grundlegend neuen Phase der Beziehungen zwischen Katholiken und Juden wurde weltkirchlich erst die Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils »Nostra aetate«¹⁴ 1965 und für die deutschen Katholiken zusätzlich der Beschluss der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland »Unsere Hoffnung«¹⁵ 1975.

Im spontan-assoziativen Geschichtsbild der deutsch-französischen Freundschaftsbeziehungen stehen Staatsmänner – Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in der Kathedrale von Reims (Juli 1962) bzw. Helmut Kohl und François Mitterrand auf den Schlachtfeldern von Verdun (September 1984) – dominierend im Vordergrund.¹⁶ Diese symbolischen Inszenierungen wären ohne vorhergehende Kontakte vieler Einzelpersonen und gesellschaftlicher Gruppen nicht möglich gewesen. Als sie aber möglich wurden, wirkten sie ihrerseits auf die gesellschaftliche Ebene zurück und wurden von der Bevölkerung mehrheitlich unterstützt. »Was die Regierungen in Paris und Bonn für eine Annäherung untereinander zustande brachten, fand bei den Bevölkerungen Zuspruch, ohne dass diesen schon alsbald allzu viele Aktivitäten zufielen.«¹⁷ 1963 waren immerhin 71 % aller Westdeutschen der Meinung, man sollte mit Frankreich möglichst eng zusammenarbeiten, während dies für Polen damals erst 27 % unterstützen wollten.¹⁸ Am 5. Juli 1963 wurde zwischen der französischen und der deutschen Regierung ein Abkommen über die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks unterzeichnet. Das am 17. Juni 1991 verabredete Deutsch-Polnische Jugendwerk nahm seine Arbeit fast genau 30 Jahre nach dem deutsch-französischen Vorbild zum 1. Januar 1993 auf.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Polen begann nicht nur später – der erste persönliche Kontakt zwischen deutschen und polnischen Bischöfen nach dem Krieg fand erst im Februar 1955 (!) statt¹⁹, – sie verlief auch wesentlich schwieriger und alles andere

13 Freiburger Rundbrief, XII. Folge 1959/60, Nr. 49, 26.9.1960, mit mehreren Beiträgen über den Stand der christlich-jüdischen Beziehungen in verschiedenen europäischen Ländern.

14 Druck: Das Zweite Vatikanische Konzil, Teil II (Lexikon für Theologie und Kirche, Ergänzungsband), Freiburg 1967, S. 405–495.

15 Druck: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg u. a. 1976, S. 84–111.

16 Vgl. dazu *Richard von Weizsäcker*, Polnisch-deutsche Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Martin Greschat* (Hrsg.), Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen, Stuttgart/Berlin/Köln 1999, S. 15–21.

17 *Von Weizsäcker*, S. 17.

18 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958/1964, hrsg. von *Elisabeth Noelle* und *Erich Peter Neumann*, Allensbach/Bonn 1965, S. 533. Zur Wiederannäherung der französischen Katholiken an die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg siehe *Emmanuelle Picard*, Le rôle des Catholiques français dans le rapprochement franco-allemand après la Seconde Guerre Mondiale, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* (KZG) 14 (2001), S. 513–532.

19 Bericht von Bischof Wilhelm Weskamm über eine Unterredung mit den Kapitelsvikaren Lagoscz von Breslau und Piskocz von Kattowitz im St. Hedwigs-Krankenhaus Berlin an den Apostolischen Nuntius Aloysius Muench, 12. Februar 1955, Diözesanarchiv Berlin (DAB) V/24–2. Zu dem Gespräch siehe unten Anm. 69.

als linear. Die jüngsten Auseinandersetzungen um »Flucht und Vertreibung« haben jetzt nach 60 Jahren ein so von vielen nicht mehr für wahrscheinlich gehaltenes Rückfallpotenzial in frühere Zeiten aufscheinen lassen. Vermeintlich gefestigte persönliche Beziehungen – z. B. die Freundschaft zwischen dem ehemaligen Außenminister Bartoszewski²⁰ und Hans Maier²¹ – werden immer wieder einer Belastungsprobe unterworfen, wenn die alten Diskussionen um Grenzfragen und Flucht und Vertreibung alle positiven Erfahrungen neu überlagern.²² Die Deutschen, so Janusz Reiter, verstehen dann die Polen nicht mehr, und die Polen vertrauen den Deutschen nicht mehr.²³

Auf die Frage: Was denken Sie über die Polen? antworteten noch im September 1959 36 % aller Befragten mit einer überwiegend negativen Einstellung. Lediglich 24 % hatten ein positives Polenbild.²⁴ Im Unterschied zu Frankreich waren im deutsch-polnischen Verhältnis Politiker zunächst nicht sehr engagiert. »Sie taten Polen gegenüber zunächst einfach gar nichts. Wir hatten ja keine gemeinsame Grenze. [...] Hier gab es praktisch beiderseits keine politischen Kontakte oder Initiativen.«²⁵ Immerhin lagen zwischen dem Kriegsende und dem Kniefall Willy Brandts vor dem Warschauer Ghettonenkmal²⁶ am 7. Dezember 1970 25 Jahre, in denen kein Bundeskanzler Warschau besucht hatte. »Dafür entwickelte sich aber aus der Gesellschaft selbst in wachsendem Maße die Suche nach dem andern. Neben den Hochschulen, den Künstlern und den Intellektuellen waren es vor allem die christlichen Kirchen, denen nun die Initiative zufiel.«²⁷ Willy Brandt hat unter Bezug auf die EKD-Denkschrift und den Briefwechsel der katholischen Bischöfe von 1965 sowie das Bensberger Memorandum von 1968 die Vorarbeit der kirchlichen Versöhnung für die politische Normalisierung ausdrücklich gewürdigt: »Das Gespräch der Kirchen und ihrer

20 Siehe *Wladyslaw Bartoszewski*, *Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt. Die Erfahrung meines Lebens*, Freiburg 1986; *ders.*, *Kein Frieden ohne Freiheit. Betrachtungen eines Zeitzeugen am Ende des Jahrhunderts*, Baden-Baden 2000; *ders.*, *Die deutsch-polnischen Beziehungen: gestern, heute und morgen*, Konstanz 2002, sowie die Laudatio von Hans Maier und die Danksagung Bartoszewskis anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahr 1986, Druck: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986; *Wladyslaw Bartoszewski*, *Ansprachen anlässlich der Verleihung*, Frankfurt/Main 1986.

21 Siehe zu Maiers Publikationen: *Hans-Maier-Bibliographie: 1950–1990*, zusammengestellt von *Gertraud Jonas* und *Angelika Mooser*, Freiburg 1991.

22 Siehe zur aktuellen Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen das Heft *APuZ* 5–6/2005: *Deutschland und Polen*, bes. *Dieter Bingen*, *Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945*, ebd., S. 9–17; *Thomas Urban*, *Historische Belastungen der Integration Polens in die EU*, ebd., S. 32–39.

23 Zit. nach *Urban*, S. 32.

24 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958/1964*, S. 571.

25 *Von Weizsäcker*, S. 17.

26 *Willy Brandt*, *Der Kniefall von Warschau*, in: *Friedbert Pflüger/Winfried Lipscher* (Hrsg.), *Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft*, Bonn 1993, S. 51–59. Brandt erinnert sich: »Ich hatte nichts geplant, aber Schloss Wilanow, wo ich untergebracht war, in dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Ghetto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.« (S. 54)

27 *Von Weizsäcker*, S. 17. Vgl. zu der Entwicklung der allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen *Wlodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer* (Hrsg.), *Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949*, Osnabrück 2000; *Pflüger/Lipscher*; *Theo Mechtenberg*, *Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen*, Leipzig 1999; *Werner Plum* (Hrsg.), *Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen*, Bonn 1984.

Gemeinden war dem Dialog der Politiker voraus.«²⁸ Basil Kerski hat darauf aufmerksam gemacht, dass die polnisch-bundesrepublikanischen Beziehungen dadurch bereits lange vor 1990 Elemente der Vergesellschaftung aufwiesen, die sonst nur in den bilateralen Beziehungen zwischen Demokratien aufgeführt werden: »Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Polen kam eine politische Elite an die Macht, die in den vorhergehenden Jahrzehnten an der Herausarbeitung einer kollektiven Identität auf der Basis von Wertekomplementarität zwischen Deutschen und Polen wesentlichen Anteil hatte.«²⁹

Im Gedächtnis deutscher und polnischer *Katholiken* sind seit 1945 zunächst die üblichen bilateralen Geschichten – strittige und versöhnliche – gespeichert. Die deutsch-polnischen Beziehungen³⁰ wären bilateral freilich nur unzureichend erzählt. Eingebunden in den Ost-West-Konflikt haben zumindest die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen bzw. der DDR und Polen jeweils einen zusätzlichen Eigensinn und: Unter der leitenden Fragestellung der Versöhnungsinitiativen von Katholiken ist außerdem die Erweiterung der Erzählperspektive zu einer Dreiecksgeschichte, die die deutsch-vatikanischen und die polnisch-vatikanischen Beziehungen einschließt, naheliegend. Die wechselnde Konflikt- und Gemengelage zwischen dem vatikanischen Staatssekretariat, der katholischen Kirche in Polen und der Volksrepublik Polen, zwischen den deutschen Katholiken in der DDR, der Regierung der DDR und dem Vatikan, sowie zwischen den Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesregierung und den außenpolitischen Zielen des Vatikans – in mindestens drei Pontifikaten: Pius XII. (1939–1958), Johannes XXIII. (1958–1963), Paul VI. (1963–1978) – ist deshalb ein lohnendes, wenn auch schwieriges Untersuchungsobjekt.

Die politisch spannendste Frage, wer auf dem Feld vatikanischer Ostpolitik schließlich Sieger sein würde, ist seit 1990 grundsätzlich beantwortet, das zuvor leidenschaftlich öffentlich diskutierte politische Thema wird seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten wieder in vergleichsweise beruhigten akademischen Diskussionen behandelt.³¹ Wer aber mit Argumenten in diesen Streit eingreifen will, die wissenschaftlich abgesichert sind, hat ein Quellenproblem: Die einschlägigen vatikanischen Archive und viele staatliche Gegenüberlieferungen sind – mit der Ausnahme DDR – für diese Jahre noch nicht zugänglich, die veröffentlichten Quellen – z. B. päpstliche Äußerungen oder Publikationen

28 Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 240f.

29 Basil Kerski, *Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Manuskript P 99–301. Kerski nennt in diesem Zusammenhang das »Kooperationsnetz zwischen Eliten, über das Informationen und Meinungen ausgetauscht oder persönliche Kontakte geknüpft werden konnten« und das auch bei sich verändernden außenpolitischen Prioritäten wirksam blieb, weil es Personengruppen mit ähnlichen Zielsetzungen verband, die sie gemeinsam in ihren Gesellschaften durchzusetzen versuchten (S. 31).

30 Vgl. zur allgemeinen Einführung das Themenheft der KZG 2002: *Von der nationalistischen Konfrontation zur europäischen Verständigung. Die Rolle der Kirchen beim Weg Deutschlands und Polens im 19. und 20. Jahrhundert*.

31 Zur Bedeutung der Rolle, die Papst Johannes Paul II. beim Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa spielte, vgl. *Paul Verbeek*, Pilger gegen die Macht. Johannes Paul II. und der Zerfall des Sowjetimperiums, Augsburg 2005; *ders.*, Die Aufhebung der deutschen Teilung begann in Polen. Der Papst und der Zerfall des Sowjetimperiums, in: *Die politische Meinung* Nr. 371, Oktober 2000, S. 31–42; *George Weigel*, Zeuge der Hoffnung. Johannes Paul II., Paderborn 2002; *Jan Roß*, Der Papst. Johannes Paul II. Drama und Geheimnis, Berlin 2000.

führender Akteure³² – sind meist nicht ausgewertet. Wir müssen uns deshalb dieser Politik indirekt nähern und konzentrieren uns im Folgenden beispielhaft auf ein Kapitel der römisch-katholischen Dreiecksgeschichte, das 1945 beginnt, vor allem aber zwischen 1960 und 1978 in Bonn, Warschau und Rom spielt.

II. VATIKANISCHE OSTPOLITIK?

Wenn die Beziehungen der deutschen und der polnischen Katholiken sich in Abhängigkeit von den allgemeinpolitischen Koordinaten des Kalten Krieges und nicht unbeeinflusst von der vatikanischen Außenpolitik entwickelt haben, lohnt es sich, zunächst den konzeptionellen Hintergrund zu beleuchten und dann die Entwicklung im Detail zu schildern. Ohne Zugang zu den vatikanischen Quellen können wir einstweilen zwar nur spekulieren, ob es so etwas wie eine einheitliche konzeptionelle Grundlage der »Vatikanischen Ostpolitik« überhaupt gegeben hat, *einen* Gesamtplan oder mehrere Gesamtpläne und wer gegebenenfalls deren Architekt gewesen ist.³³

Vermutlich ist der Begriff viel jünger als die Sache selbst und erst zur Zeit der sozial-liberalen Koalition der Bundesregierung Brandt/Scheel entstanden.³⁴ Gemeint ist gleichwohl ein Phänomen fast des gesamten 20. Jahrhunderts mit regionalem Schwerpunkt in Osteuropa. Vatikanische Ostpolitik setzte zu dem Zeitpunkt ein, als die Herrschaft der Bolschewiki die Existenz der katholischen Kirche als solcher in Frage zu stellen schien, und dauerte mindestens bis ins Jahr 1990.³⁵

Grundsätzlich handelt es sich bei der »Vatikanischen Ostpolitik« um einen Sonderfall des allgemeinen Verhältnisses von Staat und Kirche: Welche Aufgabe muss die Kirche in Zeiten totalitärer Regime zunächst und vor allem erfüllen? Mit welchen Mitteln kann sie ihre Ziele am besten erreichen? Welche diplomatischen Beziehungen sind dafür notwendig oder wünschenswert? Welchen Preis darf sie für staatliches Entgegenkommen und die Verlockungen der Koexistenz bezahlen, welche Vorleistungen übernehmen, ohne grundsätzliche Positionen zu opfern?³⁶

32 Siehe aber *Herbert Schambeck* (Hrsg.), *Agostino Kardinal Casaroli. Wegbereiter zur Zeitenwende. Letzte Beiträge*, Berlin 1999; *ders.* (Hrsg.), *Pro fide et iustitia. Festschrift für Agostino Kardinal Casaroli zum 70. Geburtstag*, Berlin 1984; *ders.* (Hrsg.), *Agostino Kardinal Casaroli: Der Heilige Stuhl und die Völkergemeinschaft. Reden und Aufsätze*, Berlin 1981; *ders.* (Hrsg.), *Agostino Kardinal Casaroli: Glaube und Verantwortung. Ansprachen und Predigten*, Berlin 1989. Vgl. auch *Karl-Josef Rauber*, *Der Substitut des Staatssekretariats. Erzbischof Giovanni Benelli (1967–1977)*, in: *Lothar Bossle* (Hrsg.), *Pforten zur Freiheit. Festschrift für Alexander Böker zum 85. Geburtstag*, Paderborn 1997, S. 297–303.

33 Am 30.10.1965 äußerte sich Kardinal Casaroli gegenüber Botschafter Josef Jansen: »Wenn der Papst auch in gewissem Sinn »unpredictable« wäre, [...] könnten wir doch davon ausgehen, dass Prinzipien von ihm nicht aufgegeben werden würden. Die Haltung des Vatikans in der Frage der Ostdiözesen gehöre aber zu diesen Prinzipien.« Bericht Jansens ans Auswärtige Amt, 20.10.1965, Druck: *Michael Feldkamp* (Hrsg.), *Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Heiligen Stuhl 1949–1966. Aus den Vatikanakten des Auswärtigen Amtes. Eine Dokumentation*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 486 f., Zitat S. 487.

34 Vgl. dazu den Beitrag des deutschen Botschafters beim Hl. Stuhl (1990–1995), *Hans-Joachim Hallier*, *Der Heilige Stuhl und die deutsche Frage. Ein Kapitel vatikanischer Ostpolitik 1945–1990*, in: *Römische Quartalschrift* 90 (1995), S. 237–255. Hansjakob Stehle titelte 1975 vorsichtshalber: »Die Ostpolitik des Vatikans«, nicht Vatikanische Ostpolitik. *Hansjakob Stehle*, *Die Ostpolitik des Vatikans 1917–1975*, München/Zürich 1975.

35 Siehe die Aufzeichnung eines Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes, September 1963, über Paul VI.: »Diese ausgesprochene Abneigung gegen jedes totalitäre System dürfte auch für seine Ostpolitik nicht ohne Folgen bleiben.« Druck: *Feldkamp*, S. 406–412, Zitat S. 409.

36 Vgl. dazu die in Anm. 35 zitierte Aufzeichnung.

Vatikanische Ostpolitik war in der Einschätzung ihrer Anhänger und ihrer Gegner eine Politik des langen Atems, die wesentlich davon bestimmt wurde, welche Vorstellungen »man bezüglich der Lebenskraft und Lebensdauer des Kommunismus hatte. Wer mit ihm als einer die nächsten Jahrzehnte – und vielleicht Jahrhunderte – bestimmenden geschichtlichen Kraft rechnete, der war begreiflicherweise zu größeren Anpassungen, größeren Vorleistungen bereit als derjenige, der mit einem Zusammenbruch in absehbarer Zeit rechnete.«³⁷

Agostino Casaroli, von 1963 bis 1990 »Außenminister« des Vatikans³⁸, blieb von Kritik unbeeindruckt: »Die Aktion ist auf lange Sicht angelegt, und es gibt keine Alternative dazu«³⁹, und wusste sich in dieser Annahme auch mit Papst Johannes XXIII. einig, der ihn ausdrücklich dazu ermuntert hatte: »Wir dürfen keine Eile haben, nicht zu viel erwarten; aber wir müssen voll Gottvertrauen weitermachen.«⁴⁰ Die posthum erschienenen Lebenserinnerungen Casarolis tragen nicht ohne Grund den Titel »Il martirio della pazienza: la Santa Sede e i paesi comunisti (1963–89)«.⁴¹

Im praktischen Vollzug waren Zielkonflikte unvermeidbar, römische Alleingänge und ungewöhnliche Koalitionen nicht selten; die Neuumschreibung polnischer oder deutscher Diözesen beispielsweise – für manche ein großer europapolitischer Fortschritt – veranlasste in der Bundesrepublik Deutschland selbst die treuesten der Katholiken zu spektakulären Protesten. Erzbischof Casaroli erläuterte dem damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Alois Mertes (1921–1985)⁴², dem profiliertesten Kritiker der Ostpolitik Papst Pauls VI. aus den Reihen des deutschen Laienkatholizismus, deshalb in einem langen Gespräch Ende Februar 1973, der Vatikan wolle bei gleichbleibender grundsätzlicher Ablehnung der atheistischen, inhumanen Essenz der kommunistischen Ideologie (wie unter Papst Pius XII.) angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse zu Modus-vivendi-Regelungen kommen, die der Kirche in den kommunistischen Staaten ihr seelsorgliches Wir-

37 Hans Maier, Auswertung und Perspektiven, in: *Karl-Joseph Hummel* (Hrsg.), *Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978*, Paderborn u. a., S. 155–161, hier S. 157. Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Ungarns, Janos Kadar, bestritt 1977 nicht die Berechtigung des Vatikans, sich um die ungarischen Katholiken zu kümmern, betrachtete dies vom Ende her gesehen aber als vergebliche Liebesmüh: »Ich persönlich bin davon überzeugt, dass der sozialistische ungarische Staat viele Generationen hindurch bestehen wird; Generationen hindurch werden auch die Kirchen existieren.« Zit. nach Archiv der Gegenwart, 12.6.1977. Vgl. Anm. 76.

38 Zur Biographie und Karriere Casarolis siehe *Schambeck*, *Wegbereiter*, S. 287–293. Vgl. für die europäische Perspektive *Emil Überköfler*, *Vatikanische Ostpolitik vor verschärften Problemen*, in: *Herder Korrespondenz* 32 (1978), S. 121–125.

39 Zit. nach *Stehle*, *Ostpolitik*, S. 14.

40 Casaroli in einem Vortrag über den Heiligen Stuhl und die Ostblockstaaten, gehalten am 26.1.1978 an der Georgetown University, Druck: *Schambeck*, *Heiliger Stuhl*, S. 164–169, hier S. 167. Vgl. die Einschätzung aus dem Auswärtigen Amt von September 1963 (Anm. 35), S. 408: »Ob sich die Hoffnung Johannes XXIII. auf Erfolge seines neuen Stils vatikanischer Ostpolitik auf lange Sicht erfüllen, ist heute noch nicht abzusehen. Neben den genannten positiven Wirkungen sind andererseits bereits jetzt einige negative Effekte zu erkennen, die vor allem auf psychologische Fehler zurückzuführen sind und in katholischen Kreisen – vor allem in Italien – zu einer gewissen Verwirrung und Desorientierung geführt haben.«

41 Turin 2000. Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* und *Tagespost*, Ausgaben vom 29.6.2000. Die Memoiren wurden in Anwesenheit des Präsidenten der Europäischen Kommission Romano Prodi, des italienischen Außenministers Lamberto Dini, Michail Gorbatschows und Kardinalstaatssekretär Angelo Sodanos vorgestellt. Dini würdigte die Vorgehensweise Casarolis, deren Aktualität darin bestehe, dass sie »heute wie damals – nicht ein Zweck in sich sei, sondern ein Mittel darstelle, um damit Stabilität und Frieden zu erlangen.« *Tagespost* 29.6.2000, S. 5.

42 Mertes war von 1982 bis 1985 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Vgl. das Lebensbild von *Jürgen Aretz*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 7, Mainz 1994, S. 209–226.

ken zum Wohl der Menschen gestatten sollten; er wolle außerdem die Lage der kirchentreuen Bevölkerung entlasten und der sozialistischen Realität nicht rein negativ begegnen. In der DDR sei die Minderheit von 1,3 Millionen Katholiken im Vergleich zu den übrigen Ostblockstaaten verhältnismäßig gut gestellt, man wolle deshalb versuchen, keine Schwierigkeiten – etwa durch völlig negatives Verhalten zu den Wünschen Ostberlins – zu schaffen. Schließlich versuche das Staatssekretariat durch amtliche (nicht notwendigerweise diplomatische) Beziehungen zu den kommunistischen Regierungen, eine Art Mitsprache des Hl. Stuhls in kirchlichen Fragen sicherzustellen.⁴³

Nach einer Meldung der Deutschen Presseagentur vom 13. November 1977, der Vatikan plane eine Anpassung einiger deutscher Bistumsgrenzen an die innerdeutsche Grenze, war für Mertes die Grenze der Belastbarkeit überschritten. Mertes bescheinigte Papst Paul VI. öffentlich »volle Irrtumsfähigkeit« in politischen Fragen und erklärte gegenüber der Deutschen Presseagentur: »Die deutschen Katholiken, Klerus wie Laien, haben als Deutsche nach den Erfahrungen mit zwei totalitären Herrschaftsformen auf deutschem Boden geradezu die Pflicht, sich jeder Begünstigung totalitärer Machtausübung zu widersetzen. Begünstigungen solcher Art erfolgen oft ungewollt und unbewusst. Die Pflicht, sich zu widersetzen, gilt in Fällen dieser Art auch gegenüber dem geistlichen Oberhaupt ihrer Kirche, das – wie jeder Mensch – in Fragen dieser Art voll irrtumsfähig ist.«⁴⁴ Intern ernannte Mertes den damaligen Nuntius Guido del Mestri (1911–1993, 1975–1984 Nuntius in der Bundesrepublik) zur »persona non gratissima«.⁴⁵

Der Versuch der vatikanischen Zentrale, den Kirchen in den kommunistischen Ländern Osteuropas das Überleben zu sichern, wurde im Pontifikat Pauls VI. auch in anderen Ländern – in Ungarn und Polen z. B. – an den Bischöfen und Gläubigen dieser Länder vorbei, zum Teil auch gegen deren Willen durchgesetzt. Das Verhältnis des ungarischen Kardinals József Mindszenty (1892–1975) zu Rom galt deshalb als ebenso zerrüttet wie die Beziehung des polnischen Primas Stefan Kardinal Wyszyński (1901–1981) zu Agostino Casaroli.

Ende 1972 äußerte sich Mindszenty zu dem Versprechen des Hl. Stuhls gegenüber der ungarischen Regierung, er werde nichts tun, was dieser schaden könnte: »Die Absichten des Hl. Vaters nehme ich mit der alten Verehrung wahr, doch muss ich sagen: der Gehorsam ist nicht leicht in einer Angelegenheit, die seit einem dreiviertel Jahr nicht bekannt und mitgeteilt worden war, vor allem in einer Sache wie die Ostpolitik der Kirche, deren Schaden ich wohl erfahre.«⁴⁶ Auf der Bischofssynode 1974 legte der Primas immerhin Wert auf die Feststellung: »Vir casaroliensis non sum«, und reiste im Februar 1974 demonstrativ nach Gnesen, um nicht mit Casaroli zusammentreffen zu müssen, als dieser erstmals als offizieller Gast der kommunistischen Regierung seine Aufwartung in Warschau machte.⁴⁷

43 Vermerk Mertes' für die Deutsche Botschaft beim Hl. Stuhl, 26.2.1973, S. 3, nach einem 80-minütigen Gespräch mit Erzbischof Casaroli am 26. Februar 1973.

44 Gespräch von Alois Mertes mit dpa am 14.11.1977. Vgl. *Karl-Joseph Hummel*, *Der Heilige Stuhl, die katholische Kirche in Deutschland und die deutsche Einheit*, in: *Ders.*, *Ostpolitik*, S. 79–106, hier S. 101 f.

45 In einem Brief aus dem Kneippkurhaus Josefsheim in Bad Münstereifel vom 10.8.1978 an Dr. Horst Osterheld. Mertes schreibt weiter: »Die Haltung der Bundesregierung befriedigt mich, die des Nuntius empört mich.« Der Brief an Nuntius del Mestri vom gleichen Tag, der dem Autor vorliegt, endet »mit dem Ausdruck der Betroffenheit und Hochachtung«, ist möglicherweise aber nicht abgeschickt worden.

46 Autograph Mindszentys im Besitz Gabriel Adrianýis.

47 Siehe *Jan Grootaers*, *Ebbe und Flut zwischen den Zeiten*, in: *Giuseppe Alberigo* (Hrsg.), *Geschichte des Zweiten Vatikanischen Konzils (1959–1965)*, Bd. 2: *Das Konzil auf dem Weg zu sich selbst. Erste Sitzungsperiode und Interessio Oktober 1962 – September 1963*, deutsche Ausgabe hrsg. von *Klaus Wittstadt*, Mainz/Leuven 2000, S. 620–677, hier S. 677. Vgl. dazu *Stehle*,

Bei der Beerdigung Papst Pauls VI. 1978 sagte der Berliner Kardinal Alfred Bengsch dem deutschen Diplomaten Peter Hermes verbittert, er habe in den letzten Jahren unter den Bedrückungen des päpstlichen Staatssekretariats mehr gelitten als unter den Bedrückungen in der DDR.⁴⁸

Anfangs, so Casaroli in einem Rückblick 1997, sei auch er von der Macht der Sowjetunion so beeindruckt gewesen, dass er einen »modus non moriendi« gesucht habe. »Nach einiger Zeit, zumindest, was mich anging, aber es betrifft, glaube ich, auch Papst Paul VI., [erkannte ich,] dass der Kommunismus offensichtlich stark schien, in Wahrheit aber schwach war und immer schwächer wurde. [...] Man konnte aber nicht vorhersehen, ob es bis zu diesem Niedergang noch zehn, zwanzig, fünfzig Jahre gedauert hätte, das konnte man nicht wissen. In der Zwischenzeit mussten die Kirchen weiterleben.«⁴⁹ In dieser Zwischenzeit wollte Agostino Casaroli aber »nicht bloß Beobachter oder Opfer der Geschichte sein, sondern nach Möglichkeit zu denen gehören, die diese Geschichte gestalten.«⁵⁰ Die Risiken seiner Politik sah er selbst dabei sehr deutlich und war sich der »objektiven Schwierigkeiten« wohl bewusst: »Ich spreche gar nicht von der ideologischen Aussöhnung, sondern von Schwierigkeiten, praktische Mittel und Wege zu finden, um innerhalb der starren Strukturen eines kommunistischen Staates und Systems für die Kirche und für die Religionsausübung hinreichende Möglichkeiten sicherzustellen.«⁵¹

Die vatikanischen Diplomaten waren trotz dieser langfristigen Planung paradoxerweise immer auf kurzfristige Erfolge angewiesen, die oft schmerzhaft Konzessionen erforderten und Gläubige wie einheimische Hierarchien auf harte Proben stellten. In dem dann heftigen und leidenschaftlich ausgetragenen Streit ging es weniger um unterschiedliche Ziele als um die erfolversprechenden Wege. »Diplomatie war für die Papstkirche immer schon *Mittel* ihres Apostolats; die Behauptung, sie habe dieses Apostolat im Osten durch Diplomatie *ersetzt*, ist absurd, weil ihr für andere als pastorale Zwecke Divisionen fehlen. Zu fragen ist also allein, ob diese Politik ihrem Zweck entsprechend verfährt.«⁵²

III. SEELSORGE UND POLITIK

Die übliche Reduzierung »Vatikanischer Ostpolitik« generell bzw. der manchmal auch als »Neue Ostpolitik« definierten osteuropäischen Aktivitäten des Vatikans vor allem im Pontifikat Papst Pauls VI. auf Reisetätigkeit, Staatsverträge und diplomatische Beziehun-

Ostpolitik, S. 384 f. – Kardinal Wyszyński erklärte im November 1977, »die Kirche in Polen stehe nicht kraft diplomatischer Abmachungen.« Zit. nach *Überköfler*, S. 124. Der geplanten Entsendung eines Nuntius nach Warschau sah Wyszyński mit Misstrauen entgegen, siehe den Beitrag über »Die Haltung des Episkopats in Polens Krise«, in: *Herder Korrespondenz* 32 (1978), S. 59 f., hier S. 60. – Siehe auch *Grootaers*, S. 676 f., zu den »gemischten Gefühlen«, die die ungarischen und polnischen Bischöfe der vatikanischen Diplomatie entgegenbrachten, sowie zur Kritik des ukrainischen Metropoliten Josyf Slipyi und des ukrainischen Erzbischofs Vladimir Sterniuk.

48 *Hummel*, Ostpolitik, S. 231. Bengsch hat mehrmals öffentlich beklagt, der Hl. Stuhl habe sogar das Porto für eine Postkarte gespart, um ihm mitzuteilen, dass ein Teil seines Bistums abgetrennt worden sei, ebd., S. 234.

49 Interview Casarolis für die Fernsehgesellschaft MPR (Remy), zit. nach *Heinz Hürten*, Was heißt Vatikanische Ostpolitik? Eine einführende Skizze, in: *Hummel*, Ostpolitik, S. 1–17, hier S. 14, Anm. 10.

50 Casaroli in seinem Vortrag vom 26.1.1978 (Anm. 40), S. 168.

51 Ebd.

52 *Stehle*, Ostpolitik, S. 9, Hervorhebungen im Original. In diesem Punkt stimme ich Stehle ausdrücklich zu.

gen bedeutet eine unzulässige Einengung. Tatsächlich handelt es sich um viel komplexere, primär *pastorale*, dann auch politische Zusammenhänge, um Seelsorge und Politik, auf ganz verschiedenen, miteinander konkurrierenden und einander ergänzenden Ebenen von der hohen Diplomatie bis zu konkreten caritativen Hilfsmaßnahmen.

Dabei geht es um staatskirchenrechtliche Vorgänge und/oder um innerkirchliche Probleme, um die Wünsche einer oder mehrerer Ortskirchen und um weltkirchliche Überlegungen, zuerst um Fragen der Seelsorge, um Priesterausbildung, Bischofsernennungen und Bischofsweihen, um die Versorgung mit Büchern, Hostien oder liturgischen Geräten, dann aber auch um soziale und wirtschaftliche Projekte, um die Wahrung kirchlicher Rechtspositionen, die Umschreibung von Diözesen und Kirchenprovinzen, um politische Grenzfragen, schließlich um Fragen der internationalen Politik, Menschenrechte und weltanschaulichen Dialog.

Durch drei Entwicklungen begünstigt, die zunächst überhaupt nichts miteinander zu tun hatten, können erste Beispiele von Versöhnungskontakten deutscher Katholiken mit Polen, mühsame Anknüpfungen, jetzt bereits in den 1950er-Jahren belegt werden. Erstens sind bei den beispiellosen, breit angelegten Recherchen nach Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen seit August 2000 in allen Diözesanarchiven neue Quellen auch für andere Fragestellungen gefunden worden. Zweitens ist das Projekt der Kommission für Zeitgeschichte »Akten deutscher Bischöfe nach 1945«, in dem z. Zt. je drei Bände für die Westzonen/alte Bundesrepublik bzw. SBZ/DDR bearbeitet werden, so weit fortgeschritten, dass die Bearbeiter verschiedentlich Hinweise auch für die deutsch-polnischen Beziehungen geben konnten.⁵³ Drittens erwies sich das forscherefreundlich ausführliche Findbuch des vorzeitig geöffneten Münchner Konzilsarchivs Kardinal Döpfners auch zu unserer Fragestellung als eine wahre Fundgrube.⁵⁴

An dieser Stelle sei zunächst nur ein Beispiel aus dem *persönlich-caritativen* Bereich in Erinnerung gerufen: die Bitte der Caritas an Papst Pius XII. vom Februar 1946, die noch in Deutschland lebenden Hunderttausenden von Ausländern, hauptsächlich Polen, in ihre Heimat oder in durch Kriegsfolgen weniger belastete Länder zurückzuführen.⁵⁵

Im *kirchlich-seelsorglichen* Bereich ist die »Glockenfrage« ein in seinem emotional brisanten Stellenwert nicht zu unterschätzender Dauerbrenner. Bereits im Dezember 1947 wurde über die Rückführung von Kirchenglocken beraten, »deren Heimat im Bereich der polnischen Besatzungszone liegt«. In der unmittelbaren Nachkriegszeit bestand aber die Befürchtung, dass »die Glocken, wenn sie nach den Vorschriften des kanonischen Rech-

53 Vgl. Anm. 55-57 und 67.

54 Guido Treffler/Peter Pfister (Bearb.), Erzbischöfliches Archiv München. Julius Kardinal Döpfner. Archivinventar der Dokumente zum Zweiten Vatikanischen Konzil, Regensburg 2004.

55 Memorandum des Deutschen Caritasverbandes, Anlage zu einem Schreiben an den Kölner Kardinal Josef Frings vom 2.2.1946, Archiv des Erzbistums Köln (AEK) CR II 25.18.7, Punkt II 1 b. Das Dokument wird demnächst in der Edition der Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Die westlichen Besatzungszonen (1945–1947), bearb. von Ulrich Helbach, in der Reihe der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte gedruckt werden. – Ein zweites, späteres Beispiel aus diesem Bereich wäre die persönliche Spende von 10.000 Dollar, die Papst Paul VI. 1966 an die Ostpriesterhilfe übergab. »Es wird Ihnen nicht unbekannt sein«, schrieb P. Werenfried van Straaten in diesem Zusammenhang an Kardinal Julius Döpfner, »dass die von einer großen Besorgnis inspirierte Praxis des heiligen Stuhles, zur Zeit auch durch diplomatische Kontakte zu versuchen, das Leid unserer verfolgten Brüder zu erleichtern, in gewissen Kreisen falsch gedeutet wird.« Kardinal Döpfner wollte sich dem päpstlichen Beispiel in dieser Frage aber nicht anschließen und wies P. Werenfried lapidar auf langjährige, ähnliche Aktivitäten der deutschen Katholiken hin: »Wenn Sie jetzt Ihre Tätigkeit hinter den »eisernen Vorhang« verlegen, tun Sie gut daran. Aus dem Bericht der Caritas Internationalis können Sie ersehen, wie sehr die katholischen Bischöfe Deutschlands in der gleichen Richtung tätig sind.«

tes an die vormaligen deutschen Ostgebiete ausgeliefert werden, in Wirklichkeit ihre Empfänger überhaupt nicht erreichen, sondern zur Wiederankurbelung der Industrie des polnischen Staates benutzt werden.«⁵⁶ Die Rückführung wurde deshalb auf Anregung der britischen Militärbehörde schließlich bis zu einem Friedensschluss zurückgestellt.⁵⁷ Die Glockenfrage blieb so noch für Jahrzehnte auf der bilateralen Tagesordnung und gehörte noch im Herbst 1978 zu der Agenda für den ersten Besuch der polnischen Bischofskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland.⁵⁸

Günter Särchen, Mitarbeiter des Erzbischöflichen Kommissariats Magdeburg, begann Anfang der 1960er-Jahre als kleines Zeichen der Sühne und des Versöhnungswillens, jugendliche Pilgergruppen nach Polen zu führen, sofern die DDR-Behörden die notwendigen Genehmigungen nicht verweigerten. Ab 1964 wurde diese Initiative von der Aktion Sühnezeichen unterstützt und dadurch zu einem ökumenischen Anliegen. Mit einem Schreiben vom 11. Juli 1964 informierte Särchen die polnischen Bischöfe über zwei bevorstehende Pilgerfahrten von jeweils 20 katholischen und evangelischen Christen. In seiner Ankündigung heißt es: »Allen Beteiligten geht es von Anfang an nicht um Propaganda und äußerliche Wirkung. Beide Gruppen wollen deshalb ohne öffentliches Aufsehen per Fahrrad pilgern und in diesen Tagen der Pilgerschaft bewusst einfach leben und in der Stille beten und opfern.«⁵⁹ »Geplant und veranstaltet wird diese Sühnefahrt von Laien«, schrieb Günter Särchen, »dankbar erfreuen wir uns aber des bischöflichen Segens meines Ordinarius Sr. Exzellenz Dr. Rintelen, Magdeburg, aber auch des Segens von Sr. Exzellenz Erzbischof Dr. Bengsch, Berlin.«⁶⁰ Weil auch dieser Versuch aus »verwaltungstechnischen Gründen und aus Gründen der falschen Antragsstellung« schließlich scheiterte, erläuterte Särchen dem polnischen Episkopat brieflich, es gehe ihm vor allem darum, dass es in Deutschland nicht nur Stimmen gebe »von Deutschen, die zur Vergangenheit und zur Gegenwart eine falsche Einstellung haben.«⁶¹ Die zahlreichen polnischen Antwortschreiben wirkten in dieser Situation der Enttäuschung als willkommener Trost. Erzbischof Kominek aus Breslau schrieb: »Wir sind jederzeit bereit, Nachbarn guten Willens, die uns besuchen, hilfreich die Hand zu reichen.«⁶² Primas Wyszynski versprach: »Nach meiner Rückkehr nach Polen werde ich Sie und alle mit der Aktion Sühnezeichen Verbundenen der Muttergottes von Tschenschow, der Königin von Polen in innigem Gebet empfehlen.«⁶³ Karol Wojtyła war überzeugt: »[...] nur durch solche Pilger- und Sühnefahrten und andere Buß-

56 Der Vorsitzende des Ausschusses für die Rückführung der Kirchenglocken, Mahrenholz, an Kardinal Josef Frings, 18.12.1947, AEK Gen. II 6.1, 1a. Für diesen Hinweis danke ich Ulrich Helbach, der das Dokument demnächst in der Edition Akten deutscher Bischöfe seit 1945 (Anm. 55) veröffentlichen wird.

57 Bericht über die Tätigkeit des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenzen 1950/51, 19.4.1951, Punkt 6. AEK CR 2.25. Das Dokument wird demnächst in der Edition Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Die Sowjetische Besatzungszone und frühe DDR (1945–1951), bearb. von Wolfgang Tischner, in der Reihe der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte gedruckt. Vor dem beträchtlichen Glockenverlust durch Verhüttung und Bombenangriffe wurde ein Bestand von 42.583 Glocken gezählt – 18.553 aus evangelischen und 24.030 aus katholischen Kirchengemeinden. Von den noch erhaltenen 14.000 Kirchenglocken aus Deutschland stammten ca. 1.300 aus den deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie.

58 Die polnischen Bischöfe besuchten vom 20.–25. September 1978 die Städte Fulda, Köln, Nevißes, München, Dachau und Mainz.

59 Schreiben des Seelsorgeamts Magdeburg, 11.7.1964, Zentralarchiv des Bischoflichen Ordinariates Magdeburg (ZBOM) GS II.

60 Särchen an Wyszynski, 14.7.1964, ZBOM GS II.

61 Särchen an die polnischen Bischöfe, 21.8.1964, ZBOM GS II.

62 Kominek an Särchen, 18.9.1964, ZBOM GS II.

63 Wyszynski an Särchen, 30.10.1964, ZBOM GS II.

werke können wir von Gottes Barmherzigkeit die Annäherung der Völker und Religionen erhoffen.«⁶⁴ Antoni Baraniak, Erzbischof von Posen, setzte seine Hoffnung auf das kommende Jahr 1965: »Wenn unsere Völker sich im Namen von Liebe und Frieden näher kommen sollen, so müssen wir eine gemeinsame Sprache finden, durch die die eine Seite um Verzeihung bittet und die andere im Namen Christi verzeiht.«⁶⁵

Der Vorschlag des unermüdlichen Günter Särchen vom Herbst 1963, Magdeburger Priester sollten als Zeichen der Brüderlichkeit für eine von Deutschen zerstörte Kirche in einem Vorort von Posen ein Glockengeläut schenken, scheiterte zunächst daran, dass Erzbischof Baraniak für die drei in Apolda gegossenen Glocken keine Einfuhrgenehmigung besorgen konnte; schließlich durften die Glocken aber der St. Barbara-Kirche in Danzig geschenkt werden. Die symbolische Geste des Glockengeschenks hat ihren legendären Ruf auch in den späteren Konflikten von Günter Särchen mit dem Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg nicht eingebüßt.⁶⁶

Vergleichbar schwierig gestaltete sich das Problem der »Kirchenbücher«; es war ein langer Weg von der ersten Beratung über die Kirchenbücher der polnisch und sowjetisch besetzten Ostgebiete am 18./19. Oktober 1949 bis zu der Übereinkunft der deutschen und der polnischen Bischofskonferenz im September 2001, 3.661 Kirchenbücher zurückzugeben.⁶⁷

Im *kirchenpolitischen bzw. politischen Bereich* ist aus der unmittelbaren Nachkriegszeit der Bericht des Kapitelsvikars der Erzdiözese Breslau, Dr. Ferdinand Piontek, über den Besuch Kardinal Augustin Hlonds am 12. August 1945 zentral, bei dem Piontek auf sein Amt verzichtete, um die Ernennung von Apostolischen Administratoren möglich zu machen.⁶⁸

Ein aus humanitären Gründen und wegen der großen Zahl Betroffener zunächst bedeutender Vorgang vom August 1954 blieb bis in unsere Tage hinein unbemerkt, das Schicksal von 1.538 Ordensschwestern deutscher Abstammung, die nach der gewaltsamen Aufhebung ihrer Klöster in Nieder- und Oberschlesien nicht in ihre Mutterhäuser zurückkehren durften, sondern mit dem Vorwurf »staatsabträglicher« Tätigkeit in Arbeitslager über-

64 Wojtyła an Särchen, 14.12.1964, ZBOM GS II.

65 Baraniak an Särchen, 12.12.1964, ZBOM GS II.

66 Die Hinweise auf die Aktionen von Günter Särchen verdanke ich Daniel Lorek, Magdeburg. Vgl. *Johannes Braun* (Hrsg.), *Kirche – gestern und heute. Zwischen Elbe und Saale, Börde und Bode*. Ein Magdeburgbuch, Leipzig 1989, S. 105 f. Ansgar Hense bezeichnete unter Berufung auf Friedrich Heer 2003 »Alteuropa« als »Glocken-Europa«, »in dem Glocken und ihr Geläute ein, wenn auch mittlerweile fragil gewordenen Band darstellen«, und behandelt in einem hilfreichen Überblick aus rechtlicher Sicht sowohl das Schicksal der Kirchenglocken in beiden Weltkriegen als auch die jetzt wieder aktuell gewordene Eigentümerfrage. *Ansgar Hense*, *Das Schicksal der Kirchenglocken im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Eine rechtshistorische Reminiszenz und zugleich ein Beitrag zum Rechtsstatus der sog. Leihglocken als aktuelles Rechtsproblem des Öffentlichen Sachenrechts*, in: *Stefan Muckel* (Hrsg.), *Kirche und Religion im sozialen Rechtsstaat*. Festschrift für Wolfgang Rühner zum 70. Geburtstag, Berlin 2003, S. 227–296.

67 Besprechung von Ordinariats- und Commissariatsvertretern der Sowjetzone am 18./19.10.1949 in Berlin, TOP 12, Bistumsarchiv Erfurt (BAE) Handakte Freusberg, Ordinariatenkonferenz. Das Dokument wird demnächst in der Edition *Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Sowjetische Besatzungszone und frühe DDR (1945–1951)* gedruckt. Vgl. zu der Vereinbarung über die Kirchenbücher auch den Bericht in der FAZ vom 17.9.2001.

68 Bericht vom 6.4.1946, DAB I/4–56. Zur Ernennung der Administratoren siehe unten Teil V. Vgl. dazu die Gespräche des früheren Generalvikars von Kattowitz, Prälat Franz Wosnitza, mit Bischof Kominek am 14./15.4.1960 in Rom und am 15.5.1960 in Paris. Erzbischöfliches Archiv München und Freising (EAM) Kardinal-Döpfner-Archiv (KDA) 43/1966.

führt wurden.⁶⁹ In verschiedenen Gesprächen des Deutschen Caritasverbandes (DCV) mit den Mutterhäusern dieser Schwestern im Sommer und Herbst 1956 stellte sich dann aber heraus, dass von den Betroffenen nur 145 Schwestern für eine Aussiedlung in Frage kamen, wenn man die Arbeit dieser Orden nicht gefährden wollte.⁷⁰

IV. DIPLOMATISCHER STREIT

Im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg waren die vatikanisch-diplomatischen Wirkungsmöglichkeiten noch ziemlich beschränkt. Bilaterale diplomatische Erfolge der Kurie wurden erst im Zusammenhang mit der Entstalinisierung möglich, als zu der Frage des Umgangs mit totalitären Staaten und des Einsatzes für die seelsorglichen Möglichkeiten die Komponente der Friedenspolitik trat.⁷¹ Theo Mechtenberg hat aber mit Recht darauf hingewiesen, dass auch die »Friedensgrenze« zwischen der DDR und Polen »keineswegs für die zwischenmenschliche Begegnung und einen innerkirchlichen Austausch offen« war⁷², obwohl die DDR im Görlitzer Vertrag 1950 die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hatte.

Die neuen Themen und Methoden wurden einerseits induziert durch die Veränderung der außenpolitischen Gesamtlage und andererseits durch Veränderungen auf der kirchlichen Seite, durch das Aggiornamento der katholischen Kirche, die Öffnung gegenüber der Welt, die neue Dialogbereitschaft – 1961 auf dem Höhepunkt der Berlinkrise, während der Kubakrise im Oktober 1962 oder in Fragen der Nuklearrüstung.

Nach dem Tod Papst Johannes' XXIII. am 3. Juni 1963, der Ermordung des amerikanischen Präsidenten Kennedy am 22. November 1963 und dem Rücktritt des sowjetischen Staats- und Parteichefs Chruschtschow im folgenden Jahr schien diese eher improvisierte Entspannungspolitik fast schon gescheitert, als das Zweite Vatikanische Konzil und Papst Paul VI. ihr durch systematische konzeptionelle Überlegungen einen neuen Impuls verschafften.⁷³

69 Schreiben des Berliner Bischofs Wilhelm Weskamm an den Nuntius Aloysius Muench vom 12.2.1955. Anlage mit Datum vom gleichen Tag, DAB V/24–7. Die »eindrucksvollen Schriftstücke« würden alsbald an den Hl. Stuhl weitergeleitet, so im Antwortschreiben Muenchs vom 15.2.1955, DAB V/24–2. – Bischof Weskamm trug dieses Anliegen am 18.12.1954 bei einer Besprechung mit den beiden Kapitelsvikaren von Breslau und Kattowitz, Lagosc und Piskocz, im Ost-Berliner St. Hedwigs-Krankenhaus vor, stieß dabei aber auf wenig Hilfsbereitschaft. Eine Gesprächsnotiz leitete Weskamm damals mit der Einschätzung an den Hl. Stuhl weiter, dass »dieser persönliche Kontakt mit dem Episkopat Polens, m. W. der erste nach dem Krieg zwischen deutschen und polnischen Bischöfen, seine Bedeutung habe.« DAB V/24–7.

70 Siehe die Gesprächsnotizen vom 18.8.1956 und 9.1.1957, Archiv des Deutschen Caritasverbandes (ADCV) 121/10 + 375.1.02.

71 Siehe *Hürten*, S. 4f. Die friedenspolitischen Aktivitäten Johannes' XXIII. und dann Pauls VI., die ökumenischen Initiativen und nicht zuletzt der Verlauf der Beratungen des Zweiten Vatikanischen Konzils selbst schufen völlig neue Rahmenbedingungen. Die Dialog-Atmosphäre des Konzils begünstigte Hinwendung statt Abgrenzung.

72 *Theo Mechtenberg*, Polenkontakte der katholischen Kirche in der DDR, in: *Greschat*, S. 117–138, hier S. 117.

73 Es war ungewöhnlich, dass Chruschtschow Papst Johannes XXIII. zu dessen 80. Geburtstag im November 1961 über den sowjetischen Botschafter in Italien ein Telegramm schicken ließ, da keine diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Sowjetunion bestanden. Er verband seine Gratulation mit »dem aufrichtigen Wunsch für gute Gesundheit und Erfolg bei seinem edlen Bemühen zur Stärkung und Festigung des Friedens in der Welt durch Lösung der internationalen Probleme durch freimütige Verhandlungen.« Zit. nach *Stehle*, Ostpolitik, S. 334. Siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.12.1961 und KNA-Informationsdienst Nr. 48, 9.12.1961.

Erst jetzt steht die diplomatische Perspektive für die kommenden 15 Jahre des Pontifikats Pauls VI. (Juni 1963 bis August 1978) beherrschend im Vordergrund. Mit Agostino Casaroli und seinen jüngeren Mitarbeitern übernahm – im Vergleich zum Staatssekretariat Domenico Tardini (1888–1961) und Amleto Giovanni Cicognani (1883–1973) – eine neue Generation das Ruder.⁷⁴ »Wir orientierten uns danach, dass unsere allgemeinen Konzepte unvereinbar sind und dass es dennoch die Möglichkeit für das Erreichen von konkreten Teilvereinbarungen gibt.«⁷⁵

Die Bereitschaft, diplomatische Kontakte auch zu kommunistischen Regimen aufzubauen – die als »Sensation« empfundene erste Papstaudienz für einen prominenten Kommunisten fand am 7. März 1963 statt⁷⁶ – führte zu einer intensiven pastoralen Reisediplomatie. Zu den kurzfristigen Erfolgen zählte dabei die Teilnahme von Bischöfen aus kommunistischen Ländern am Konzil. Am 15. September 1964 schloss der Vatikan mit Ungarn den ersten förmlichen Vertrag mit einem kommunistischen Staat nach dem Zweiten Weltkrieg.⁷⁷ Am 25. Juni 1966 kam es zu einer Vereinbarung mit Jugoslawien, der ein Bot-

74 Siehe *Giuseppe Alberigo*, Abschließende Überlegungen: die neue Gestalt des Konzils, in: *Ders.*, Konzil, Bd. 3: Das mündige Konzil. Zweite Sitzungsperiode und Intersessio September 1963 – September 1964, deutsche Ausgabe hrsg. von *Klaus Wittstadt*, Mainz/Leuven 2002, S. 573–600, hier S. 591. Unter den Mitarbeitern waren Luigi Bongianino (1919–2003), der spätere Bischof von Alba bzw. Tortona (1970/1975); Luigi Poggi (geb. 1917), später Apostolischer Delegat in Zentralafrika (1965), Nuntius in Peru (1969), Apostolischer Nuntius mit besonderen Aufgaben zur Pflege des Kontakts zu den Regierungen der osteuropäischen Staaten (1973), Leiter der päpstlichen Delegation für die ständigen Beziehungen zur polnischen Regierung (1974), Nuntius in Italien (1986), Kardinal (1994); Achille Silvestrini (geb. 1923), später Erzbischof von Novaliciana (1979), Kardinal (1988), Präfekt der Kongregation für die Orientalischen Kirchen (1988).

75 Casaroli in einem Interview am 21.3.1990, in: Informationsdienst Osteuropäisches Christentum 2, Nr. 5–6, S. 20–22, hier S. 21.

76 Empfangen wurde Alexej Adschubej, Chefredakteur der *Istwestija* und Schwiegersohn von Nikita Chruschtschow, zusammen mit seiner Frau. Siehe Archiv der Gegenwart, 7.3.1963; *Otto B. Roegele*, Adschubej und die Folgen, in: Rheinischer Merkur Nr. 11, 15.3.1963, S. 3. »Es ist ungewiss«, schreibt Roegele, »ob es überhaupt noch so etwas gibt wie eine vatikanische Politik. Ein Papst, der im Jahre 1958 Franz von Papen zu seinem Kammerherrn ernennt und am Vorabend der italienischen Wahlen den Schwiegersohn Chruschtschows in Privataudienz empfängt, hat sich von allem, was als vatikanische Politik bezeichnet werden könnte, entschlossen losgesagt.« Siehe auch *Grootaers*, S. 673–677.

77 Am gleichen Tag (15.9.1964) reiste der italienische Außenminister Giuseppe Saragat nach Moskau. Am 27.4.1966 besuchte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko Papst Paul VI., im Juli 1966 fand in Bamberg erstmals ein Katholikentag mit polnischen Gästen statt. Siehe dazu Deutschland und Polen. Kirche im Dienst der Versöhnung. Begegnungen, Dokumente, Perspektiven, hrsg. von der Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1996, S. 27, sowie die »Bamberger Erklärung«, ebd., S. 58 f. – Vgl. auch die Rombesuche des sowjetischen Staatspräsidenten Nikolai W. Podgorny (30.1.1967), Außenminister Gromykos 1970, den Besuch Casarolis in Moskau 1971, den Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Tito in Rom am 29.3.1971, die Audienz für den rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu am 26.5.1973, die aktive Teilnahme an der Helsinki-Konferenz 1973–1975, die Privataudienz für Gromyko am 21.2.1974 und den Empfang für den Chef der ungarischen Kommunisten Kadar am 9.6.1977 (vgl. Anm. 37). Kadar war der erste Parteichef aus dem sozialistischen Lager, der empfangen wurde, obwohl er keinerlei Staatsfunktionen ausübte. Für Paul VI. war die 50-minütige Unterredung ein »Ereignis von einzigartiger Tragweite und großer Wichtigkeit«. Siehe den Bericht in der Herder Korrespondenz 31 (1977), S. 335 f., hier S. 336, und Acta Apostolicae Sedis (AAS) 1977, S. 422 f. – Für den polnischen Staats- und Parteichef Edward Gierek war Audienztermin am 1.12.1977. Siehe dazu AAS 1978, S. 107–110. Wyszynski stellte anschließend in einer Predigt in Warschau am 6.1.1978 konkrete Forderungen an den polnischen Staat,

schafteraustausch folgte, und zu Verhandlungen mit der Tschechoslowakei. Unter maßgeblicher Beteiligung des Vatikans wurde in den 1970er-Jahren die Religionsfreiheit ein zentraler Punkt der Menschenrechtsdiskussion auch auf der KSZE-Konferenz in Helsinki.

Die verstärkte politische Präsenz stärkte das internationale Ansehen des Papsttums. Die kommunistischen Regierungen in Osteuropa konnten sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der unübersehbaren sozialen Umbrüche grundlegende Konflikte mit der eigenen Bevölkerung damals nicht leisten; die atmosphärische Entspannung und Klimaveränderung erreichte – in unterschiedlichen Formen und zeitversetzt – den gesamten »Ostblock«, innere Bindungen und ideologische Prägewirkungen nahmen ab.⁷⁸

Über die Richtigkeit und Zuträglichkeit dieser Kontakte entstand Streit mit dem ideologischen Gegner und in der eigenen Kirche. Die Einschätzung, ob es sich bei der vatikanischen Ostpolitik gegebenenfalls um einen unerwünschten Kurswechsel oder nur um eine flexible Handhabung der alten Grundsätze handelte, fiel bisweilen schwer.⁷⁹

Die kommunistischen Gegner rechtfertigten Sanktionen gegen die katholische Kirche mit dem Vorwurf, die Kirche betreibe tatsächlich eine die sozialistischen Gesellschaften verändernde Politik, die als Seelsorge getarnt werde. Casaroli begründete die Berechtigung des katholischen Widerstands mit dem in diesen Staaten ausgeübten politischen Zwang und den gesetzlichen Vorschriften, »welche die Rechte und legitimen religiösen Interessen der Bürger aufs schwerste verletzen.«⁸⁰

Entscheidend war dabei die angelegte Messlatte. Im Urteil Bischof Bengschs z. B. waren die Ergebnisse zunächst vor allem »belastend«, weil »der Heilige Stuhl in den genannten Ländern einen Status quo hinnimmt, der weit unter dem in der DDR liegt.«⁸¹ »Alle im Ostblock zu beobachtenden Lockerungen und Aufweichungen bedeuten in keinem Falle eine grundsätzliche Entscheidung zur Toleranz [...] Die relative Freiheit der katholischen Kirche in der DDR ist zum guten Teil davon abhängig, dass sie vom Westen finanziell unterstützt wird und daher [...] als Devisenbringer gewertet wird.«⁸² Die Berliner

siehe den Bericht in der Herder Korrespondenz 32 (1978), S. 438–440. Am 28.10.1978 kam schließlich DDR-Außenminister Oskar Fischer. Am 24.1.1979 erhielt Gromyko auf sowjetischen Wunsch eine Privataudienz bei Papst Johannes Paul II., am gleichen Tag besuchte Primas Wyszyński den Ersten Sekretär des ZK, Gierek, in Warschau. Für die Regierungen ging es dabei immer um zwei Ziele: Sie versuchten, das Verhältnis zum Vatikan zu verbessern ohne für das Verhältnis zur Kirche im eigenen Land zu große Zugeständnisse machen zu müssen.

78 Siehe dazu den Leitartikel nach dem Tod Pauls VI. von *David A. Seeber*, Ende und Anfang. Zum Pontifikatswechsel, in: Herder Korrespondenz 32 (1978), S. 425–435, hier S. 432.

79 Zur Funktion der Unterstützung der italienischen Sozialisten vgl. die Mitteilung Scherpenbergs ans Auswärtige Amt, 5.2.1964, Druck: *Feldkamp*, S. 433 f. Siehe auch die Mitteilung des Botschafters Jansen ans Auswärtige Amt über seinen Antrittsbesuch bei Kardinal Alfredo Ottaviani, dem leitenden Sekretär des Hl. Offiziums, 18.3.1965, ebd., S. 200. Ottaviani habe erklärt, »es könne keine Rede davon sein, dass die Kirche von ihrer prinzipiellen Ablehnung des Kommunismus in irgendeiner Form abgehe.«

80 Vortrag Casarolis am 26.1.1978 (Anm. 40), S. 165.

81 Lagebericht Bengschs, Oktober 1966, S. 2, DAB V/5–7–1.

82 Bericht Bengschs auf der Bischofskonferenz in Rom Ende 1965, S. 1 f., DAB V/5–7–1. Bengsch sprach von einer »manchmal wehtuend naive[n] Dialogbegeisterung gutmeinender Christen in westlichen Ländern«, ebd., S. 5. Zu dem Zusammenhang zwischen einer einheitlichen Strategie für den gesamten Ostblock und den verschiedenen taktischen Maßnahmen in einzelnen Ländern vgl. den »Bericht über die kirchenpolitische Lage Ostdeutschlands im Rahmen der Ostblockstaaten« vom November 1965, Druck: *Martin Höllen*, Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten, Bd. 2: 1956 bis 1965, Berlin 1997, S. 441–444. – Siehe auch den Lagebericht Bengschs vom Oktober 1966 (Anm. 81), Bl. 485: »Es ist dem Staatssekretär für Kirchenfragen natürlich bekannt, dass trotz der Verhandlungen und Abmachungen des Vatikans mit Ostblockländern die Lage der Kirche dort nicht

Bischofskonferenz hielt selbst den Status Quo der katholischen Kirche in der DDR noch am 5. Juni 1978 »für den bei weitem besten in den sozialistischen Ländern, vor allem bezüglich der Freiheit des pastoralen Wirkens.«⁸³

Aus der Sicht von Emigranten schien die Nachgiebigkeit des Vatikans gegenüber kommunistischen Regierungen oft viel zu weitgehend; viele Kritiker glaubten nicht daran, dass es genüge, vor allem die Hierarchien zu sichern, um die Seelsorge zu garantieren, und beobachteten eine durch die vatikanischen Verhandlungen verstärkte Entfremdung zwischen staatlich tolerierten Bischöfen und den Gläubigen in ihrem Land. In der CSSR und in Ungarn sei der Episkopat gespalten, es bestehe kein Zweifel, dass die Gläubigen zu den »Untergrundbischöfen« das größere Vertrauen hätten.

Unter ökumenischen Aspekten führten die römischen Initiativen verschiedentlich zu Fortschritten, verliefen aber ebenfalls nicht ohne Konflikte. Rom ging dabei arbeitsteilig auf mindestens drei unterschiedlichen Wegen vor, die offiziell voneinander unabhängig waren. »In Wirklichkeit kann man allerdings davon ausgehen, dass an ihrem Ursprung eine Abstimmung, wenn nicht gar eine gemeinsame Planung stattgefunden hat.«⁸⁴

Der Wiener Erzbischof Franz Kardinal König, der seit 1956 an der Spitze der den Oststaaten geographisch am nächsten liegenden Diözese stand und von Johannes XXIII. bereits 1960 in Jugoslawien, 1961 in Polen und im Frühjahr 1963 in Budapest als »persönlicher Botschafter« in Osteuropa eingesetzt wurde, verstand sich selbst nicht als Diplomat des Vatikans. Kardinal König: »Ich habe jedes Mal den Heiligen Vater über das Ergebnis meiner Schritte unterrichtet, ob es Johannes XXIII. oder Paul VI. war. Zu beiden hatte ich immer die herzlichsten Verbindungen.« – »Meine Missionen waren ausschließlich pastoraler und nicht diplomatischer Natur. Die Ostpolitik des Heiligen Stuhls wurde von Paul VI. über Kardinal Casaroli durch besondere Vereinbarungen vorangetrieben, entwickelt und vollendet.«⁸⁵

wesentlich verbessert wurde. Er schließt anscheinend daraus, dass der Vatikan, wenn auch unter Vorbehalt, den dortigen Status quo anerkennt. Ohne Zweifel bedeutet das für ihn, dass der weitaus bessere Status quo der katholischen Kirche in der DDR nicht unantastbar ist.« – »Der Papst will Abmachungen mit kommunistischen Staaten. Die Bischöfe in der DDR haben kein Interesse daran, offenbar deshalb nicht, weil sie von der Bonner Politik abhängig sind. [...] Der Papst hat durch seine Unterhändler den Dialog auch mit sogenannten Friedenspriestern nicht abgelehnt. Im Gegensatz dazu verhalten sich die Bischöfe in der DDR stur-ablehnend. Am Beispiel der polnischen Bischöfe [...] kann man ablesen, wie sehr katholische Bischöfe trotz solcher Konflikte die nationalen Interessen vertreten. Die polnischen Bischöfe haben vielfältig erklärt, dass die Oder-Neiße-Grenze endgültig sei.« Clemens Richter schrieb dazu: »Mit Sorge blicken viele zudem auf die Ostpolitik des Vatikans, dem eine Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager zur Aufrechterhaltung einer mittelalterlich geprägten kirchlichen Ordnung unterstellt wird.« In einem anonymen Bericht über die Lage der Kirche in der DDR heißt es dazu: »Es ist bekannt, dass es innerhalb der DDR auch eine völlig andere Bewertung der Ostpolitik des Vatikans gibt. Dort nämlich befürchtet man, dass das zunehmende Gespräch mit den Ostblockstaaten es der Hierarchie immer schwerer macht, sich politischer Bekenntnisse zum sozialistischen Staat zu enthalten.« Kommission für Zeitgeschichte (KfZg) NL Walter Adolph 33e, Bl. 656–660, hier Bl. 658.

83 Berliner Bischofskonferenz an Nuntius del Mestri, 5.6.1978, Archiv der Deutschen Bischofskonferenz.

84 *Grootaers*, S. 674. In diesen Zusammenhang gehören aber auch neue ökumenische Belastungen, für die der Vatikan nicht verantwortlich gemacht werden konnte, die aber im Zusammenhang mit der Ostpolitik entstanden, wie z. B. die deutschen Irritationen nach der EKD-Denkschrift zu Polen vom 1.10.1965 oder nach dem Memorandum des Bensberger Kreises 1968. Siehe dazu den Kommentar in *Christ und Welt* vom 10.12.1965, sowie ein Schreiben des Flüchtlingsrats an Döpfner, 11.12.1965, EAM KDA 43/1965. Vgl. unten Teil VI.1.

85 Zit. nach *Grootaers*, S. 675, Anm. 145 bzw. 147.

Msgr. Johannes Willebrands vom Einheitssekretariat reiste im September 1962 nach Moskau, um die Einladung russisch-orthodoxer Konzilsbeobachter vorzubereiten, und vermittelte später die Freilassung des ukrainischen Metropoliten Josyf Slipyi.

Auch bei diesen Aktivitäten »scheint [...] der religiöse Charakter im Vordergrund gestanden zu haben«, auch wenn die Billigung durch das Staatssekretariat »ein wesentlicher Bestandteil« war.⁸⁶ Dazu Willebrands: »Wenn von ›Ostpolitik‹ die Rede ist, befinden wir uns auf einem Gebiet, das verschieden und weiter ist als dasjenige religiöser Begegnungen.«⁸⁷

Schließlich gab es Agostino Casaroli und die »politische Übergewichtung« der Beziehungen zu den Regimen Osteuropas, obwohl Casaroli selbst seine Tätigkeit als »ein streng religiöses und kirchliches Handeln« verstand.⁸⁸

In seiner Predigt bei den Exequien für Kardinal Casaroli am 12. Juni 1998 in St. Peter formulierte Johannes Paul II. ein abgewogenes Urteil über die Lebensleistung seines Außenministers, der zum Dialog als »meisterlichem Weg und souveräner Methode« keine gleichwertige Alternative entdecken konnte:⁸⁹ »Seine ständige Sorge galt der Verteidigung des Friedens der Kirche bei der Erfüllung der ihr vom Erlöser anvertrauten Sendung. In diesem Licht müssen die Kontakte gesehen und interpretiert werden, die er in schwierigen Zeiten zu den Regimen der kommunistischen Welt in der Absicht aufgenommen hat, in jenen Ländern den Fortbestand der legitimen kirchlichen Strukturen sicherzustellen.«⁹⁰

Aus der Sicht von Kardinal Bengsch, der die Ostpolitik mehr erlitten hat als gestaltet, führte dieser »meisterliche« Weg direkt in die Katastrophe:

»Zwischen Wolf und Lamm könnte man sich kaum einen Dialog vorstellen. Zwischen dem, der fressen will, und dem, der gefressen wird, ist nichts zu besprechen. Da aber der analoge Vorgang im menschlichen Bereich humanistisch verbrämt werden muss, entsteht die groteske Situation, dass der Wolf noch durch Dialog unterhalten werden möchte, was ein Zusatzvergnügen vor dem beabsichtigten Fraß ist. Sofern das Schaf protestierend blökt, ist es ein friedensstörender Aggressor. Nein, es muss sich Mühe geben, wie der Wolf zu heulen. Und wer wollte bezweifeln, dass auf diese Weise eine vorbildliche Harmonie erreicht wird?«⁹¹

V. PERSÖNLICHE BEZIEHUNGEN, PREDIGTEN UND PILGERFAHRTEN, SELIGE UND HEILIGE

Die schwerwiegendste Belastung der Beziehungen zwischen den deutschen und polnischen Katholiken, deren Beginn in die unmittelbare Nachkriegszeit fällt und nur indirekt mit dem Dritten Reich zusammenhängt, dauert bis heute an und wurde durch den von polnischer Seite Mitte der 1990er-Jahre angestrebten Seligsprechungsprozess für den Auslöser des Streits, den ehemaligen Primas von Polen, Kardinal Augustyn Hlond (1881–1948), zusätzlich erschwert. In diesem Konflikt geht es um die Frage, welche päpstlichen Sondervollmachten dem Primas 1945 zur Verfügung standen, um die deutschen Bischöfe, Weihbischöfe, Generalvikare und Domkapitel in drei ostdeutschen Diözesen (Breslau, Ermland, Freie Prälatur Schneidemühl) und den deutschen Teilen der Diözesen Prag und

86 Ebd., S. 674.

87 Ebd., S. 674, Anm. 143.

88 Ebd., S. 675 f., Anm. 148.

89 *Johannes Paul II.*: Kardinal Agostino Casaroli, in: *Schambeck*, Wegbereiter, S. 277–281, Zitat S. 278. Vgl. *Weigel*; *Edith Heller*, Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965, Köln 1992.

90 Johannes Paul II., S. 278.

91 Kardinal Bengsch, Aufzeichnung Zum Dialog, DAB V/5–7–1, S. 5.

Olmütz zum 1. September 1945 durch Apostolische Administratoren zu ersetzen, und ob er davon in der rechten Weise Gebrauch gemacht hat.⁹²

In Oberschlesien bestimmte Hlond am 12. August 1945 mit dem damaligen Ordinariatsmitarbeiter in Kattowitz Dr. Boleslaw Kominek⁹³ eine Persönlichkeit zum Nachfolger von Ferdinand Piontek (1878–1963), ohne die die deutsch-polnische Versöhnung später an verschiedenen Stellen gescheitert wäre. Dr. Milik⁹⁴ für Niederschlesien und Dr. Nowicki für den brandenburgischen Teil der Erzdiözese waren dagegen eher Verlegenheitskandidaten.

P. Robert Leiber SJ, Privatsekretär Pius' XII., äußerte sich zu den umstrittenen Vollmachten in einem Brief an den Berliner Bischof von Preysing am 28. Oktober 1945:

»Weil vorauszusehen war, dass der Hl. Stuhl von jeder Verbindung mit dem rein russischen Besatzungsgebiet abgeschnitten würde, andererseits die deutschen kirchlichen Oberen an der Ausübung ihres Amtes verhindert würden, hat S. H. Sr. Em. Kard. Hlond gelegentlich dessen Rückreise in die Heimat weitgehende Vollmachten für den Fall der Not gegeben. Er durfte aber keine endgültigen Anordnungen treffen. Die noch lebenden Ordinarien haben nicht gewechselt, sie haben nur oder höchstens auf die zeitweilige Ausübung ihres Amtes verzichtet. Der Hl. Stuhl sieht nichts für endgültig an, bevor ein formeller Friedensschluss vorliegt. Das hat mir S. H. so ausdrücklich erklärt.«⁹⁵

Der Breslauer Konsistorialrat Dr. Johannes Kaps⁹⁶ fasste in einem Brief aus München vom 12. Februar 1946 an Hubert Jedin, der ebenfalls aus Breslau stammte, sich damals aber im deutschen Priesterkolleg im Campo Santo Teutonico in Rom aufhielt und über P. Leiber SJ

92 Bericht des nach dem Tod Kardinal Bertrams im Juli 1945 gewählten Kapitelsvikars der Erzdiözese Breslau, Ferdinand Piontek, vom 9.1.1946 an Papst Pius XII. über den Besuch Kardinal Hlonds am 12. August 1945, KfZg NL Jedin 18/2, Bl. 12–15; *Ferdinand Piontek*, Bericht des Kapitularvikars an Pius XII. vom 9.1.1946 aus Breslau, in: *Archiv für schlesische Kirchengeschichte* 39 (1981), S. 30f.; *Andrzej Dziega*, L'Azione del cardinale August Hlond nell'opera del primo sinodo plenario in Polonia, in: *Ricerche storiche salesiane* 19 (2000), S. 43–51; *Andrzej Duczkowski/Stanislaw Zimniak*, Missione del cardinale August Hlond a Roma, pratiche per il rientro a Poznań nel 1939 e denuncia al mondo delle atrocità compiute dai nazisti, ebd., S. 63–73; *Stanislaw Wilk*, Il cardinale August Hlond organizzatore della vita ecclesiastica in Polonia, ebd., S. 75–96. – Im *Annuario Pontificio*, dem Päpstlichen Amtsblatt, werden die von dem bereits 1948 gestorbenen Kardinal Hlond geschaffenen Tatsachen bis 1958 nicht zur Kenntnis genommen. Im Jahrbuch 1958 heißt es unter dem Stichwort Breslavia: »Der Apostolische Stuhl hat nicht die Gewohnheit, endgültige Veränderungen der Diözesangrenzen vorzunehmen, bevor etwaige Fragen des internationalen Rechts, die diese Gebiete betreffen, nicht durch Verträge geregelt sind, die vollständig anerkannt sind. Eine solche Situation liegt bei dem Gebiet vor, das zur Erzdiözese Breslau, zur Diözese Ermland und zur Prälatur *nullius* Schneidemühl gehören, sowie in geringerem Umfang zu anderen Diözesen. Unter diesen Umständen hat der Hl. Stuhl, um die Seelsorge für die zahlreichen Gläubigen, die in diesen Gebieten leben, sicherzustellen, seine Eminenz den Hochwürdigsten Herrn Stefan Kardinal Wyszynski, Erzbischof von Gnesen und Warschau, beauftragt, diese Gläubigen in seine religiöse Obhut zu nehmen.«

93 Boleslaw Kominek (1903–1974): 1927 Priesterweihe (Diözese Kattowitz), 1951 Weihbischof in Breslau, 1972–1974 Erzbischof von Breslau, 1973 Kardinal. Primas Hlond wollte ursprünglich Kominek zum Administrator für die ganze Erzdiözese Breslau einsetzen, Kominek lehnte angesichts des damaligen Chaos aber ab.

94 Nach dem Urteil von Prälat Wosnitza ein polnischer Militärpfarrer, der nach dem Gomulka-Frühling nicht wieder zum Kirchenoberen bestellt wurde. »Darob ist er Rom, dem Primas und allen gram.«

95 P. Robert Leiber SJ an Konrad von Preysing, 28.10.1945 in: KfZg NL Adolph 18c, Bl. 434–438, hier Bl. 436f.

96 Johannes Kaps (1906–1959): 1935 Priesterweihe in Breslau, 1945 Übersiedlung in den Westen, Hilfe für die Heimatvertriebenen von München aus, 1958 Habilitation im Kirchenrecht. Siehe *Joseph Gottschalk* (Hrsg.), *Schlesische Priesterbilder*, Bd. 5, Aalen 1967, S. 221–225.

einen Informationskontakt zu Papst Pius XII. aufgebaut hatte, die Kritikerposition knapp zusammen:

»Was die Frage der polnischen Administratoren in Schlesien angeht, so mehren sich die Stimmen, die die Haltung Roms nicht verstehen. Auch Priester sagen: Rom hat uns verraten. M. E. wird es nötig sein, dass Rom ausdrücklich zu dieser Frage Stellung nimmt und erklärt, dass Kardinal Hlond seine Vollmachten überschritten hat, jedenfalls nicht im Sinne des Hl. Vaters gehandelt hat [...] Ich wiederhole, dass Dr. Piontek vor Unterzeichnung dieses Verzichtes ausdrücklich gefragt hat: ›Ist das der Wunsch und Wille des Hl. Vaters?‹, und dass er erst nach Bejahung dieser Frage unterzeichnet hat.«⁹⁷

Die klassische Belegstelle für die nationalpolnische Position ist das Interview, das der Primas von Polen, Stefan Kardinal Wyszyński, unmittelbar nach dem Tod seines Vorgängers, Kardinal Hlond, am 16. Dezember 1951 gegeben hatte.⁹⁸ Wyszyński berief sich dabei auf eine Erklärung des polnischen Episkopats, nach der die wirtschaftlichen, historischen, kulturellen und religiösen Rechte sowie die säkulare Gerechtigkeit die dauernde Zugehörigkeit der wiedergewonnenen polnischen Westgebiete zu Polen erforderten. Der Heilige Stuhl habe davon Kenntnis, dass die polnische Öffentlichkeit, der Episkopat und die Regierung in diesem Punkt der gleichen Auffassung seien, und bringe dieser Position Verständnis und Rücksicht entgegen. »Der Heilige Stuhl ist zu einer wörtlichen Erklärung nicht bereit. Es fehlt jedoch nicht an Tatsachen, die manchmal mehr besagen als Worte.«⁹⁹

Die Wege der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung verliefen selten geradlinig und ohne Rückschläge. Manchmal gingen die Beziehungen gleichzeitig voran und zurück – z. B. im Verhältnis zwischen Primas Wyszyński¹⁰⁰ und Julius Kardinal Döpfner¹⁰¹, manchmal hielt ein Verhältnis nicht, was es schon zu halten versprach, wie in den Beziehungen zwischen Franz Scholz und Boleslaw Kominek.¹⁰² Interessant sind insbeson-

97 Johannes Kaps am 12. Februar 1946 an Hubert Jedin, in: KfZg NL Jedin 18/2, Bl. 11.

98 Interview der katholischen Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny* (Krakau) vom 16.12.1951, das in Auszügen am 13.5.1952 in der Zeitschrift »Ost-Probleme« veröffentlicht wurde: 4. Jahrgang, Nr. 9, in: AEK CR II 25.18,25. – Im März 1953 wurde der Kardinal von den polnischen Behörden festgesetzt und bis zum 26.10.1956 unter Hausarrest gestellt. Bei seiner Verhaftung protestierten die bayerischen Bischöfe gegen die Verurteilung und Inhaftierung des Kardinals, wenn auch nicht direkt, aber immerhin in einem Telegramm an den Heiligen Vater. Siehe das Protokoll der Konferenz der bayerischen Bischöfe in Freising, 24./25.3.1953. Beide Texte werden demnächst gedruckt in der Edition der Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Die Bundesrepublik Deutschland (1950–1955), bearb. von *Martin Papenheim*, in der Reihe der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte.

99 Zit. nach *Tygodnik Powszechny*, 16.12.1951.

100 Stefan Wyszyński (1901–1981): 1924 Priesterweihe, 1946 Bischof von Lublin, 1948 Bischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen, Vorsitzender der polnischen Bischofskonferenz, 1953 Kardinal.

101 Julius Döpfner (1913–1976): 1939 Priesterweihe in Rom, 1948 Bischof von Würzburg, 1957 Bischof von Berlin, 1958 Kardinal, 1961 Erzbischof von München und Freising, 1965 Vorsitzender der Fuldaer bzw. (ab 1966) Deutschen Bischofskonferenz. Siehe das Lebensbild von *Karl Forster*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 3, Mainz 1979, S. 260–279.

102 Franz Scholz (1909–1998): Geboren in Breslau, 1934 Priesterweihe, Kaplan und Seelsorger für die polnischen Katholiken in Breslau, 1937–1940 Pfarrkurat und Standortpfarrer in Görlitz, Kriegsgefangenseelsorger, 1946–1949 Flüchtlingsseelsorger und Leiter der Caritas im Bezirk Görlitz-Cottbus, 1949 Übersiedlung in den Westen, 1949–1956 Dozent für Moraltheologie in Königstein/Taunus, 1956–1971 Professor für Moraltheologie und christliche Gesellschaftslehre in Fulda, 1971–1976 in Augsburg. Siehe *Franz Scholz*, *Kollektivschuld und Vertreibung. Kritische Bemerkungen eines Zeitzeugen*, Frankfurt/Main 1995; *Christoph Dahm* (Hrsg.), *Ring um die versöhnende Wahrheit*. In *Memoriam Franz Scholz, ein Mahner der deutsch-pol-*

dere die Kommunikationsgeschichten zwischen Personen, die sich aus anderen Konstellationen von früher her kannten, z. B. zwischen Franz Wosnitza und Franz Scholz auf der deutschen Seite und immer wieder Kominek auf der polnischen Seite.

Kominek (1903–1974, seit 1972 Erzbischof), vor dem Krieg Leiter des Seelsorgeamtes in Kattowitz, hatte während des Krieges und dann für seine Tätigkeit als Administrator und seine kluge Zurückhaltung 1945–1951 hohes Lob erhalten. Von 1952 bis 1956 wurde er von der stalinistischen Regierung Polens seines Amtes verwiesen und durfte Oberschlesien nicht betreten. 1954 geheim zum Bischof geweiht, wurde er im Dezember 1956 Bischöflicher Verwalter des Administraturbezirkes Breslau.¹⁰³

Über Prälat Wosnitza¹⁰⁴ gelangte bereits Mitte der 1950er-Jahre eine Einladung von Pax, der Vereinigung für »fortschrittliche Katholiken« in Warschau, für Franz Scholz auf den Schreibtisch des für vertriebene Priester zuständigen Kölner Kardinals. Kardinal Frings riet damals von einer Reise ab, da ihm die Gefahr des politischen Missbrauchs zu groß schien.¹⁰⁵

Aus einem Schreiben von Dr. Alfred Sabisch, dem deutschen Seelsorger in Breslau, – vermutlich an Prälat Johannes Zinke – vom 15. März 1957¹⁰⁶ ergibt sich, Bischof Kominek habe »mit großer Begeisterung« Zinkes Vorschlag aufgegriffen, »in persönlichen Gesprächen die Kluft zwischen hüben und drüben zu überbrücken«, und das Angebot theologischer Literatur mit einer konkreten Wunschliste beantwortet. Um dies »bei einem Gegenbesuch bei mir in meiner Wohnung – etwas für hiesige Verhältnisse noch nicht Dagewesenes« mitteilen zu können, habe Kominek sich auf der Sitzung der polnischen Bischofskonferenz mit dem Primas-Kardinal darüber abgestimmt und hielt diese Idee »wohl zum ersten Male (für) etwas von Euch drüben, das ihn innerlich sehr froh und hoffnungsfreudig mache für später.« Er bedauere, derzeit eine amtliche Einladung zu einem Gespräch zwischen beiden Kirchen »aus den bekannten Erwägungen einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung, die sich ja für den Sachkenner bei uns von vornherein verstehen, [...] leider – noch – nicht aussprechen« zu können, sei aber bei einem informellen privaten Besuch jederzeit bereit, die vorgeschlagenen Themen zu erörtern.

Zu diesen frühen Gesprächskontakten gehört auch das Treffen deutscher Publizisten mit Redakteuren der Zeitschrift *Znak* und der Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* 1957 in

nischen Verständigung, Bonn 1999. Noch 1973 endete die von beiden Seiten gepflegte Beziehung plötzlich und endgültig in einem politischen Streit über die in die Gegenwart reichende Vergangenheit. Scholz und Kominek, die in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung waren, hatten über Jahre einen vorsichtigen persönlichen Gesprächs- und Besuchskontakt aufgebaut. Scholz befürwortete die Initiative zur Seligsprechung von P. Maximilian Kolbe (siehe unten Teil IV) und unterstützte sie auch durch einen Artikel über die allgemeine Notwendigkeit der Aussöhnung und die besondere persönliche Eignung Pater Kolbes als Symbolfigur. Scholz erinnert sich: »Kominek [...] warmherzig, offen, ein typischer Schlesier. Ich war bei ihm zu Besuch. Im Gespräch kamen wir auf den Primas Wyszynski zu sprechen, der gesagt hatte, in Polen gäbe es keine Deutschen mehr. Und wir gerieten in Streit, weil Kominek zustimmte, dass es keine mehr gäbe. Plötzlich veränderte er sich, wurde hart. Eminenz, antwortete ich ihm, ich bedanke mich, es ist Zeit, voneinander Abschied zu nehmen [...] Zu einem weiteren Treffen kam es nicht mehr.« In: *Dahm*, S. 80.

103 D. i. Mittelschlesien und der südliche Teil von Niederschlesien bis Glogau o. O.

104 Franz Wosnitza (1902–1979): 1927 Kaplan in Kattowitz, 1939 Ordinariatsrat, 1942 Generalvikar des Bistums Kattowitz, 1945 Diözesanbaureferent in Kattowitz, 1946 Krankenhauskaplan in Bochum, 1950 Leiter des Katholischen Siedlungsdienstes im Bundesgebiet in Köln, 1951 Päpstlicher Hausprälat, 1972 Apostolischer Protonotar und Subdiakon in Köln-Bayenthal.

105 AEK Gen. II 20.25,1, 4.10.1955.

106 DAB I/4–55 n. Zinke (1903–1968) wurde 1928 in Breslau zum Priester geweiht und war seit 1946 Leiter der Hauptvertretung Caritas und Geschäftsträger des Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin.

Wien, auf dem der Chefredakteur der KNA, Karl Bringmann, Stanislaw Stomma¹⁰⁷ zu einem Besuch in der Bundesrepublik einlud, der 1958 auch stattfinden konnte.

Prälat Franz Wosnitza, ehemaliger Generalvikar von Kattowitz, führte im Frühjahr 1960 zwei Gespräche mit Boleslaw Kominek in Rom und Paris.¹⁰⁸ Kominek war offensichtlich ein informierter Partner, der das Staat-Kirche-Verhältnis in Polen in aller Ausführlichkeit beschrieb und dabei interessante Vergleiche zum »Dritten Reich« zog und auch zu strittigen bilateralen Fragen offen Stellung bezog.¹⁰⁹

Die Störungsanfälligkeit der deutsch-polnischen Beziehungen war auch in dieser Phase immer gegeben. Nach dem Pariser Gespräch mit Kominek Mitte Mai 1960 hielt Prälat Wosnitza fest:

»Der Hass gegen Deutschland ist durch das Verhalten des Russen ungewollt abgebaut. Man bewundert Westdeutschland wegen seines wirtschaftlichen Aufstiegs und hat gerade deswegen Angst vor ihm. Bundeskanzler Adenauer wird als Politiker und Staatsmann anerkannt. Da er ein Christ ist, glaubt man an seinen Friedenswillen, fürchtet jedoch, dass unter seinen Nachfolgern Böses geschehen könnte.«¹¹⁰

Als Konrad Adenauer dann aber wenige Wochen später – am 10. Juli 1960 in einer Wahlkampfreda in Düsseldorf – von einem »Rückkehrrecht der Ostpreußen« gesprochen hatte, entgegnete Kardinal Wyszynski in scharfer Polemik und symbolträchtig aus der Marienburg:

»Es kommt zu Euch der Wiederhall von Drohungen, die ein feindseliger Mensch aus dem fernen Westen, der hochmütig auf seine Kraft vertraut, an die Adresse unserer Heimaterde und unserer Freiheit schleudert. [...] Schaut nur auf diese hohen Burgen, wo sich der Dünkel eingestiet hatte, der auf Stahl und Eisen vertraute. Wo sind sie geblieben [...]?«¹¹¹

Kardinal Döpfners Predigt vom 16. Oktober 1960 stand in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Kontroverse. Der polnische Primas erhielt deshalb auch sofort eine Kopie des Predigttextes.¹¹² Als die Zeit des »kollektiven Beschweigens« in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1960er-Jahre zu Ende ging und die zeitgeschichtliche Erforschung der Anfangsjahre des »Dritten Reiches« begann, war Julius Döpfner einer der Wortführer in der geschichtspolitischen Vergangenheitsdebatte über die Rolle der katholischen Kirche. Gleichzeitig war die Hedwigs-Predigt ein erfolgreicher Versuch, den Blick nicht nur auf die Konflikte der Vergangenheit, sondern auch auf die Aufgaben für eine gemeinsame Zukunft zu richten. Döpfner fühlte sich zu dieser Predigt zuletzt durch Bemerkungen ermuntert, die Nuntius Bafile anlässlich eines Berlin-Besuchs ihm gegenüber gemacht hatte.¹¹³ Obwohl der damalige Berliner Bischof betonte, es könne nicht Aufgabe eines Bischofs sein, politische Pläne zu entwickeln, stieß Döpfner mit seiner Initiative weitreichende politische Entwicklungen an, als er dem deutschen Volk dringend riet, sich drei Punkte einzuprägen:

107 Siehe unten Anm. 257.

108 Wosnitza berichtete über den Inhalt dieser Gespräche ausführlich u. a. dem Erzbischof von München und Freising: EAM KDA 43/1966.

109 Ebd.

110 Ebd.

111 Antwort Wyszynskis aus Marienburg, zit. nach *Hansjakob Stehle*, Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszynski und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970–1971, in: VfZ 31 (1983), S. 536–553, hier S. 537. Siehe auch *Heller*, S. 81.

112 Kardinal Wyszynski seinerseits war an dem Text so interessiert, dass er ihn auch von sich aus am 31.10.1960 in einem lateinischen Brief für den Fall erbat, dass »– iudicio Eminentiae Vestrae Reverendissimae – haec oratio possit multum conferre ad mutuas relationes Poloniam inter et Germaniam, grate affectus fuero [...]« Zitiert in einem Schreiben von Julius Döpfner an den Apostolischen Nuntius Erzbischof Bafile vom 15.11.1960, DAB V/7–4.

113 Vgl. das Schreiben Döpfners an Bafile vom 15.11.1960, DAB V/7–4.

»1. Krieg als Mittel zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen scheidet von vorneherein aus. [...] 2. Das deutsche Volk kann nach allem, was in seinem Namen geschehen ist, den Frieden nur unter sehr großen Opfern erlangen. [...] Beide Völker müssten völlig darauf verzichten, sich gegenseitig Untaten vorzurechnen [...] 3. Für die Zukunft ist die Gemeinschaft der Völker und Staaten wichtiger als Grenzfragen.«¹¹⁴

Als der bayerische Staatsminister für Arbeit und Soziale Fürsorge, Walter Stain, Bischof Döpfner auf einer Delegiertenversammlung der oberschlesischen Landsmannschaft in Nürnberg wegen der politischen Aussage seiner Predigt scharf angriff, wurde Döpfner durch den Landesausschuss Bayern der Katholischen Aktion und durch den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Karl Fürst zu Löwenstein, gegen die »törichteren Äußerungen des Ministers« in Schutz genommen.¹¹⁵ Der damalige Präsident des deutschen Zweiges der Pax-Christi-Bewegung, der Eichstätter Bischof Joseph Schröffer, bedankte sich »persönlich und namens Pax Christi« bei Döpfner in einem herzlichen Schreiben für

»Dein mutiges Wort. [...] Ich bin sehr froh, dass einmal dieses heiße Eisen angefasst worden ist und zwar von prominenter Seite und in so glücklicher Weise. Bei dieser Gelegenheit darf ich kurz erwähnen, dass wir von Pax Christi her, inoffiziell und sehr behutsam, unter Einschaltung polnischer Bischöfe, versucht haben mit Polen Kontakt zu gewinnen.«¹¹⁶

Die beiden Selig- und Heiligsprechungsprozesse für Edith Stein (1891–1942)¹¹⁷ und Maximilian Kolbe (1894–1942)¹¹⁸ sind zwei positive polnisch-deutsche Beispiele für die-

114 Die Predigt wird zit. nach: Wort aus Berlin. Rundfunkansprachen und Predigten des Bischofs von Berlin Julius Kardinal Döpfner, Bd. 2, Berlin 1961, S. 98–104. Zu den Grenzfragen siehe *Stehle*, Briefwechsel, S. 536 f. – In Danzig wurde nach dem Tod von Bischof Carl Maria Splett der bisherige Bistumskoadjutor Edmund Nowicki als Bischof eingesetzt, während Prälat Anton Behrendt zum Apostolischen Visitator der in Deutschland lebenden vertriebenen Danziger Katholiken ernannt wurde. Siehe den Bericht Scherpenbergs ans Auswärtige Amt, 12.3.1964, Druck: *Feldkamp*, S. 441 f.: »Ein starker polnischer Druck habe sich schon angekündigt gehabt. Man glaube aber, ihm durch die getroffenen Regelung zuvorgekommen zu sein.« Siehe auch die Mitteilung Scherpenbergs an Ministerialdirektor Jansen vom 16.3.1964, ebd., S. 442 f., sowie den Bericht von Botschaftsrat Hans Wolf Jaeschke ans Auswärtige Amt, 2.2.1966, ebd., S. 495 f. – Im November 1964 fürchtete man auf deutscher Seite, dass die Angaben zu den Ostdiözesen im Päpstlichen Jahrbuch (*Annuario Pontificio*) 1965 unter dem polnischen Druck verändert würden. Das Jahrbuch erschien dann aber ohne Änderungen. Siehe dazu den Bericht Scherpenbergs vom 17.11.1964 und seine Aufzeichnung vom 24.8.1965, Druck: *Feldkamp*, S. 459 bzw. 481–483: »Die Besorgnis, dass sich ein Nachgeben gegen das Drängen des polnischen Episkopats in weiteren kleinen Schritten bekundet, kann nicht ausgeschlossen werden.« (S. 483).

115 Pressemeldung der Katholischen Aktion vom 16.11.1960 und Schreiben Fürst zu Löwensteins an Döpfner vom 25.11.1960, DAB ASig 30/12.

116 Schreiben Schröffers an Döpfner vom 19.10.1960, DAB ASig 30/13.

117 Edith Stein wurde 1987 selig- und 1998 heiliggesprochen. Siehe das Hirtenwort der Deutschen Bischöfe zu ihrer Heiligsprechung sowie das Lebensbild von *Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz*, beide in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Arbeitshilfen* Nr. 144.

118 Maximilian Kolbe wurde 1971 selig- und 1982 heiliggesprochen. Für den von Hlond amtsenthobenen Ermländer Bischof Maximilian Kaller wird gegenwärtig ein Seligsprechungsprozess vorbereitet, der aber noch nicht eröffnet ist. – Maximilian Kaller (1880–1947): Geboren in Beuthen, 1903 Priesterweihe (Erzbistum Breslau), 1915–1917 Administrator der Missionsstation Bergen auf Rügen, anschließend Pfarrer in Berlin-Kreuzberg, 1926 Leiter der Apostolischen Administratur Tütz, 1930 Bischof von Ermland, 1945 Ausweisung, 1946 Päpstlicher Sonderbeauftragter für die heimatvertriebenen Deutschen und Übersiedlung nach Frankfurt/Main. Siehe das Lebensbild von *Brigitte Poschmann* in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 7, Mainz 1994, S. 49–62.

se Verknüpfung von Vergangenheit und Zukunft. Kardinal Döpfner unterstützte auf der zweiten Konzilsperiode im November 1963 in Rom eine Anregung, die ursprünglich von Prälat Wosnitzer ausgegangen war, jetzt aber vom Breslauer Erzbischof vorgetragen wurde.¹¹⁹ Kominek schlug damals – als Reaktion auf Hochhuths Widmung des »Stellvertreters« an Bernhard Lichtenberg und Maximilian Kolbe¹²⁰ – vor, Maximilian Kolbe zur »Gestalt christlicher Versöhnung beider Nationen zu erklären.«¹²¹ In einer gemeinsamen Erklärung baten die polnischen und deutschen Bischöfe um die baldige Seligsprechung und hofften, »dass durch sein Vorbild und seine Fürbitte der Gott des Friedens beiden Völkern die Gnade einer Versöhnung aus innerstem Herzen gewähre.«¹²²

»Die polnischen und deutschen Kardinäle und Bischöfe sind voll Bewunderung für diesen Diener Gottes Maximilian Kolbe und sein Verdienst, und sie flehen durch die Fürsprache der unbefleckt empfangenen Jungfrau Maria in Demut zu Gott, dass zur größeren Ehre der Kirche und zum Segen der ganzen Menschheit Eintracht und Liebe, Brüderlichkeit und Friede unter den Völkern herrschen mögen«, »nicht achtend gegenwärtige Streitigkeiten, Kriege und Rivalitäten, die die beiden Nationen so lange entzweit haben.«¹²³

In einem Vortrag über »die geschichtliche Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen«, dessen Manuskript Kominek zur diskreten Weitergabe Bischof Spülbeck von Meißen übergeben hatte, hatte der Erzbischof am 28. Juli 1960 u. a. gesagt:

»Es müssen immer neue Beweise gegenseitigen Vertrauens erbracht werden. [...] Alle positiven Versuche eines fruchtbaren Zusammenarbeitens in der tausendjährigen Tradition des Nebeneinanderlebens beider Völker müssen aufs Neue in Erinnerung gebracht und in der Sicht der heutigen Lage bewertet werden. [...] Als ich heuer in Rom, in Paris und Wien mit deutschen Menschen sprach, die eines guten Willens waren, wurde unter anderem auch ein Vorschlag zur Rede gebracht, dem ich innerlich nur beipflichten kann: die Deutschen machen mit uns Propaganda für die Seligsprechung unseres P. Maximilian Kolbe, einem der zahlreichen Opfer aus dem KZ Auschwitz, und wir in Polen werden eine der schönsten deutschen Menschengestalten zu verstehen suchen – Schwester Edith Stein, Karmelitin, deutscher und jüdischer Abstammung, ebenfalls ein Opfer des KZ Auschwitz, aber geboren in Lublinitz auf polnischem Boden, groß geworden in Breslau – im heutigen Wrocław – Martyrerin wieder auf polnischem Boden, in Auschwitz.«¹²⁴

119 Wosnitzer Anregung fiel ursprünglich in einem Gespräch im Frühjahr 1960. Siehe unten Anm. 121. – In einem weiteren Gespräch mit Wosnitzer am 15.3.1963 äußerte dann Kominek die Bitte, durch einen gemeinsamen bischöflichen Antrag Pater Maximilian Kolbe zu einer Deutschland und Polen verbindenden Gestalt werden zu lassen.

120 »Zum Gedenken. Pater Maximilian Kolbe, Häftling Nr. 16670 in Auschwitz. Prälat Bernhard Lichtenberg Dompropst zu St. Hedwig Berlin.«

121 Vgl. die Notiz aus einem Gespräch zwischen Prälat Wosnitzer und Bischof Kominek am 14./15. April 1960: »Meinen Vorschlag, gegenseitig die Heiligsprechung der KZ-Martyrer Pater Kolbe und Edith Stein zu fördern, nahm er sehr bereitwillig auf.« EAM KDA 43/1966, S. 7.

122 EAM KDA Konzilsakten 0710–8,1. Vgl. auch den Verlauf der ersten Polenreise Johannes Pauls II. in: Stark im Glauben. Johannes Paul II. in Polen. Die Reise in Bild und Text, Kevelaer 1979, S. 124. Am 13. September 1980 haben die beiden Episkopate in Auschwitz ein Bittgesuch für die Heiligsprechung Pater Kolbes unterzeichnet. Vgl. »Das Geschenk der Versöhnung weitergeben. Gemeinsames Wort der polnischen und der deutschen Bischöfe aus Anlass des 30. Jahrestages des Austausches der Versöhnungsbotschaften von 1965« und Erzbischof *Henryk Muszyński*, Prophetische Geste und ein Weg kleiner Schritte. Die Entstehungsgeschichte des Gemeinsamen Wortes der polnischen und deutschen Bischöfe, beide Texte in: Deutschland und Polen, S. 7–12 bzw. 18f. Bei einem erneuten Besuch am 5.6.1982 wurde die Bitte in einem Gebet Kardinal Höffners erneuert.

123 EAM KDA Konzilsakten 0710–10,1.

124 EAM KDA 43/1966 (Auseinandersetzung mit dem Kommunismus), Zitat S. 11 f. – Bei Maximilian Kolbe musste Papst Johannes Paul II. mit Nachdruck und ohne Scheu vor Kritik von seiner direkten Eingriffsmöglichkeit in ein laufendes Verfahren Gebrauch machen, um die causa

35 Jahre später werden die polnischen und deutschen Bischöfe in einem gemeinsamen Wort »Das Geschenk der Versöhnung weitergeben« fast selbstverständlich Maximilian Kolbe und Edith Stein als »mutige Zeugen des christlichen Glaubens in unserem Jahrhundert« in einem Satz nennen.¹²⁵ Im Auftrag seines Generalministers hatte dann der Würzburger Franziskanerpater Franz Xaver Lesch nach Rücksprache mit Kominek¹²⁶ am 24. August 1963 seinen Ortsbischof Dr. Josef Stangl informiert: Mit Rücksicht auf den Kardinal Wyszynski vorbehaltenen »besonderen Spielraum« sei noch keine konkrete Vereinbarung getroffen worden; der Orden plane aber arbeitsteilig eine breit angelegte Medienkampagne, die Bischöfe sollten die Möglichkeit prüfen, Kolbe zur »Gestalt der Versöhnung« zu proklamieren. So könnte für die zweite Konzilsperiode eine Begegnung der deutschen und polnischen Bischöfe in Rom entsprechend vorbereitet werden.¹²⁷ Am 19. November 1963 übersandte Kardinal Döpfner in Rom einen polnischen Entwurf für diese gemeinsame Erklärung¹²⁸ in lateinischer Sprache an die Weihbischöfe Joseph Ferche und Friedrich Rintelen mit der Bitte um Korrektur.¹²⁹ Das endgültige gemeinsame Bittgesuch trug schließlich das Datum vom 21. November 1963, dem Fest Mariä Opferung.¹³⁰

In dieses Jahr 1963 fallen auch die Pilgerfahrt nach Auschwitz, die am Beginn des Maximilian-Kolbe-Werks¹³¹ steht, und die ersten Arbeitseinsätze in ehemaligen Konzentrationslagern.¹³²

zu retten. Ein Heiliger muss kein Märtyrer sein; umgekehrt wäre Maximilian Kolbe ohne Martyrium sicher kein Kandidat für die Selig- und Heiligsprechung geworden. Pater Kolbe hatte sich 1941 freiwillig als Opfer angeboten, als die Schergen im KZ Auschwitz einen Familienvater zum Tode bestimmt hatten. Ein Katholik kann das Martyrium aber nicht selbst suchen und streng genommen kann nur derjenige als »martyr« anerkannt werden, der um des Glaubens willen einen gewaltsamen Tod erlitten hat. Bei der Karmelitin Edith Stein wurde lange darüber diskutiert, ob die katholische Kirche sie überhaupt als Selige beanspruchen dürfe, wenn sich herausstellen sollte, dass sie nicht wegen ihrer katholischen Glaubensüberzeugung, sondern wegen ihrer jüdischen Herkunft ermordet worden sei.

125 Siehe Anm. 122, hier S. 10.

126 Am 6.6.1963 erneut in Paris.

127 EAM KDA 0710–1,0–1,4. Stangl informierte noch am gleichen Tag Kardinal Döpfner.

128 Bischof Stangl erwähnte in seinem Anschreiben vom 24.8.1963 an Kardinal Döpfner, Exzellenz Kominek habe diesen Vorschlag bereits vor einigen Jahren gemacht und sei im Zusammenhang mit Hochhuth, der sein Pamphlet Lichtenberg und Kolbe gewidmet habe, zum größten Teil auf polnische Initiative jetzt darauf zurückgekommen. EAM KDA Konzilsakten 0710–1,0–1,4. Ebd., Konzilsakten 0102–344. An anderer Stelle reklamiert Prälat Wosniza diesen Vorschlag für sich. – Der Bischof der Diözese Nagasaki, Paul Yamaguchi, bat bereits am 7.4.1948 in einem Schreiben an Papst Pius XII. darum, die Selig- und Heiligsprechung Maximilian Kolbes möglich zu machen. Abgedruckt in: *Walter Nigg*, Maximilian Kolbe. Der Märtyrer von Auschwitz, Freiburg u. a. 31983, S. 82 f.

129 Siehe die verschiedenen Entwurfsfassungen in EAM KDA Konzilsakten 0710–1–20; 0102–344, 383, 384. Ferche wurde 1947 ins Metropolitankapitel Köln berufen und galt als »Bischof des schlesischen Volkes«. – Joseph Ferche (1888–1965): 1911 Priesterweihe in Breslau, 1931 Domkapitular in Breslau, 1940 Weihbischof, 1942 Ausweisung aus Schlesien durch die Gestapo, 1946 Ausweisung aus Breslau durch die polnischen Behörden, 1947 Weihbischof in Köln, Generalvikariatsrat und Domkapitular. Vgl. ein Schreiben Riedels an Frings vom 18.10.1965, EAM KDA 43/1965.

130 Der Text ist abgedruckt bei *Nigg*, S. 84 f. Vgl. bei den Vorarbeiten auch ein Hörfunkmanuskript von Kardinal Wojtyła vom 5.10.1971 sowie den bei der Seligsprechung am 17.10.1971 gesprochenen Text Papst Pauls VI. und die bei der Audienz für die Polen am 18.10.1971 gehaltene Rede Kardinal Wyszynskis, in: *Nigg*, S. 88–96.

131 Siehe *Arkadiusz Andrzej Stempin*, Wegbereiter im deutsch-polnischen Aussöhnungsprozess. Der Pax Christi Solidaritätsspende-Fonds und das Maximilian-Kolbe-Werk, Paderborn u. a. (im Druck).

Im Sommer 1965 zeigten sich die unter den polnischen Bischöfen bestehenden Unterschiede in aller Deutlichkeit auch in der Öffentlichkeit: Kardinal Wyszynski war als Primas Poloniae protokollarisch unumstritten die Nummer 1, vielleicht aber »weniger geachtet als vielmehr gefürchtet«, »durchaus nicht so beliebt, wie man es auf Grund der Nachrichten im Ausland vermuten könnte.« Allerdings würde es, so Weihbischof Gerhard Schaffran, der spätere Bischof von Dresden-Meißen, nach einem Gespräch mit dem Gnesener Weihbischof Dr. Henryk Grzondziel (1897–1968) in Rom, »kein polnischer Bischof wagen, hier in Rom seine wirkliche Meinung zu sagen.« Es komme »vielleicht darauf an, die vielen bischöflichen Generalvikare in eine direkte Abhängigkeit von Rom als päpstliche Administratoren zu bringen und weiter einmal genau festzustellen, inwieweit heute die für die Kriegs- beziehungsweise unmittelbare Nachkriegszeit gegebenen Spezialvollmachten von Kardinal Wyszynski noch bestehen.«¹³³

Die Polnische Bischofskonferenz erinnerte zum 1. September 1965 in einem Hirtenbrief zum 20. Jahrestag des Aufbaus »polnischen Kirchenlebens in den West- und Nordgebieten« an die Neuorganisierung des kirchlichen Lebens in den polnischen Westgebieten durch Kardinal Hlond und behauptete:

»Diese Entscheidungen wurden von Rom approbiert«. »Diese Feierlichkeiten werden ein besonderer Ausdruck der allgemeinen Überzeugung und eine Manifestation des Willens des polnischen Gottesvolkes – der Bischöfe, Priester und Gläubigen – sein, eine Manifestation des ungebrochenen Willens, in diesem Gebiet auszuharren, da diese Erde untrennbar mit dem polnischen Mutterland vereint ist.« Dies sei, so der Primas, »Standpunkt aller Kinder des polnischen Volkes, die ohne Rücksicht auf ihre politische Orientierung und Weltanschauung, im Sinne der natürlichen Gerechtigkeit die Westgebiete als untrennbar vereint mit dem polnischen Mutterland erachten.«

Johannes XXIII. habe die Westgebiete als »nach Jahrhunderten wiedergewonnene Erde Polens« bezeichnet.¹³⁴

Nach einer prononcierten Predigt des Kardinals im Breslauer Dom am 31. August 1965 meldete die deutsche Seite dringenden Klärungsbedarf an.¹³⁵ Wyszynski hatte immerhin die provozierende Meinung vertreten:

»Wenn wir auf die Heiligtümer der Piasten schauen, uns hineinfühlen in ihre Sprache, dann wissen wir: bestimmt ist das kein deutsches Erbgut, das ist polnische Seele. Daher waren sie niemals und sind kein deutsches Erbgut! Sie reden zum polnischen Volk ohne Kommentar. Wir brauchen keine Erklärungen, ihre Sprache verstehen wir gut«¹³⁶, und hinzugefügt: »Alles, was Kardinal August Hlond tat, geschah mit der höchsten Billigung des Heiligen Stuhles. Ich bin authentischer Zeuge eben dieser Haltung des Heiligen Stuhles, des Heiligen Vaters Pius' XII., Johannes' XXIII. und

132 Im August 1965 besuchten 41 polnische KZ-Priester für drei Tage München und Freising. EAM KDA 43/1965.

133 Schaffran an Döpfner, 16.9.1965, EAM KDA 43/1966.

134 Hirtenbrief vom 23.6.1965, Abdruck in KNA Dokumentation Nr. 25, 9.9.1965, Zitate S. 1 und S. 4. Im Weiteren wird dort Johannes XXIII. zitiert, der die Westgebiete als »nach Jahrhunderten wiedergewonnene Erde Polens« bezeichnet habe (S. 4). »Diese Feierlichkeiten werden [...] eine Manifestation des ungebrochenen Willens [sein], in diesem Gebiet auszuharren, da diese Erde untrennbar mit dem polnischen Mutterland vereint ist.« (S. 1).

135 Mit Datum vom 22.9.1965 schrieb der Primas einen erklärenden Brief an Kardinal Döpfner. Die Predigt wurde erst am 26.9. in Posen gedruckt. Im Posener Kirchenblatt wurde lediglich eine zensierte Fassung veröffentlicht, siehe EAM KDA 43/1965 (Polen – Schlesien – Briefe). Für diesen Hinweis danke ich Herrn Prof. Dr. Josef Pilvousek, Erfurt. Der Wortlaut der Predigt ist abgedruckt bei *Otto B. Roegele*, Versöhnung oder Haß? Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen. Eine Dokumentation, Osnabrück 1966, S. 104–118. Siehe auch *Stehle*, Briefwechsel, S. 538. Vgl. auch das Gutachten von Prälat Kurt Engelbert, Hildesheim, und Msgr. Ewald Walter, Köln, in EAM KDA 43/1965.

136 EAM KDA 43/1965, S. 10.

Pauls VI., dessen segnende Haltung in Bezug auf unsere kirchliche und religiöse Arbeit in den Westgebieten unverändert treu ist, für uns sehr wertvoll, voller Verständnis und geistiger Approbation.«¹³⁷

Zunächst ließ der Primas wissen, fast die ganze abendländische Presse und auch die Presse im Osten hätten nicht wahrheitsgemäß berichtet. Dann machte aber der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, Josef Jansen, Ende Oktober 1965 »die chauvinistische Haltung hoher polnischer Kirchenkreise« zum Thema einer Unterredung im Staatssekretariat.¹³⁸ Kardinal Döpfner besorgte sich den genauen Wortlaut der Predigt¹³⁹ und verlangte nach der Lektüre eine zufriedenstellende öffentliche Interpretation. Auf der turnusmäßigen Pressekonferenz nach der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe forderte Döpfner am 3. September 1965 zwar mit Nachdruck Verständnis für die schwierige Lage der Polen, die von ihrer Regierung bedrängt würden, eine endgültige Ordnung der kirchlichen Verwaltung in den deutschen Ostgebieten zu erreichen, und die schwierige Lage des Vatikans, der ohne gültige internationale Verträge nicht bereit sei, Bistumsgrenzen zu verändern. Der designierte Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz schloss dann aber mit der Feststellung, es bestehe leider die Gefahr, dass der polnische Episkopat kirchliche und nationale Gesichtspunkte zu stark identifiziere¹⁴⁰, und provozierte damit seinerseits die polnische Bischofskonferenz.

Die Bischöfe beider Länder standen in diesen Tagen kurz vor der Abreise zu den Abschlussitzungen des Zweiten Vatikanischen Konzils. Wie angespannt die bilateralen Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Katholiken damals waren, lässt sich an folgender Meldung ablesen:

»Die Grußbotschaft des polnischen Episkopats, die in der Jubiläumssitzung am 1. September in Breslau von Kardinal Wyszynski und den anwesenden 60 polnischen Bischöfen gebilligt worden ist, soll erst nach Kenntnisnahme des Inhalts durch den Hl. Vater veröffentlicht werden. Die Botschaft, die nach übereinstimmenden Informationen die Bitte an den Hl. Vater enthält, die Möglichkeiten einer baldigen Eingliederung der in den deutschen Ostgebieten gelegenen Diözesen in die polnische Kirchenverwaltung zu überprüfen, war kurz nach Beendigung der Jubiläumssitzung nach Rom abgesandt worden. Ein Sprecher der Erzdiozese Breslau erklärte, dass der polnische Episkopat durch eine vorläufige Nichtveröffentlichung dieser Botschaft an den Hl. Vater unter Umständen mögliche missverständliche Deutungen vermieden sehen wolle.«¹⁴¹

Döpfner suchte auch das persönliche Gespräch mit dem polnischen Primas, der zunächst aber am 22. September 1965 einen Brief nach München schrieb. Es sei in Breslau, so Kardinal Wyszynski, auf Vorschlag der Bischöfe Kominek, Wroclaw, und Jop, Opole/Oppeln, ausschließlich darum gegangen, »den Geist und Mut unserer Mitbrüder zu stärken und zu heben«, um sie auszustatten im Kampf gegen den Materialismus.

137 Beati oculi, qui vident, zit. nach der bei *Roegele*, Versöhnung, abgedruckten Fassung, S. 117. Die Äußerungen stimmen fast wortidentisch mit dem Ausschnitt aus einer Predigt Wyszynskis im Breslauer Dom vom 29.5.1952 überein: »Wir sind in unser Eigentum zurückgekehrt, als rechtmäßige Eigentümer; wir kamen hierher zurück aufgrund der richterlichen Entscheidung der göttlichen Gerechtigkeit.« Und weiter: »[...] wenn wir diese Gotteshäuser [...] ansehen, [...] dann wissen wir, es ist kein von den Deutschen hinterlassenes Erbe. Sie haben eine polnische Seele! Niemals waren sie deutsches Erbe, und sind es auch heute nicht. Das sind die Spuren des königlichen Stammes der Piasten. [...] Wir verstehen ihre Sprache!«, in: EAM KDA 43/1965.

138 Siehe den Bericht an das Auswärtige Amt vom 30.10.1965, Druck: *Feldkamp*, S. 486 f.

139 Der deutsche Vatikan-Botschafter Jansen hatte über seine Kontakte vorab einen Redetext besorgt; siehe sein Schreiben an Döpfner vom 28.10.1965, EAM KDA 43/1965.

140 KNA, Aktueller Dienst Inland, Nr. 195, 4.9.1965. Vgl. auch die Übersicht über Pressestimmen ebd.

141 Ebd.

»Somit hatte unseres religiöses Auftreten in Wroclaw und in Opole rein und ausschließlich dieses religiöse Ziel.«¹⁴² »[W]ir waren darüber einig, dass es nicht Sache der Kirche ist, politische Angelegenheiten an den Tag zu bringen. Historische Tatsachen kann man natürlich nicht vermeiden. [...] Alle unsere Gebete, alle unsere Ansprachen an das Volk hatten keine politischen Anspielungen«, sondern gehörten zu dem Typ von Massenveranstaltungen, die wir »sehr oft und überall in ganz Polen« veranstalten, um zu zeigen, dass die Kirche Gottes durch die materialistische Weltanschauung nicht zu beeindrucken ist.¹⁴³

Nach dem ersten Vier-Augen-Gespräch der Kardinäle Döpfner und Wyszyński, das dann in der zweiten Oktoberhälfte 1965 in Rom stattfand, meldete Die ZEIT: »Die Meinungsverschiedenheiten sind dabei, wie zuverlässig verlautet, *nicht* beigelegt worden. Kardinal Döpfner bekundete sein grundsätzliches Verständnis für den polnischen Standpunkt zum Oder-Neiße-Problem, unterstrich jedoch, dass seiner Meinung nach die polnische katholische Kirche der Gefahr des Nationalismus zu erliegen drohe, wenn sie den polnischen Anspruch auf die ehemals deutschen Ostgebiete *historisch* begründe. Wyszyński entgegnete, es sei Sache der polnischen Kirche, zu beurteilen, was dem nationalen Selbstverständnis Polens dienlich sei.«¹⁴⁴ Ende 1965 soll Kardinal Döpfner in einem Gespräch mit dem Primas dazu geraten haben, die bisherigen historischen Argumente gegen zwei überzeugendere Begründungen auszutauschen:

»Erstens: Das Polen in der polnisch-deutschen Geschichte zugefügte Unrecht, insbesondere während des letzten Krieges: Dieses Unrecht belastet uns so stark, dass wir dazu stehen. Das ist Euch gegenüber für uns verbindlich und das überzeugt uns. Das zweite Argument ist das Sein oder Nichtsein des polnischen Staates. Bekanntlich wäre nach dem Verlust der Ostgebiete, würdet ihr jetzt auch noch die Westgebiete einbüßen, die Existenz des polnischen Staates bedroht. Wenn immer ihr uns von der Warte eurer staatlichen Existenz anspricht, dann überzeugt ihr uns.«¹⁴⁵

Es ist bemerkenswert, dass dann erst Ende der 1970er-Jahre die bis dahin vorherrschende Vergangenheitsperspektive von Überlegungen über die Gestaltung der Zukunft abgelöst wurde und gleichzeitig die historische Argumentation und die Argumentation mit Rechtsansprüchen im deutsch-polnischen Dialog an Überzeugungskraft verloren, während semantisch Europa, die Gemeinschaft der Völker und die Menschenrechte ins Zentrum rückten. Die Hedwigs-Predigt Julius Döpfners von 1960, die diese Argumentation vorwegnahm, war die berühmte Ausnahme, die die Regel bestätigt.¹⁴⁶

Zu den schwierigen Punkten in diesem Gespräch gehörte auch die Beschwerde des Primas über – angeblich aus Kreisen des Episkopats lancierte – Pressemeldungen, die polnische Kirche erhalte über den Vatikan finanzielle Zuwendungen aus Deutschland. Im Protokoll der am 3. Dezember 1965 in Rom abgehaltenen Sitzung der Deutschen Bischofskonferenz wurde der sensible Punkt »Subsidien für polnische ns-geschädigte Priester« unter

»Vermerke, die nicht zum Druck bestimmt sind« abgehandelt¹⁴⁷: Der Vorschlag, in einem außerordentlichen Haushalt bis zu 350.000 DM p. a. für diesen Zweck bereitzustellen, war grundsätzlich

142 Wyszyński an Döpfner, Rom 22.9.1965, EAM KDA 43/1966.

143 Ebd.

144 Die ZEIT, 29.10.1965. Hervorhebungen im Original.

145 Zit. nach *Piotr Madajczyk*, »Wir vergeben und bitten um Vergebung ...«, in: Polen und Deutsche. Ein Beitrag zur Geschichte des Dialogs. Wies Sonderausgabe 1994, S. 35–51, hier S. 39.

146 Der Predigttext ist abgedruckt in: Deutschland und Polen, S. 58.

147 Anlage 6 vom 30.9.1965 und Protokollentwurf vom 4.12.1965, Vermerk zu Pos. 57, beide in EAM KDA 21/1965. Vgl. in diesem Zusammenhang den Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz von 1960, 60.000 DM für den Ankauf von theologischer Literatur für polnische Seminarien bereitzustellen.

gutgeheißen worden, sollte aber vorerst zurückgestellt werden. Dahinter stand die Überlegung der deutschen Bischöfe, dass »der harten nationalistischen Haltung polnischer Bischöfe und Gläubigen [...] nicht mit Härte, sondern mit stets neu gezeigtem Wohlwollen begegnet werde.«

Nach dem jüdischen Volk, so der Kölner Generalvikar Teusch, habe kein Volk so unter »den Deutschen« gelitten wie die Polen; von daher sei es verständlich, wenn die polnischen Katholiken die Vergangenheit nur schwer vergessen könnten, bei den Ostvertriebenen sei das nach jetzt 20 Jahren auch nicht anders. Mit monatlich 40 DM Beihilfe – etwa der Rente für ein polnisches Sozialrentenehepaar – sei eine fühlbare Hilfe möglich, die über die Bischöfe ausgezahlt werden sollte.

Als die vom Konzil heimgekehrten polnischen Bischöfe sich vor staatlichen Stellen für den als Landesverrat eingestuftem Versöhnungsbriefwechsel rechtfertigen sollten, wies Kominek den Vorwurf energisch zurück, der polnische Brief habe politischen Schaden angerichtet. Vielmehr habe er unter anderem erreicht, dass die polnischen KZ-Priester finanziell entschädigt würden.¹⁴⁸

In Polen waren die Rollen klar verteilt. Kardinal Wyszyński war immer wieder die Persönlichkeit, an der sich die Geister schieden, und häufig waren es national-katholische Predigten, die für Irritationen sorgten. Die klare Beschreibung des jeweils eigenen Standpunktes verstärkte dann alte Vorurteile und vertiefte Gräben, wie z. B. das erwähnte Interview, das der Primas am 16. Dezember 1951 gegeben hatte.¹⁴⁹ Der Primas spielte die nationalistische Karte, während der Erzbischof von Breslau sich vergleichsweise gesprächsbereit zeigte. Kominek glaubte zwar ebenfalls, mit der Oder-Neiße-Grenze sei historische Gerechtigkeit hergestellt worden, vermied aber meistens öffentliche politische Aussagen zu dieser Frage.¹⁵⁰ In einem öffentlichen Vortrag erklärte Kominek bereits 1960 unmissverständlich: »Ja das war wirklich kein Werk christlicher Barmherzigkeit, die Aussiedlung der Jahre 1945/46.« Und: »Ich bestreite nicht, dass bei der Aussiedlung der Deutschen aus (dem) heutigen Westpolen Übergriffe – zahlreiche Übergriffe begangen wurden.«¹⁵¹

Prälat Wosniza notierte sich nach dem Gespräch mit Kominek in Paris 1960:

»In diesem Zusammenhang kam auch die Rede auf Primas Wyszyński. Die Art und Weise seiner Reden betone immer die moralische Sicherheit über die Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Linie unter mancherlei Anspielungen auf recht dürftige Argumente [...] Kominek hätte ihn manchmal gebeten, den nationalen Ton zu mäßigen, jedoch stamme der Primas aus einem Gebiet, in dem das Nationale in der Predigt immer einen größeren Platz eingenommen habe als im deutschen Katholi-

148 Wolfgang Grycz, Geheime Dokumente geben Aufschluß: Die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe – und die Quittung des Staates, in: Ost-West-Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen 187 (1995), S. 58–72.

149 Interview der katholischen Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny* (Anm. 98).

150 Eine Ausnahme bildete z. B. eine Vortragsreihe in Radio Vatikan im März 1963, die deutsche Vertriebenenverbände und die deutsche Botschaft beim Hl. Stuhl zu Interventionen veranlasste. Siehe Stehle, Briefwechsel, S. 539. Im Januar 1966 gab Kominek der ARD-Sendung *Panorama* ein Interview, siehe Hansjakob Stehle, Warum die deutschen Bischöfe nicht gleich in die Hand der Polen einschlugen, in: *Pflüger/Lipscher*, S. 74–89, hier S. 82. In einem Gespräch mit Franz Wosniza am 14./15.4.1960 hatte Kominek geäußert: »Die Zeit arbeitet für uns, schon jetzt ist ein Drittel der Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten selbst geboren.« EAM KDA 43/1966, S. 5.

151 Das Manuskript dieses Vortrags gelangte von Kominek vertraulich an Bischof Otto Spülbeck von Meißen; eine Kopie findet sich in EAM KDA 43/1966, Zitat S. 8. Kominek sprach sich auch bereits zu diesem Zeitpunkt für die Seligsprechung Maximilian Kolbes aus. Siehe Karl-Joseph Hummel, Erinnerung, Verlust und Wiederkehr. Zum Umgang mit katholischen Glaubenszeugen des Dritten Reiches 1945–2000, in: Hans Maier/Carsten Nicolaisen (Hrsg.), *Martyrium im 20. Jahrhundert*, Annweiler 2004, S. 45–86, hier S. 76 f.

zismus. Und dazu meine er, fußend auf der polnischen Geschichtstradition, in der jeweils religiöse und nationale Bedrängnisse eng verbunden waren (Tartaren, Türken, Russen und Preußen), dass auch in der heutigen Situation gleichermaßen eine religiöse und nationale Bedrängnis durch die Kommunisten zusammengehe, so dass die Betonung des polnischen Nationalbewusstseins auch kirchliche Festigung bringe.«¹⁵²

Auf die Frage von Hansjakob Stehle (*Panorama*-Interview vom 10. Januar 1966), ob man aus der polnischen Dialog-Bereitschaft auch schließen könne, dass die Oder-Neiße-Grenze noch einmal Gegenstand eines Gesprächs oder von Verhandlungen sein könnte, antwortete Kominek ohne Wenn und Aber: »Keineswegs, keineswegs. Was die Oder-Neiße-Grenze anbelangt, so ist das sozusagen heute, seit zwanzig Jahren schon, Gemeingut des ganzen polnischen Volkes. Jeder denkt so, wie ich jetzt spreche: Oder-Neiße-Grenze kann nicht geändert werden, weil es ein Existenzproblem des polnischen Volkes ist. Und dieser Meinung sind sowohl Kommunisten wie katholische Bischöfe, wie Katholiken und auch die polnische Emigration. Da gibt es kein Kontra dagegen. Genauso, was, was Potsdam anbelangt, der Potsdamer Beschluss ist für Polen ein ganz positiver Friedensschluss gewesen.«¹⁵³ Christenliebe und Politik waren im deutsch-polnischen Verhältnis nicht automatisch getrennt. Die deutsche und die polnische Seite legten deshalb beide größten Wert darauf, alle politisierenden Deutungen ihrer Beziehungen abzuwehren.¹⁵⁴ In der rhetorischen Betonung der ausschließlich pastoralen Intention ihrer Aktivitäten waren sich die Bischöfe beider Länder weitgehend einig.

Erzbischof Kominek beanspruchte diese pastorale Position 1965 auch für den Briefwechsel selbst: »Ja, ich weiß. Es gab Missverständnisse bezüglich dieses Briefwechsels. Diese Missverständnisse beruhen wohl auf einem fundamentalen Missverständnis, nämlich, der Brief war kein politisches Dokument, sollte wenigstens keines sein. Er war aus dem Konzile heraus geschrieben, aus dem Konzilsgeist verfasst.«¹⁵⁵ Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Döpfner erklärte vor dem Hintergrund der unerwartet heftigen politischen Reaktionen auf den Briefwechsel:

»Alle politisierenden Missdeutungen dieses Briefwechsels sind gewissermaßen Entstellungen. Denn weder die deutschen noch die polnischen Bischöfe halten sich für befugt oder kompetent, um sich zu politischen Fragen, wie der Oder-Neiße-Grenze zu äußern.«¹⁵⁶

Für die national-polnische Seite schloss die Kirchenfrage freilich die Grenzfrage mit ein: Ich glaube, schrieb Kardinal Wyszyński,

»dass dies mit Politik gar nichts zu tun hat. Es handelt sich einfach um die seelsorgerische Pflicht unserer Episkopate. [...] Heutzutage ist Polen das letzte Bollwerk des Katholizismus im Osten. Darum ist unsere Grenzfrage auch eine Kirchenfrage.«¹⁵⁷ Die deutschen Bischöfe waren dagegen eher bestrebt, »die ›Versöhnung‹ von der Politik zu lösen: Gemeinsames Gebet und gegenseitige Besuche waren möglich, aber politische Zugeständnisse wie etwa die Zustimmung zur kirchlichen Neuordnung in den Oder-Neiße-Gebieten, die Anerkennung des Heimatrechtes der Polen dort oder gar ein klares Wort zur Grenze kamen nicht in Frage.«¹⁵⁸

152 EAM KDA 43/1966, S. 3.

153 EAM KDA 43/1965 (Polen, Schlesien, Presse).

154 Siehe dazu Stehle, Warum, S. 87.

155 *Panorama*-Interview vom 10.1.1966, zit. nach der Abschrift in EAM KDA 43 / 1965 (Polen, Schlesien, Briefe), S. 1. Vgl. die Stellungnahme der Herder Korrespondenz 20, 1966, S. 167 zu dem scharfen Kommentar von Günter Kertzsch am 24.12.1965 im Neuen Deutschland: »Die harte Reaktion im vorliegenden Fall war ausschließlich politisch motiviert.«

156 EAM KDA 43/1966 (Millenniumfeier in Polen): Handschriftlich verbesserter Entwurf von Antworten auf Interviewfragen. In diesem Sinn schrieb Döpfner am 9.4.1966 auch einen Brief an die deutschen Bischöfe.

157 Brief des polnischen Primas an Kardinal Döpfner am 5.11.1970, in: Stehle, Warum, S. 87.

158 Heller, S. 121.

Am 6. Oktober 1965 erhielt Kardinal Döpfner einen Offenen Brief aus Polen. Eine Gruppe von Abgeordneten der Christlich Sozialen Gesellschaft aus Warschau beklagte sich darin mit dem »Ausdruck der höchsten Ehrerbietung« über Döpfners Erklärung zu den polnischen Westgebieten – nach Abschluss der Fuldaer Bischofskonferenz vom 4. September 1965 –, »die uns, polnische Katholiken und Christen, besonders schmerzlich berührte.«¹⁵⁹

»Die Tatsache, dass diese Gebiete, einst die Wiege des polnischen Staatswesens, während der langen Zeit der meist bewaffneten Expansion der Deutschen nach dem Osten in deren Besitz übergingen, lässt uns in ihrer Wiedergewinnung durch den polnischen Staat die Erfüllung einer historischen Gerechtigkeit sehen. Es ist das im Allgemeinen kein Begriff, dessen sich Politiker und Diplomaten bedienen, dem Christen wird es aber wohl verstattet sein, darin einen Fingerzeig der Göttlichen Vorsehung zu sehen. [...] Ebenso scheint es uns, dass im Zeitalter der Atomwaffen, im Zeitalter des Konzils, doch ein gewisser Unterschied gemacht werden müsste zwischen dem Patriotismus der polnischen Bischöfe, die weder in Wroclaw noch irgendwoanders sich in irgendeiner Weise missbilligend oder gar feindlich gegen die Bundesrepublik ausgesprochen haben, deren Standpunkt in der Frage unserer Staatsgrenzen niemanden bedroht und dem Patriotismus jener Mitglieder der katholischen Hierarchie und der Geistlichkeit in der Bundesrepublik, deren moralische Autorität entgegen ihren Intentionen – daran zweifeln wir nicht – einer Politik dient, die den Frieden in Europa und in der Welt bedroht.«¹⁶⁰

In einem Rückblick hat der Hildesheimer Bischof Josef Homeyer, der bereits in den Jahren 1972–1983 als Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz eine zentrale Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen gespielt hatte, sich 1990 in Gnesen auch zu der Kritik geäußert, die deutschen Bischöfe hätten sich 1965 deutlicher zur Grenzfrage erklären müssen. Man sei, so Homeyer, damals auf dem Weg zu einer authentischen Versöhnung und Verständigung, wie sie in der Hedwigs-Predigt Kardinal Döpfners entwickelt worden war, noch am Anfang gewesen. Außerdem sei gemäß den internationalen Rechtsgrundlagen die abschließende Regelung der Grenzfrage zusammen mit der deutschen Einheit einem ausstehenden Friedensvertrag vorbehalten gewesen.

»Eine partielle Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze hätte [...] darum als Verzicht auf die deutsche Einheit missverstanden werden können. Außerdem hätten nach Auffassung der deutschen Bischöfe nicht nur die Vertriebenen nicht verstanden, warum mit der Grenzfrage nicht auch die Frage der deutschen Minderheit in Schlesien angesprochen worden wäre. Dies wiederum stellte für die polnischen Bischöfe wegen der innenpolitischen Implikationen damals ein heikles Problem dar.«

Es habe aber nie einen Zweifel daran gegeben, dass die nationalen Lebens- und Heimatrechte des polnischen Volkes unbestritten anerkannt gewesen seien. In einer vertraulichen Arbeitsgruppe habe man zusammen mit Experten beider Länder die Grenzproblematik erörtert.¹⁶¹

VI. IMPROVISIERTE ZUKUNFT

Die Pontifikatszeit Pauls VI. wird von zwei polnisch-deutschen Ereignissen eingerahmt, an denen der Vatikan nicht direkt beteiligt war, die in der Ost- und Europapolitik jedoch wichtige Etappen markierten – dem berühmten Briefwechsel der Bischöfe beider Länder

159 Offener Brief, EAM KDA 43/1965, S. 1.

160 Ebd., S. 2–4. Die Erklärung Döpfners, eine Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 4.9.1965, ist abgedruckt in KNA, Nr. 195, 4.9.1965.

161 *Johannes Liehs*, 25 Jahre Versöhnungsbotschaft. Zum polnisch-deutschen Bischofstreffen in Gnesen, in: Ost-West-Informationsdienst Nr. 166 (1990), S. 62–76, Zitat S. 70 f.

am Ende des Konzils im November/Dezember 1965 in Rom¹⁶² und dem ersten Besuch einer polnischen Bischofsdelegation in der Bundesrepublik Deutschland Ende September 1978, der wegen des Todes von Papst Paul VI. um eine Woche verschoben werden musste.¹⁶³ Zeitlich ungefähr in der Mitte liegt die unmittelbar nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrags vom Vatikan vorgenommene »Neuordnung der kirchlichen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze« vom 28. Juni 1972.

1. Der Briefwechsel 1965

Bei symbolisch gedachten Initiativen ist die Wahl des richtigen Zeitpunkts bereits eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg. Zwei tastende Versuche der deutsch-polnischen Versöhnung in den 1950er-Jahren sind daran gescheitert, dass sie zu früh ergriffen wurden. Vor dem Kölner Katholikentag 1956 erging »eine Weisung von höchster Stelle«, bei der Einladung kirchlicher Würdenträger aus Polen zurückhaltend zu sein.¹⁶⁴ Aber auch die durch Julius Döpfner ausgesprochene Einladung an Kardinal Wyszyński zum Berliner Katholikentag 1958 kam – wie sich zeigen sollte – ganze 20 Jahre zu früh.¹⁶⁵

Der Historiker Jan Józef Lipski sah in dem polnisch-deutschen Briefwechsel von 1965 die »weitblickendste Tat der polnischen Nachkriegsgeschichte.«¹⁶⁶ Gleichwohl endete auch dieser unerwartete Vorstoß zunächst auf allen Seiten in einer Enttäuschung¹⁶⁷; erst im Rückblick aus der Distanz von 30 Jahren wurde er »zum Beginn eines gemeinsamen Weges, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat.«¹⁶⁸ Die Fragen, die Kardinal Glemp 30 Jahre später auf einer gemeinsamen Pressekonferenz polnischer und deutscher Bischöfe am 13. Dezember 1995 in Warschau stellte, waren nicht nur rhetorische Fragen:

»Warum gewann jener Brief einen solchen Widerhall, warum rief er Empörung bei den kommunistischen Regierungsmannschaften hervor, warum wiegelte er vorübergehend Menschen gegen die Kirche auf, warum erzeugte er auf deutscher Seite auch Nachdenklichkeit hinsichtlich der politischen Konsequenzen in Bezug auf die Gebiete, die man ›unter polnischer Verwaltung‹ zu nennen pflegte?«¹⁶⁹

Damals waren sich nicht viele der wegweisenden Bedeutung dieses Briefwechsels so sicher wie Otto B. Roegele: »Wie immer diese Auseinandersetzung [...] ausgehen wird, der moralische Anspruch der Bischöfe, dass sie in Gewissensfragen der Nation für ihr

162 Siehe dazu Heller. Kardinal Wyszyński verwahrte sich in einem Schreiben an das kommunistische Wochenblatt *Polityka* gegen die Behauptung, das polnische Schreiben sei »auf Drängen des Vatikans« zustande gekommen: »Es ist nicht wahr, dass das vatikanische Staatssekretariat direkt oder indirekt eine solche Haltung eingenommen hat [...] Die deutschen Bischöfe haben ebenfalls gegenüber den polnischen Bischöfen keine Forderungen erhoben [...]« Zit. nach KNA Aktueller Dienst, Nr. 108, 9. Mai 1966, 66/V/132.

163 In Abstimmung mit dem Programm des Freiburger Katholikentags war der Besuch ursprünglich für den 14.–19. September geplant gewesen.

164 Gesprächsnotiz vom 13.10.1956, ADCV 121/10 + 375.1.02. Betr.: Fühlungnahme mit kirchlichen Stellen in Polen: »Es hat den Anschein, dass diese Weisung unmittelbar vom Staatssekretariat S. H. gekommen ist.«

165 Wyszyński besuchte Deutschland erst 1978, siehe Deutschland und Polen, S. 27 und 68 f.

166 Siehe Deutschland und Polen, S. 26.

167 Siehe Roegele, Versöhnung.

168 So rückblickend die Einschätzung im Gemeinsamen Wort der polnischen und der deutschen Bischöfe von 1995, S. 7.

169 Gemeinsames Wort, S. 13.

ganzes Volk zu sprechen legitimiert sind, wird aus der Diskussion nicht mehr verschwinden.«¹⁷⁰

Die Geste des Briefwechsels vom 18. November bzw. 5. Dezember 1965 wäre ohne die vielfältigen Kontakte der polnischen und deutschen Bischöfe untereinander während der Konzilsberatungen nicht möglich gewesen. An dieser entscheidenden vertrauensbildenden Stelle erfüllte der Kölner Weihbischof Joseph Ferche (1888–1965), selbst ein Vertriebener¹⁷¹, eine besondere Aufgabe. Es gilt aber auch, dass trotz dieses kommunikativen Sondereffekts vatikanischer Ostpolitik weder die deutschen Bischöfe noch die kommunistische Gegenseite, geschweige denn die Gläubigen in beiden Ländern auch nur andeutungsweise darauf vorbereitet waren.

Die Initiative und der Entwurf für den polnischen Versöhnungsbrief, den der Primas erst nach einigem Zögern unterschrieben hat, stammten von Boleslaw Kominek. Er musste das Kunststück fertig bringen, einen Entwurf vorzulegen, dessen Inhalt der polnische Primas so nicht verfasst hätte, den er aber als Erster unterschreiben sollte. Formal wurde die Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Katholiken als Einladung zur 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Polens übermittelt, die – ohne diesen besonderen Akzent – insgesamt 57 Episkopate in der ganzen Welt erhielten.¹⁷² Trotz der »fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage«, schrieben die polnischen Bischöfe, »rufen wir Ihnen zu: Versuchen wir zu vergessen! [...] In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.«

Das Antwortschreiben der deutschen Bischöfe nahm im Wortlaut darauf Bezug: »So bitten auch wir zu vergessen, ja wir bitten zu verzeihen. Vergessen ist eine menschliche Sache. Die Bitte um Verzeihung ist ein Anruf an jeden, dem Unrecht geschah, dieses Unrecht mit den barmherzigen Augen Gottes zu sehen und einen neuen Anfang zuzulassen. [...] Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die dargebotenen Hände.«¹⁷³

Bereits am 4. Oktober 1965 hatte Erzbischof Kominek – zusätzlich zu der Kontaktaufnahme zu Walter Dirks und Johannes Schauff¹⁷⁴ – im Rahmen eines Abendessens in Rom die drei deutschen Bischöfe Franz Hengsbach (Essen), Joseph Schröffer (Eichstätt) und Otto Spülbeck (Meißen) vorab über einen beabsichtigten Brief der polnischen an die deut-

170 Roegele, Versöhnung, S. 76.

171 Siehe oben Anm. 129. Vgl. ein Schreiben des Bundesvorsitzenden der Hauptstelle der Eichen-dorffgilde e. V. Clemens Riedel MdB an Kardinal Frings, 18.10.1965, EAM KDA 43/1965.

172 Abdruck des Briefes bei Roegele, Versöhnung, S. 79–95. Vgl. Piotr Madajczyk, Annäherung durch Vergebung. Die Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt vom 18. November 1965, in: VfZ 40 (1992), S. 223–240; Theo Mechtenberg, Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe 1965. Die Reaktion der Machthaber in der DDR, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 1146–1152.

173 Abdruck des Briefes bei Roegele, Versöhnung, S. 96–103.

174 Zwischen Erzbischof Kominek und Johannes Schauff bestanden stabile persönliche Kontakte, von denen auch Dritte – z. B. polnische Studenten im Ausland – Unterstützung erwarten konnten. Als Kominek am 21.10.1973 als erster polnischer Kardinal von Breslau seine römische Titelkirche übernahm, gehörte das Ehepaar Schauff zu den geladenen Gästen. Vgl. Hansjakob Stehle, Johannes Schauff – ein Vermittler deutsch-polnischer Verständigung. Blick in unbekanntete Dokumente, in: Paulus Gordan (Hrsg.), Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag, Pfullingen 1983, S. 247–253; Rudolf Morsey, Johannes Schauff (1902–1990), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 8, S. 233–246; Dieter Marc Schneider, Johannes Schauff (1902–1990): Migration und »Stabilitas« im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001. Zu Walter Dirks siehe ebd., S. 91 ff.; Hans-Otto Kleinmann, Walter Dirks (1901–1991), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 8, Mainz 1997, S. 265–281; Ulrich Bröckling, Walter Dirks (1901–1991), in: Westfälische Lebensbilder, Bd. 17, Münster 2005, S. 241–254.

schen Bischöfe¹⁷⁵ informiert und am Namenstag der Hl. Hedwig – wie Kardinal Döpfner – mit einer versöhnlichen, eigenen Predigt versucht, den Schaden zu begrenzen, den die August-Predigt des Primas angerichtet hatte. Noch am 16. Oktober übersandte er Kardinal Döpfner zusammen mit dem Text seiner Predigt eine Reliquie der Heiligen und ließ wissen, er habe »das heilige Messopfer in der Intention einer guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit beider Völker« gefeiert.¹⁷⁶

Kominek und Döpfner hatten während des Konzils gegenseitiges Vertrauen aufgebaut, das sich jetzt und künftig als belastbar erwies.¹⁷⁷ Der Breslauer Erzbischof bereinigte auch die organisatorischen Pannen, die bei der Zustellung des Briefes aufgetreten waren, und hielt einen herzlichen persönlichen Kontakt zum neuen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.¹⁷⁸

Die deutsche Seite hatte wegen der irrtümlichen Zustellung des Briefes der polnischen Bischöfe an die römische Adresse von Kardinal Frings dessen Inhalt offiziell noch gar nicht gekannt, als die polnische Seite sich schon Sorgen um die ausbleibende deutsche Antwort machte.¹⁷⁹ Die Antwort der deutschen Bischöfe musste deshalb ohne große Vorbereitung innerhalb weniger Tage erfolgen, weil bereits am 7. Dezember in der Aula von St. Peter die letzte Konzilssitzung stattfand.

Mit Datum vom 27. November 1965 erhielten etliche Tage nach Frings auch Döpfner, Bengsch und die »vorgewarnten« drei Bischöfe aus dem Kolloquium caritativum von Erzbischof Kominek den »authentischen Text« der polnischen Botschaft. Am 29. November 1965 wurde der Brief der polnischen Bischöfe an die anderen deutschen Bischöfe verteilt. Döpfner hatte zunächst – zur Verwunderung von Bengsch und Schaffran, die er aus politischen Gründen nicht offiziell darum bitten wollte – die Bischöfe Schröffer (Eichstätt), Hengsbach (Essen) und Spülbeck (Meißen) mit einem Antwortentwurf beauftragt. Die Kommission beschränkte sich dann aber darauf, einen von Bengsch und Schaffran formulierten Text redaktionell zu bearbeiten.

Die Sitzung dieser Redaktionskommission muss am 30. November, 10 Uhr stattgefunden haben. Am Vorabend hatte Erzbischof Bengsch dafür auf Anraten seines Mitarbeiters Prälat Theodor Schmitz in dreieinhalb Abendstunden eine erste Textgrundlage erstellt, in die dann am nächsten Morgen noch die »Gedanken« eingearbeitet wurden, die Bischof Schaffran über Nacht formuliert hatte. Erzbischof Bengsch und ich »setzten uns einen Vormittag zusammen«, erinnert sich Bischof Schaffran (Görlitz), »und faktisch wurde aus unseren beiden Entwürfen dann dem mitanwesenden Ordinariatsrat Huhn der Brief diktiert«¹⁸⁰, in dem die meisten Vorschläge Schaffrans berücksichtigt sind.

Bischof Schaffran riet Erzbischof Bengsch zu einer eigenen Antwort der Berliner Ordinarienkonferenz, die mit einer Gegeneinladung zur 1000-Jahr-Feier des Bistums Meißen

175 Siehe *Heller*, S. 90.

176 Kominek an Döpfner, 16.10.1965; Antwort Döpfners 18.10.1965, in: EAM KDA 43/1965.

177 In einem handschriftlichen Brief – Rom, 25.11.1965 – schrieb Kominek: »Tun Sie, Eminenz, ein Stoßgebet zur Hl. Hedwig, dass der Brief nach seiner Veröffentlichung auch bei uns [...] nicht zu großen Anstoß erregt. [...] Es ist da wieder eine große antideutsche Propagandawelle, besonders seit die Vertriebenenverbände in St. Peter waren. [...] Aber Brückenschlagen muss eben was kosten und erfordert Opfer.« EAM KDA 43/1966.

178 Vgl. auch den intensiven Briefwechsel zwischen Kardinal Döpfner und Erzbischof Kominek während dessen Kuraufenthalt bei den Barmherzigen Brüdern in Schärding im Januar 1966.

179 Vgl. den Brief Komineks an Döpfner vom 27.11.1965 in EAM KDA 43/1966. »Wir haben noch einige zehn Exemplare zu Ihrer Verfügung – evtl. für alle deutschen Bischöfe, die am Konzil teilnehmen und sind bereit, Ihnen diese Exemplare sofort zuzustellen.« In einzelnen Angaben falsch oder spekulativ, insgesamt aber detailliert informiert: *Heller*, S. 108–121.

180 Die Übersetzung ins Polnische besorgten Prälat Manthey, Orientalistisches Institut, und zwei jüngere Polen.

1968 oder zur 700-Jahr-Feier der Heiligsprechung der Hl. Hedwig nach Andechs verbunden sein sollte.¹⁸¹ Sollte der Hl. Vater ebenfalls nach Tschenstochau kommen, fürchtete Schaffran, werde er die Aufmerksamkeit von den deutschen Bischöfen ablenken; sollte der Papst aber nicht kommen, dürfte auch die deutsche Delegation nur zwei oder drei Bischöfe aus dem Westen und Erzbischof Bengsch umfassen.

In insgesamt acht Punkten entwickelte Schaffran »Gedanken für die Beantwortung des Briefes«.¹⁸² Schaffran sah die Einladung als »europäische Pilgerschaft nach Tzenstochau« in einer Linie mit dem Kölner Domjubiläum 1948, das durch die Anwesenheit französischer und englischer Kardinäle und Bischöfe zu einer großen Versöhnungsgeste geraten sei. Die Gleichung polnisch = katholisch bedürfe einer Korrektur. Katholisch heiße niemals eingegrenzt sein durch eine Nationalkirche. »Zum mindesten sollte von unserer Seite aus der Begriff im ursprünglich-echten Sinne verwandt und darauf hingewiesen werden.«¹⁸³ Schaffran plädierte auch dafür, »die europäische Verbundenheit« ins Spiel zu bringen, das überholte nationalstaatliche Denken des 19. Jahrhunderts müsse heute überwunden werden. Das »klärende Wort«, das Schaffran hier zum »Recht auf Heimat« beisteuerte, hätte damals und später mehr Aufmerksamkeit verdient, blieb in seinen friedensfördernden Dimensionen erstaunlicherweise aber unbeachtet:

»Bei den Vertriebenen geht es weniger um einen Rechtsanspruch, in die alte Heimat zurückkehren zu wollen (die Alten sterben aus und die Jungen haben eine neue Heimat gefunden) als vielmehr um den Anspruch, in der alten Heimat rechtens gewesen bzw. zu Unrecht aus ihr vertrieben worden zu sein. (Deshalb ist auch die Predigt von Kard. Wyschinski so empfindsam aufgenommen worden) In dem Zusammenhang muss freilich auch etwas von der Gesamtschuld des deutschen Volkes am polnischen Volk und insbesondere vom Überfall im Zweiten Weltkrieg gesagt werden. Eine zweifellos moralische Schuld des deutschen Volkes muss gesühnt werden, sie begründet aber nicht eine neue Rechtslage; diese kann nur durch neue Verträge geschaffen werden, bei denen zweifellos die Sühne für die moralische Schuld Berücksichtigung finden muss. [...] Von der Aufrechnung: Recht gegen Recht bezw. Unrecht gegen Unrecht und ähnlichen Erwägungen muss abgekommen werden. Man sollte eventuell den Begriff »Neue Ordnung« wählen, wobei angestrebt ist, in einem ohne Zwang im gegenseitigen Einvernehmen abgeschlossenen Vertrag nach besten Möglichkeiten allen Recht und Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.«¹⁸⁴

Unter den durch das nahe Konzilsende festgelegten zeitlichen Vorgaben war Improvisationstalent gefragt. Für die Endredaktion des Antwortschreibens, das nicht vorbereitet war, standen zwei bis höchstens drei Tage zur Verfügung, der Entwurf konnte deshalb von der Gesamtkonferenz, wenn überhaupt, nur noch kosmetisch abgeändert werden. Die-

181 Der Primas antwortete am 21.2.1966, die Bereitschaft an den »Feierlichkeiten des Jahrtausends der Taufe Polens« teilzunehmen, sei »ein rührender Beweis der wohlwollenden Gesinnung und der gemeinsamen Anstrengung in Richtung zu neuen Wegen unseres nachbarlichen Zusammenlebens im Geiste der Liebe Christi«. »Ich bitte unserem hochwürdigsten Bruder, dem Bischof aus Meißen, zu versichern, dass wir uns das Jahr 1968 in unsere Kalender eingeschrieben haben und hoffen, dass wir uns im gemeinsamen Gebete vereinigen« EAM KDA 43/1966.

182 Diesen Hinweis verdanke ich Prof. Dr. Josef Pilvousek, Erfurt. Zum 8-Punkte-Programm Schaffrans vgl. Seminar für Zeitgeschichte Erfurt, Sammlung (P), Schaffran. Vgl. dazu den Zeitzeugenbericht des Prälaten Theodor Schmitz in: Tagespost, 25.11.1995, und *Höllen*, Bd. 2, S. 455–460. Schmitz weicht im Detail von der Schilderung Schaffrans ab. Zu Gerhard Schaffran siehe *Josef Pilvousek*, Schaffran, Gerhard, in: *Erwin Gatz* (Hrsg.), *Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1945–2001. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 2002, S. 147–149; *ders.*, Gerhard Schaffran (1912–1996), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 11, Münster 2004, S. 265–282; *Norbert Trippen*, *Josef Kardinal Frings (1887–1978)*, Bd. 2: *Sein Wirken für die Weltkirche und seine letzten Bischofsjahre*, Paderborn 2005, S. 287–296.

183 8-Punkte-Programm, Seminar für Zeitgeschichte Erfurt, Sammlung (P), Schaffran.

184 Ebd.

se Umstände haben sich auf die Qualität der deutschen Antwort ausgewirkt und ihr viel Wirkung genommen.¹⁸⁵

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass der für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zuständige Hildesheimer Bischof Heinrich Maria Janssen erst am Vortag der Abstimmung in der Bischofskonferenz von diesem Vorgang Kenntnis erhielt. »Es hat mich etwas befremdet«, beschwerte sich Janssen bei Döpfner,

»dass ich in keiner Weise über die Gespräche informiert wurde, die mit polnischen Bischöfen geführt wurden. Von Laien habe ich zum ersten Mal davon gehört am Tage vor unserer Konferenz im Campo Santo. Ich wäre doch sehr dankbar, wenn ich wenigstens erfahren würde, zu welcher Haltung und Diktion man sich denn einigt. Es ist doch unmöglich, dass mit Journalisten solche Dinge eher besprochen werden, als sie uns mitgeteilt sind. Wenn der in Aussicht gestellte Brief, von dem Exc. Hengsbach sprach, kommt oder da ist, bitte ich um baldige Verständigung.«¹⁸⁶

Am 1. Dezember 1965 kam es in Rom zu einem zweiten Vier-Augen-Gespräch zwischen den Kardinälen Döpfner und Wyszynski binnen weniger Wochen¹⁸⁷, in dem Döpfner die Breslauer Predigt vom 31. August 1965 als »wirklich schmerzlich« bezeichnete. Am 3. Dezember 1965 wurde Julius Kardinal Döpfner zum neuen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz gewählt, am 5. Dezember erging bereits das offizielle Antwortschreiben¹⁸⁸ – mit einer Einladung zum Essener Katholikentag 1968.

Döpfner bedankte sich »von ganzem Herzen« für die »großherzige Gesinnung« und »brüderliche Einladung« der polnischen Bischöfe.

»Gottlob, das erste Echo in Deutschland auf diesen Schritt des polnischen Episkopates ist im Ganzen gut, zum Teil sehr gut. Es wird als ein hoffnungsvoller Schritt in dem Dialog zwischen polnischen und deutschen Katholiken gewertet [...] der Herr geleite nun den Weg Eurer Eminenz und Ihrer Mitbrüder im Bischofsamt für die kommenden, sicherlich nicht leichten Aufgaben.«¹⁸⁹

Die deutschen Bischöfe antworteten gemeinsam »mit brüderlicher Ehrfurcht«, ergriffen die dargebotenen Hände aber nur zögerlich. In der Eile gelang es nicht einmal, alle Bischöfe und Weihbischöfe, die sich in Rom aufhielten, unterschreiben zu lassen.¹⁹⁰ Erzbi-

185 Siehe dazu *Mechtenberg*, Engagement. Vgl. *Hansjakob Stehle*, Die Allianz der Kalten Krieger, in: Die ZEIT, 17.12.1965; *Madajczyk*, Annäherung; *Mechtenberg*, Briefwechsel; *Bernd Schäfer*, Staat und Katholische Kirche in der DDR, 2., durchges. Aufl. Köln 1999, S. 251 f.; *Grycz; Stehle*, Warum.

186 Schreiben vom 27.11.1965, EAM KDA 43/1965.

187 Kardinal Döpfner erinnert in dem Schreiben an den Primas vom 5.12.1965 an seinen ersten Besuch mit den Worten: »Noch einmal darf ich mich auch für alle Brüderlichkeit bedanken, die ich jüngst bei meinem Besuch bei Ihnen erfuhr.« EAM KDA 43/1966. In den vorbereiteten Notizen Döpfners zu dem Gespräch am 1.12.1965 heißt es knapp: »I. Der Brief der polnischen Bischöfe an uns. Dank. Wird beantwortet nach Rücksprache mit polnischen Bischöfen«. EAM KDA 43/1966.

188 Die deutsche Antwort wurde am 5.12.1965 gegen 17 Uhr durch den Sekretär Kardinal Döpfners an Primas Wyszynski übergeben, am 6.12. zwischen 7 und 8 wurde die polnische Presse, um 13 Uhr die deutsche Presse informiert. Vgl. dazu den Bericht von *Werner Höfer* über ein Gespräch mit Bischof Hengsbach: Die Briefe der Bischöfe, in: Die ZEIT, 17.12.1965, sowie den Lebensbericht von *Hubert Jedin*, hrsg. von *Konrad Repgen*, 2. Aufl. Mainz 1985, S. 216: »Deutsche Bischöfe nahmen meinen Rat in Anspruch, als der versöhnliche Brief des polnischen Episkopates beantwortet werden musste.« Jedin übergab am 16.10.1965 in Rom einen dreiseitigen Antwortentwurf an Bischof Hengsbach: KfZg NL Jedin G1, Bl. 743–745. Vgl. auch die Tagebucheintragungen vom 24. und 29.11.1965. Bischof Schaffran zeigte Jedin den polnischen Brief am 29.11.1965 in Rom in der Anima. Tagebuch Jedin (in Privatbesitz).

189 Begleitschreiben Döpfners zu der deutschen Antwort, 5.12.1965, EAM KDA 43/1966.

190 Weihbischof Paul Heinrich Nordhues, Paderborn, erklärte in einem Schreiben an den Vorsitzenden vom 22.12.1965 entschuldigend, der Brief sei nur deshalb ohne seine Unterschrift ge-

schof Bengsch verband die abgesprochene zusätzliche Antwort der Berliner Ordinarienkonferenz im Namen von Bischof Spülbeck (Meißen) mit einer Einladung zur 1000-Jahrfeier des Bistums 1968.¹⁹¹

Die geplante Reise der deutschen Bischöfe zur Millenniumsfeier nach Polen wurde durch Johannes Zinke, Commissariat der Fuldaer Bischofskonferenz, in allen Details vorbereitet. »Dank seiner Beziehungen zu der polnischen Militärmission ist es auf diese Weise möglich, von vorne herein die Fragen so zu beantworten, dass hernach keine Schwierigkeiten entstehen.«¹⁹² Formal waren die Anträge für schließlich sieben Bischöfe auch nicht zu beanstanden.¹⁹³ Nach vier Wochen Bearbeitung erging dennoch ein Ablehnungsbescheid mit der Begründung,

»dass die Einreise hochgestellter Persönlichkeiten aus dem Ausland das Vorhandensein einer, mit den zuständigen staatlichen Stellen in Polen, abgestimmten Einladung voraussetzt. Da im vorliegenden Fall dieser Voraussetzung nicht Genüge getan wurde, sind wir nicht im Stande die beantragte Einreise zu genehmigen.«¹⁹⁴

Kardinal Wyszynski bedankte sich für die unabhängig von der Reise bzw. Ausladung der deutschen Bischöfe in der Bundesrepublik und in der DDR organisierten Gedenkveranstaltungen und Gottesdienste¹⁹⁵, sowie für die Erklärung der deutschen Bischofskonferenz zum 3. Mai 1966, dem Tag der polnischen Millenniumsfeier, ungewöhnlich herzlich: »Ich bin tief gerührt von der herzlichen Anteilnahme.« Der Primas berichtete »mit großer Freude« von den Feierlichkeiten in Polen, »umso mehr, weil wir alle, Bischöfe und das gläubige polnische Volk, von der christlichen Teilnahme des Hochwürdigsten deutschen Episkopats und unserer deutschen Glaubensbrüder an unseren Festen sehr gut wuss-

blieben, weil man ihn in Rom nicht habe auffinden können. Er habe sich jedenfalls nicht demonstrativ von seinem Inhalt distanzieren wollen, wie inzwischen vermutet worden sei. Kardinal Döpfner hatte die Peinlichkeit bis zu diesem Zeitpunkt aber noch gar nicht bemerkt. EAM KDA 43/1965. Den polnischen Brief hatten auch nicht alle Bischöfe und Weihbischöfe unterschrieben.

- 191 Am 5.2.1966 erkundigte sich Bengsch beim polnischen Primas, welche kirchlichen Veranstaltungen im Mai vorgesehen seien, bei welchen die Teilnahme von Bischöfen aus der DDR erwünscht sei, und hoffte sehr, die erforderlichen Reisegenehmigungen zu bekommen. EAM KDA 43/1966 (Kopie). In einem weiteren Schreiben vom 10.2.1966 übersandte Erzbischof Bengsch »sicherheitshalber noch einmal einen Durchschlag meines Briefes« und überreichte Kardinal Wyszynski als Zeichen der Verbundenheit einige Erinnerungsstücke an die Berliner Hedwigs-Kathedrale. V/5-11-1-1.
- 192 Vertrauliche Information Döpfners an die Mitglieder der Delegation: EAM KDA 43/1966. Der Berliner Prälat überließ nichts dem Zufall, besorgte für »etwa 6 Bischöfe« – »jeder mit Sekretär und Autochauffeur« – insgesamt 36 Formulare und erließ exakte Handlungsanweisungen. Zinke erbat von den Bischöfen alle nötigen Angaben für die Anträge, behielt sich das Ausfüllen der Formulare aber selbst vor.
- 193 Kardinal Döpfner hatte nach intensiven Vorbereitungen am 22.3.1966 für die Reise nach Tschenstochau (2.–4.5.1966) Joseph Kardinal Frings (Köln), Joseph Schröffer (Eichstätt), Isidor Markus Emanuel (Speyer), Franz Hengsbach (Essen), Rudolf Graber (Regensburg), Joseph Stimpfle (Augsburg) und sich selbst angemeldet. EAM KDA 43/1966.
- 194 Der Ablehnungsbescheid erfolgte am 23.4.1966 durch den Leiter der Visumabteilung der Militärmission der Volksrepublik Polen in Berlin: EAM KDA 43/1966.
- 195 Die deutschen Bischöfe riefen alle Gläubigen auf, die Verbundenheit mit den polnischen Katholiken in diesen Tagen in besonderen Gottesdiensten und Fürbittgebeten zu bekunden. Am 3.5.1966 fanden zahlreiche Vorträge und Akademieveranstaltungen statt. Die offizielle Erklärung der deutschen Bischöfe wurde von den Bischöfen Hengsbach und Janssen sowie den Münsteraner Kapitularvikaren Volkmann und Hoppe bearbeitet. Vgl. die Interviewnotizen Döpfners in EAM KDA 43/1966 und den Text der Erklärung in KNA Dokumentation, Nr. 11, 21.4.1966.

ten.«¹⁹⁶ Als der Kardinal in seiner Predigt am 3. Mai 1966 in Tschenstochau den Versöhnungssatz aus dem Briefwechsel zitierte, bekam er dafür spontane Zustimmung.

Jenseits dieser protokollarisch-höflichen Bemühungen auf beiden Seiten hielt die Enttäuschung der polnischen Bischöfe darüber, dass die deutsche Antwort auf die Grenzfrage mit keinem Wort eingegangen war, lange an.¹⁹⁷ Noch fünf Jahre später schrieb Primas Wyszynski an Kardinal Döpfner:

»Nun muss ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, dass die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern auch die Weltmeinung enttäuscht hat. [...] Die polnische Seite hatte zudem den Eindruck, dass unseres, durch Christenliebe diktiertem Entgegenkommen auf Politik gestoßen hat. [...] Verzeihen heißt leider nicht vergessen.«¹⁹⁸

Die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD hatte am 1. Oktober 1965 eine Denkschrift über »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn«¹⁹⁹ veröffentlicht. »Sie enthielt das, was sich die polnischen Bischöfe von den deutschen erhofften: eine Auseinandersetzung mit der moralischen und rechtlichen Problematik der Grenze und die nahegelegte Konsequenz, auf deren Revision zu verzichten.«²⁰⁰ Richard von Weizsäcker hält diese Denkschrift bis heute für die »wichtigste politisch-ethische Äußerung der Evangelischen Kirche in der Nachkriegszeit« und diagnostiziert neben einem äußerst kontroversen publizistischen Echo im Westen darin sogar den entscheidenden politischen Anstoß für die deutsch-polnische Entspannungspolitik, für starke Reaktionen auf polnischer Seite, insbesondere für den Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. November 1965! Tatsächlich hat Erzbischof Kominek noch auf der Rückreise aus Rom im Januar 1966 der EKD-Denkschrift höchste Anerkennung gezollt:

»Ganz positiv. Nicht bloß ich allein. Ganz positiv waren mit mir zusammen vielleicht alle, alle Bischöfe, das ganze Volk, auch die kommunistische Führungspartei bei uns. Sie wird sehr positiv, sehr positiv bewertet, weil sie wahrscheinlich der mutigste Vorstoß von allen bisherigen war. Und wir freuen uns, dass die deutschen Bischöfe in derselben Richtung vorzugehen scheinen. In der Richtung eben der evangelischen Denkschrift. Und wir werden uns freuen, wenn wir bessere Ergebnisse daraus folgern sehen.«²⁰¹

196 Döpfner hatte den polnischen Primas am 22.3.1966 über die Planungen informiert: »Die kirchliche Presse, die katholischen Akademien, die Dekanatskonferenzen des Klerus und die katholischen Organisationen sind gebeten, sich mit der Christianisierung Polens und mit der polnischen Kirche in Vergangenheit und Gegenwart zu beschäftigen. Ferner werden zum Jubiläum besondere Gottesdienste, vor allem auch an deutschen Wallfahrtsorten stattfinden. Die deutschen Bischöfe werden eine eigene gemeinsame Erklärung und Fürbitten für den Gottesdienst veröffentlichen.« EAM KDA 43/1966.

197 Josef Homeyer, Bischof von Hildesheim und Covorsitzender der deutsch-polnischen Bischofskommission, bestreitet eine Enttäuschung auf polnischer Seite, siehe *J. Homeyer*, 25 Jahre nach der Versöhnungsbotschaft: Wirkliche Verständigung?, in: *Pflüger/Lipscher*, S. 245–258, hier S. 250, und *Stehle*, Warum, S. 85; *ders.*, Briefwechsel. – Vgl. dazu für die polnischen Reaktionen ausführlicher den in diesem Band abgedruckten Beitrag von Robert Zurek.

198 Rom, 5.11.1970, Druck: Deutschland und Polen, S. 62. Siehe dazu auch *Stehle*, Briefwechsel, S. 541 ff., und ein Gespräch am 14.11.1968 mit fünf polnischen Theologen, die damals in Rom, Paris und Heidelberg studierten und als Gäste am Katholikentag in Essen teilnahmen: EAM KDA 66 (Politik, Parteien etc. 1968).

199 Siehe *Reinhard Henkys* (Hrsg.), Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, Stuttgart/Berlin 1966.

200 *Stehle*, Briefwechsel, 1983, S. 539.

201 Interview für *Panorama* mit Hansjakob Stehle, EAM KDA 43/1965 (Polen – Schlesien – Presse).

In der Diskussion um die unterschiedliche Wirkung der EKD-Denkschrift und des Antwortbriefs der deutschen Bischöfe hat Mechtenberg darauf aufmerksam gemacht, dass die Ostdenkschrift allein an die Öffentlichkeit der Bundesrepublik gerichtet war und auch »lediglich von den westlichen Gliedkirchen der zu jener Zeit noch gesamtdeutschen EKD verantwortet wird.«²⁰² Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe richtete sich dagegen nicht unmittelbar an eine außerkirchliche Öffentlichkeit und bezog die DDR ausdrücklich mit ein. Sein äußerer Anlass war die Einladung der polnischen Bischöfe für die Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens 1966 und nicht die wachsende Sorge, dass die Wunden des Zweiten Weltkriegs im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn »noch kaum angefangen haben zu verheilen.«²⁰³ Insofern räumte der katholische Briefwechsel der »Versöhnung« die Priorität gegenüber den »heißen Eisen« ein, »bei denen – wie in der Grenzfrage – noch kein volles Einverständnis erreicht werden konnte.«²⁰⁴

»Diese Rangordnung hat eine gegenüber der Denkschrift geringere Politiknähe zur Folge, aus der für die bundesdeutsche Diskussion auch eine geringere unmittelbar politische Wirksamkeit resultiert. Anders stellt sich die Situation jedoch in Polen wie auch in der DDR dar, wo der Vorrang der Versöhnung bei – wie man meinte – gleichzeitiger Negierung der politischen Fakten Staat und Partei auf den Plan riefen, der Briefwechsel zum »casus belli« wurde und gerade dadurch seine Brisanz gewann.«²⁰⁵

Die beiden Briefe der Bischofskonferenzen stießen bei den Regierungen der DDR und Polens auf scharfe Ablehnung. Das Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* empörte sich über die Briefe, weil dort der Eindruck erweckt werde, als gebe es die DDR überhaupt nicht.

In Polen löste die Versöhnungsgeste »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung« eine gewaltige Verleumdungskampagne der kommunistischen Regierung aus.²⁰⁶ Die polnische Propaganda dachte sich als ein Element ihrer Kampagne einen »Offenen Brief der Arbeiter der Sodafabrik in Krakau an Erzbischof Karol Wojtyła« aus, der am 22. Dezember 1965 in der Tageszeitung *Krakowska Gazeta* erschien. Die Arbeiter äußerten in diesem Schreiben ihre tiefe Enttäuschung darüber, dass die Bischöfe in ihrem Brief im Namen des polnischen Volkes Erklärungen abgegeben hätten, die nicht in ihre Kompetenz fielen. Besonders enttäuscht seien sie über die Unterschrift von Wojtyła, der »während der Naziokkupation ein Arbeiter unserer Fabrik« gewesen sei.²⁰⁷ Karol Wojtyła hatte tatsächlich ab Herbst 1940 in einem Steinbruch der Firma Solvay gearbeitet. Der junge Philologiestudent wurde damals nach eigener Aussage »freiwillig« Zwangsarbeiter in Polen, um der Zwangsarbeit im Deutschen Reich zu entgehen, nachdem 184 Dozenten der Krakauer Universität im November 1939 nach Sachsenhausen deportiert und die Universität geschlossen worden war. Wojtyła nahm in seinem Antwortschreiben von Weihnachten 1965, das damals nur in der Untergrundpresse zirkulierte, weil die polnische Regierung die Veröffentlichung nicht erlaubte, ausdrücklich auf seine Zeit als Zwangsarbeiter Bezug²⁰⁸ und schrieb:

»Als wir während der Okkupation zusammenarbeiteten, hat uns vieles verbunden, vor allem die Achtung vor dem Menschen, vor dem Gewissen, der Individualität und der sozialen Würde. Das habe ich überreichlich von den Arbeitern bei Solvay gelernt; diese grundlegenden Prinzipien aber

202 Mechtenberg, Deutschland – Polen, S. 41 f.

203 Henkys, S. 176.

204 Mechtenberg, Deutschland – Polen, S. 42.

205 Mechtenberg, Deutschland – Polen, S. 43.

206 Roegele, Versöhnung, Einführung, S. 27–34.

207 Weigel, S. 187 f.

208 Ebd., S. 56–61.

kann ich in dem offenen Brief nicht entdecken.« Und außerdem sei es in einer so langen und verwickelten Geschichte, wie sie Deutschland und Polen verbinde, undenkbar, dass die »Menschen nicht Grund haben, sich gegenseitig um Verzeihung zu bitten.«²⁰⁹

Obwohl die polnischen Bischöfe alles versuchten, dem Brief seine politische Sprengkraft zu nehmen, waren sie damit weder bei ihrem Kirchenvolk noch bei der kommunistischen Regierung erfolgreich. Parteichef Gomulka hielt die Aktion für Vaterlandsverrat, die polnische Presse trat eine bis dahin nicht gekannte Kampagne los, Bischöfe und Pfarrer wurden vorgeladen, um ihre mit dem Briefwechsel verbundenen Absichten zu erläutern, und in Einzelgesprächen unter Druck gesetzt.²¹⁰ Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei fasste in einem Brief alle Vorwürfe zusammen und interpretierte die Briefe als einen Versuch, sich über die polnische Gesellschaft und Regierung hinweg mit polenfeindlichen, revanchistischen Kreisen abzusprechen.

Erzbischof Kominek weigerte sich, eine rechtfertigende inhaltliche Diskussion zu beginnen, bestand aber darauf, das Dokument trage religiösen Charakter und sei kein politisches Dokument wie sein Interview mit *Panorama*. Der Brief habe mindestens drei Erfolge vorzuweisen: Neben der finanziellen Entschädigung polnischer KZ-Priester habe er erreicht, dass die deutschen Bischöfe neue Schulgeschichtsbücher herausgeben würden, und er werde vor allem die Jugend davon überzeugen, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa getroffenen Lösungen richtig seien.²¹¹

Der Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła bot bei seiner Vorladung am 1. Februar 1966 eine andere interessante Version an. Wojtyła wies zunächst ebenfalls die Einschätzung zurück, es handle sich um ein politisches Dokument, und bezeichnete dann die Botschaft als

»großes, erfolbringendes Werk. [...] Die deutschen Bischöfe wurden gezwungen, sich zur Schuld zu bekennen. Dies ist ein Ausdruck dessen, dass sich die Deutschen überhaupt zu den an der polnischen Nation begangenen Verbrechen bekannten. Dies hat niemand im Laufe der ganzen 20 Jahre geschafft. Wir spielten die Rolle eines Beichtvaters, so wie wir das im Beichtstuhl mit dem Sünder tun.«²¹²

Die Machtmittel besaßen die staatlichen polnischen Stellen. Schließlich durften aus politischen Gründen an der Millenniumsfeier im Mai 1966 weder Papst Paul VI. noch die deutschen Bischöfe teilnehmen.

Für die deutschen Katholiken bleibt aus der Sicht des früheren Bundespräsidenten nur die Zaungastrolle: »Auf deutscher Seite gab es eine Antwort durch die Bischofskonferenz.«²¹³ Der an dem bischöflichen Briefwechsel aktiv beteiligte Essener Bischof Franz Hengsbach hat im Dezember 1965 in einem Gespräch mit Werner Höfer in der ZEIT freilich eine andere Sicht zu Protokoll gegeben:

»Unmissverständlich, wenn auch ohne jede unökumenische Schärfe, verweist Bischof Hengsbach auf die Chronologie der Ereignisse; danach waren die römischen Kontakte schon bis zur Konzipierung des Briefwechsels gediehen, bevor die Aktivität der Evangelischen Kirche in Deutschland bekannt geworden war, deren Richtung der Bischof vornehmlich auf Bonn gezielt sieht. Er begrüßt es aber, dass die beiden christlichen Konfessionen, wenn auch mit verschiedenen Zielen und in unterschiedlicher Sprache, ihr Wort zu dieser dringlichen Sache gesagt haben. Zumindest könne jetzt

209 Ebd., S. 188.

210 Die Hauptvorwürfe gegen die Bischöfe sind zusammengefasst in einem Brief des Zentralkomitees der Partei an alle Organisationen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, siehe Grycz, S. 59 f.

211 Grycz, S. 67.

212 Zit. nach Grycz, S. 65.

213 Von Weizsäcker, S. 19.

niemand – unter Umkehr aller Konzilsergebnisse – hieraus erneut Gegensätze zwischen den beiden christlichen Kirchen konstruieren.«²¹⁴

Nachdem die polnischen Bischöfe in ihrem Brief ausdrücklich darum gebeten hatten, den deutschen evangelischen Brüdern Grüße und Dank zu überbringen, erfüllte Kardinal Döpfner diese Bitte am 20. Januar 1966 in einem Schreiben an Präses Kurt Scharf. Der neue Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz äußerte darin Verständnis für die polnische Dankbarkeit für diesen »mutigen Vorstoß«, sah sich aber auch zu dem Hinweis veranlasst, dass der Austausch der Briefe auf katholischer Seite auch ohne die vorhergehende Denkschrift erfolgt wäre.

Knapp fünf Jahre später, wenige Tage nach Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, bat Döpfner in einem Brief an Kardinal Wyszynski vom 14. Dezember 1970 noch einmal darum, aus dem unterschiedlichen Charakter der beiden Texte nicht kurzschlüssig auf eine unterschiedliche Intensität des Versöhnungswillens der deutschen Protestanten und Katholiken zu schließen, und gab zu bedenken, welche nachteiligen Folgen die EKD-Denkschrift auch provoziert hatte. »Jedenfalls sind damals dort Gegensätze aufgebrochen, die bei uns vermieden wurden. [...] Jedenfalls ist eine friedfertige Haltung in unserem Volk wichtiger als ein konkreter Vertrag.«²¹⁵

Vincens M. Lissek, langjähriger Geschäftsführer des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, schrieb 1996 in der Festschrift für seinen polnischen Freund Mieczyslaw Pszon: »Bis zum heutigen Tage ist in Polen, auch in interessierten Kreisen, die Tatsache fast unbekannt, dass der Brief der polnischen Bischöfe nicht nur eine Antwort ihrer deutschen Amtsbrüder, sondern auch eine bedeutsame Antwort der deutschen Katholiken fand«²¹⁶ – die Erklärung auf dem 81. Bamberger Katholikentag (13.–17. Juli 1966)²¹⁷, an dem erstmals nach 1945 einige polnische Katholiken teilnehmen konnten. Danach gab es – mit Ausnahme von 1980 – keinen Katholikentag ohne führende Repräsentanten des polnischen Katholizismus mehr. Otto B. Roegele hat in seiner Abschlussansprache in Bamberg den ersten nachkonziliaren Katholikentag als einen Katholikentag der »Unruhe«, des »Dialogs« und der »Neuorientierung« charakterisiert und unter dem letzten Stichwort formuliert:

»Das polnische Volk [...] mag wissen, dass die Christen in Deutschland ihren Vergebungsruf gehört haben und ihn erwidern. Die Arbeitsgemeinschaft II des Bamberger Katholikentags hat gestern vormittag einer Arbeitsvorlage ihren langdauernden und von Herzen kommenden Beifall erteilt, in dem es unter anderem heißt:

»[...] Das Konzil hat jeden Katholiken und die Kirche eines jeden Volkes gerufen, an einer Friedensordnung in Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit mitzuarbeiten. So suchen die deutschen Katholiken aus ganzem Herzen um des universalen Gemeinwohls aller Völker willen eine neue und enge Partnerschaft zu allen ihren Nachbarvölkern, auch zum polnischen Volk.

Die deutschen Katholiken, die an den vor dem Gemeinwohl aller Völker und einer neuen Friedensordnung vertretbaren Rechten des eigenen Volkes festhalten, versichern feierlich, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, dass das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert [...]

Die deutschen Katholiken bekennen ausdrücklich, dass eine neue Friedensordnung nie durch Gewalt, sondern nur durch Verhandlungen geschaffen werden kann, und dass solche Verhandlungen

214 Höfer.

215 Stehle, Briefwechsel, S. 549.

216 Zit. nach Vincens M. Lissek, Auf dem Weg zu Verständigung und Versöhnung. Stationen der Beziehungen von Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und Znak, in: Ost-West-Informationen Nr. 188 (1995), S. 36–52, hier S. 39. Zu Pszon siehe Anm. 257.

217 Text in: Auf Dein Wort hin. 81. deutscher Katholikentag vom 13. Juli bis 17. Juli 1966 in Bamberg, Paderborn 1966, und in: Deutschland und Polen, S. 58 f.

vom Respekt vor der Würde und dem Recht aller Völker und ihrer Menschen getragen sein müsse, damit der Friede in allen Völkern und Herzen bejaht werden kann.«²¹⁸

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Bamberger Katholikentag traf sich auf Initiative von Walter Dirks »nach dem Schneeballsystem aus einander Altbekannten zusammengerufen« eine sehr diverse Gruppe von Katholiken im Mai 1966 in der Katholischen Akademie Bensberg, um »Fragen, die katholischerseits vernachlässigt schienen – wie der Staat Israel, die Wehrdienstverweigerung und eben das Nachbarschaftsverhältnis zum katholischen Polen – unter den Friedensinitiativen des Konzils gründlich [zu] diskutieren.«²¹⁹ Nach zweijähriger Diskussion veröffentlichte dieser Kreis im März 1968 das Bensberger »Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen«, das wie die seit Oktober 1965 im Zentrum heftiger innenpolitischer und ökumenischer Auseinandersetzungen in Deutschland²²⁰ stehende Ost-Denkschrift der EKD zu der Frage der polnischen Westgrenze klar Position bezog: »Daher wird es für uns Deutsche unausweichlich, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass wir die Rückkehr dieser Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können.«²²¹

Das Bensberger Positionspapier trug ca. 140 Unterschriften – auch von Nicht-Mitgliedern des Kreises.²²² Prominente Mitglieder des Bensberger Kreises wie Paul Mikat oder Otto B. Roegele distanzieren sich von dieser Erklärung, während andere Prominente wie Karl Rahner, Joseph Ratzinger oder Robert Spaemann die deutsch-polnische Annäherung damals mit ihrer Unterschrift unterstützten. Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen konnte sich diese Überraschung nur mit der Überlegung erklären, einige, »vornehmlich Hochschullehrer, Ordensleute und Theologen rankten sich bis heute an den Idealen der Jugend hoch ohne diese in der rechten Weise an der Wirklichkeit zu messen.«²²³ Die Hoffnungen, die das Memorandum bei vielen Unterzeichnern weckte, kleidete der damalige Tübinger Theologieprofessor Joseph Ratzinger in seiner Antwort an den Bensberger Kreis in den Satz: »Im Übrigen bin ich dankbar und glücklich, dass endlich eine solche Initiative ergriffen wird, auf die ich seit langem gewartet habe.«²²⁴

Das mit über 1300 Zeitungsmeldungen im Frühjahr 1968 außerordentlich stark diskutierte Memorandum wurde zu einem herausragenden politischen Ereignis. Nun wurden

218 Otto B. Roegele, Der 81. Deutsche Katholikentag in Bamberg, in: Auf dein Wort hin, S. 388–399, Zitat S. 396.

219 Manfred Seidler, Das Polen-Memorandum des Bensberger Kreises – Wirkung in Deutschland und Polen, in: Pflüger/Lipscher, Feinde werden Freunde, S. 103–112, hier S. 104 f.

220 Vgl. z. B. für November/Dezember 1965 verschiedene Schreiben des Katholischen Flüchtlingsrats, von Clemens Riedel, Dr. Harald Oldag, Percy Ernst Schramm u. a. an Kardinal Döpfner in: EAM KDA 43/1965.

221 Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen, hrsg. vom Bensberger Kreis, Mainz 1968, S. 18.

Der Bensberger Kreis wurde am 7./8. Mai 1966 von Walter Dirks, Eugen Kogon u. a. zu seiner ersten Sitzung eingeladen und erfasste zunächst etwa 100 katholische Laien verschiedener politischer Richtungen. 2004 hat sich der Kreis wieder aufgelöst. Vgl. zu der Entstehungsgeschichte des Memorandums Gottfried Erb, Das Bensberger Memorandum, in: Orientierung Nr. 6/1968 (31.3.1968), S. 67–69.

222 Darunter Karl Otmar von Aretin, Ernst W. Böckenförde, Marianne und Walter Dirks, Norbert Greinacher, Hans Heigert, Georg Hüßler, Eugen Kogon und Johann Baptist Metz.

223 Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisation, KNA Dokumentation Nr. 7, 2.3.1968. Die deutsche Öffentlichkeit erlebe die »Zerreißprobe einer Generation«, die von der Jugendbewegung und der Abwehr des Nationalsozialismus geprägt worden sei.

224 Joseph Ratzinger an Manfred Seidler, 1.3.1968, Bestand Bensberger Kreis, Archiv der Sozialen Demokratie (AdsD), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

die ausgestreckte Hand der polnischen Bischöfe und die jedenfalls für die polnische Seite enttäuschende Antwort der deutschen Bischöfe erneut diskutiert. Die Deutsche Bischofskonferenz gab eine kritische Stellungnahme zum Bensberger Memorandum ab²²⁵, für den Primas aus Polen war es – »nicht so sehr vom politischen als vielmehr vom sozial-religiösen Standpunkt« – eine Freude, »Ihnen danken zu dürfen für Ihren christlichen Mut, Ihren ehrlichsten guten Willen und Ihren internationalen Weitblick.«²²⁶ Die Clubs katholischer Intelligenz und die politische Gruppe des ZNAK mit Stomma und Mazowiecki begrüßten das lange erwartete Signal. Mazowiecki stellte das Memorandum im Mai 1968 ausführlich in der Monatszeitschrift *Wież* vor, auch wenn er es »hauptsächlich für den innerdeutschen Gebrauch bestimmt« hielt.²²⁷ Drei Gründe waren für ihn dabei ausschlaggebend: Der Text sei von einer hohen moralischen Sensibilität gegenüber den Fragen geprägt, die das deutsch-polnische Verhältnis so schwierig machten, das Memorandum versuche, den Deutschen manche polnische Reaktionen verständlich zu machen, und ziehe schließlich aus der richtigen Analyse klare politische Konsequenzen.²²⁸ Stomma würdigte die Prominenz der vielen Unterzeichner und war sich sicher: »Die Tatsache, dass sich eine solche Gruppe von Laien abzeichnete, änderte die Lage. Wir hatten jetzt unseren eigentlichen Partner gefunden. Der leere Platz war nun ausgefüllt.«²²⁹

2. Die Neuordnung der kirchlichen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze 1972

In früheren Jahren hatte Kardinal Döpfner – nach Rücksprache in Rom – Heinrich Krone, den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, wiederholt beruhigen können, man halte in Rom entschieden an der bekannten Gepflogenheit fest, vor einem Friedensvertrag nichts an dem Status von Bistümern zu ändern. Dies gelte für die Zone und die deutschen Bistümer im polnischen Staatsbereich gleichermaßen, obwohl der polnische Episkopat auf eine Änderung dränge.²³⁰

Seit seiner Rückkehr vom Konzil unterstützte Kardinal Döpfner aber die vatikanische Überlegung, die Bistümer östlich der Oder und Neiße aus seelsorgerlichen Gründen unmittelbar Rom zu unterstellen. Nuntius Corrado Bafile hätte es »im Interesse des Ausgleichs bestehender deutsch-polnischer Spannungen hoch« bewertet, wenn dieser Vor-

225 Die Deutsche Bischofskonferenz wies in ihrer Erklärung darauf hin, dass »keine Gruppe von Katholiken die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und ihre Meinung in Anspruch nehmen« könne. KNA Dokumentation Nr. 8, 6.3.1968.

226 Der Brief des Primas vom 12.9.1968 wurde veröffentlicht in KNA Dokumentation, 2.10.1968.

227 *Tadeusz Mazowiecki*, Das Memorandum des »Bensberger Kreises«, in: Polen und Deutsche (*Wież* Sonderausgabe 1994), S. 52–63, Zitat S.52.

228 Vgl. *Wolfgang Pailer*, Stanislaw Stomma. Nestor der polnisch-deutschen Aussöhnung, Bonn 1995, S. 107–116.

229 Zit. nach *Pailer*, S. 110. Vgl. auch *Dieter Bingen*, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, S. 88.

230 *Heinrich Krone*, Tagebücher, Bd. 1: 1945–1961, bearb. von *Hans-Otto Kleinmann*, Düsseldorf 1995, Eintrag vom 29.12.1959, S. 390f. Vgl. die ähnliche Problematik in der Instruktion Außenminister Schröders beim Amtsantritt des Vatikanbotschafters Sattler vom 21.3.1966, *Feldkamp*, S. 506–509: Schröder erläuterte Sattler, der HI. Stuhl habe bisher stets den Standpunkt vertreten, dass »ohne friedensvertragliche Regelung der gegenwärtige Status der kirchlichen Organisation insbesondere die Diözesangrenzen in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten nicht einseitig verändert« würden. Vgl. auch die Argumentation bzgl. der kirchenpolitischen Lage an der Saar beim Amtsantritt von Botschafter Jaenicke am 23.4.1954, ebd., S. 92–94, den Brief P. Leibers an Bischof von Preysing vom 28.10.1945 (Anm. 95), und das Schreiben des Staatssekretärs beim Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, an die Botschaft beim HI. Stuhl vom 22.6.1942, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie E, Bd. 3, Göttingen 1974, S. 40–42.

schlag von deutscher katholischer Seite in die Öffentlichkeit gekommen wäre. Katholische Unionspolitiker wie Johann Baptist Gradl, Hans Globke, Karl Theodor Guttenberg und Heinrich Krone befürchteten damals zu Recht, die Kirche habe ihren Standpunkt schon bezogen, »das Heil der Seelen verlange Konzessionen«, warnten aber gleichwohl eindringlich vor den Konsequenzen, die ein solcher Schritt der Kirche unweigerlich auch für die Verhältnisse in der DDR haben würde, und sprachen in diesem Zusammenhang von einer drohenden »Lawine« der »Normalisierung«, die dadurch ausgelöst würde.²³¹

Intern hatten führende deutsche Katholiken freilich längst eine realpolitische Linie vorgegeben. Als Nikita Chruschtschow am 10. November 1958 in einer Rede im Moskauer Sportpalast eine politische Initiative auf den Weg brachte, die darauf abzielte, provisorische Regelungen nach dem Zweiten Weltkrieg jetzt endgültig festzulegen, zog der Berliner Generalvikar Walter Adolph daraus folgende kirchenpolitische Konsequenzen: Die Umschreibung der westpolnischen Bistümer werde nicht mehr aufzuhalten sein. Die Regierung der DDR werde die Jurisdiktion von Bischöfen, soweit Teile ihres Territoriums auf dem Boden der DDR liegen, nicht mehr zulassen. Demzufolge stelle sich die Frage nach der hierarchischen Ordnung innerhalb der DDR. Und: Die ehemaligen Provinzen östlich der Oder/Neiße seien als endgültig verloren anzusehen. Adolph trug seine Folgerungen bereits am 17. März 1959 der Berliner Ordinarienkonferenz vor.²³² Der protestantische deutsche Außenminister Gerhard Schröder (CDU) wies im März 1966 den neuen Vatikanbotschafter Dieter Sattler²³³ ausdrücklich an: »Ich bitte Sie, bei Ihren Gesprächen das besondere Interesse Deutschlands an einem gerechten Ausgleich mit den Völkern Osteuropas, vor allem mit dem polnischen Volk, zum Ausdruck zu bringen. Für jede Hilfe in dieser Richtung sind wir dem Hl. Stuhl dankbar.«²³⁴

Die ersten, noch zerstreuten Zweifel, ob die vatikanische Politik sich auch künftig an ihren altbewährten und oft bekräftigten Grundsatz halten würde, kirchenpolitische Entscheidungen erst nach definitiven politischen Vorgaben zu treffen – neue Diözesangrenzen in der DDR und in Polen z. B. also erst nach einem Friedensvertrag festzulegen – verstärkten sich in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre. Die Vertragspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung spielte dem Vatikan dann durch die Ratifizierung des Warschauer Vertrags am 3. Juni 1972 das entscheidende Argument zu, zunächst in Bezug auf die Gebiete östlich der Oder und Neiße einen wichtigen Schritt weiterzugehen. An dieser Wende der Dinge waren katholische deutsche Politiker allerdings kaum beteiligt.

In Rom hieß es damals, man beabsichtige mit der Neuerrichtung von vier Diözesen zwar weiterhin keine endgültigen Regelungen vor einem noch zu schließenden Friedensvertrag, aber eine vatikanische Reaktion auf die Ratifizierung des Warschauer Vertrages sei unausweichlich notwendig, schließlich könne man in Rom nicht deutscher sein als die Deutschen selbst. Die vatikanische Verlautbarung zur Neuordnung der Gebiete östlich von Oder und Neiße vom 28. Juni 1972 hat sich folgerichtig ausdrücklich auf den deutsch-polnischen Vertrag bezogen. Nach der Unterzeichnung und Ratifizierung des Warschauer Vertrags²³⁵ reagierte Rom binnen drei Wochen – und errichtete neue polnische Diöze-

231 *Hummel*, Heiliger Stuhl, S. 92.

232 Die Stellungnahme Adolphs ist abgedruckt in: Akten deutscher Bischöfe seit 1945. DDR 1957–1961, bearb. von *Thomas Schulte-Umberg*, Paderborn u. a. 2005 (im Druck), Dok. Nr. 209. Siehe dazu *Bingen*, Deutsch-polnische Beziehungen.

233 Siehe *Ulrike Stoll*, Kulturpolitik als Beruf. Dieter Sattler (1906–1968) in München, Bonn und Rom, Paderborn 2005.

234 Schröder an Sattler, 21.3.1966, Druck: *Feldkamp*, S. 506 f.

235 Der Vertrag wurde am 7.2.1970 unterzeichnet und am 2.6.1972 ratifiziert. Über die Neuordnung der kirchlichen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze entschied der Heilige Stuhl am 28.6.1972. Vgl. dazu die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 29.6.1972 in: Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg, 28.7.1972, Nr. 91, S. 92 f.

sen.²³⁶ In der vatikanischen Erklärung wurde zur Begründung auf pastorale Notwendigkeiten hingewiesen. Die vor dieser Entscheidung nicht konsultierte Deutsche Bischofskonferenz tat sich freilich schwer, gerade diesen Hinweis als den ausschlaggebenden Grund zu akzeptieren.²³⁷ Kardinal Döpfner erklärte nach der sofortigen Beratung in der Hauptkommission der Bischofskonferenz am 29. Juni 1972 vor der Presse:

»Der Hl. Stuhl übt seit langem die Praxis, dass die Änderungen von Bistumsgrenzen erst erfolgen, nachdem in völkerrechtlich definitiver Weise neue Staatsgrenzen feststehen, andererseits muss die Kirche bei der Festlegung von Bistumsgrenzen vor allem pastorale Erwägungen berücksichtigen, wie es lt. Presseerklärung des Hl. Stuhles auch bei der Neuregelung der Diözesen in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße der Fall gewesen ist. Die Deutsche Bischofskonferenz respektiert die aufgrund pastoraler Motive erfolgte Entscheidung des Hl. Stuhles. Zudem weiß sie um die Belastungen, denen sich der Hl. Stuhl in dieser Frage seit fast drei Jahrzehnten ausgesetzt sah. Nunmehr ist die Lage entstanden, die es nach Meinung des Hl. Stuhles nicht mehr erlaubt, sich weiterhin dem verständlichen Drängen der polnischen Bischöfe und Katholiken zu versagen. [...] Die Deutsche Bischofskonferenz hofft schließlich, dass der am Ende des 2. Vatikanums begonnene Dialog zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen sich nunmehr frei entfalten kann.«²³⁸

Die vatikanische Entscheidung hatte eine lange Hängepartie entschieden. Die deutschen Katholiken wussten dies ebenso wie der polnische Primas, der in einem persönlichen Brief an Kardinal Döpfner vom 26. August 1972 um Verständnis warb, in der Sache aber keinen Zentimeter mehr zurückwich:

»Wir glauben, dass diese Entscheidungen zur Stärkung der Stellung der katholischen Kirche in Polen beitragen wird, aber auch der katholischen Kirche in ganz Osteuropa [...]. Wir verstehen die Trauer der deutschen Katholiken, die aus polnischen Gebieten stammen, die Trauer, die durch die letzten päpstlichen Entscheidungen verursacht wurde. Mit der Zeit wird dieser Schmerz nachlassen. Ich spreche Ew. Eminenz mein Mitgefühl aus zu den Unannehmlichkeiten, die Ew. Eminenz von einigen eigenen Gläubigen erfahren hat. [...] Wenn man sagt, dass den deutschen Umsiedlern ein Schaden zugefügt wurde, dann muss man auch daran denken, dass unsere Landsleute und unsere Umsiedler aus dem Osten noch größeres Leid erduldet haben. Daran müssen sowohl die Politiker wie auch die deutschen Katholiken denken. [...] Ich kann nicht leugnen, dass die Schnelligkeit der letzten Entscheidungen, die der Apostolische Stuhl gefällt hat, sowohl die deutschen Bischöfe als auch die deutsche Öffentlichkeit überrascht haben könnte, obwohl diese Entscheidungen schon lange erhofft wurden. Dadurch, dass diese Entscheidungen so schnell, und zwar nach weniger als einem Monat seit dem Austausch der Ratifizierungsurkunden zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, gefällt wurde, haben diese noch größere Bedeutung für die Kirche in Polen. Wir sind dafür dem Hl. Vater sehr dankbar. Ein Aufschub dieser Entscheidungen hätte der Kirche in Polen Schaden zugefügt. [...] Mögen Ew. Eminenz des brüderlichen Gedenkens im Gebet und meiner Verehrung versichert sein.«²³⁹

Die Neuregelung in Polen hatte übrigens auch eine wichtige Signalwirkung für die Politik der vielen kleinen Schritte der 1970er-Jahre in der DDR. Mit der in der Verlautbarung vom 28. Juni 1972 errichteten Apostolischen Administratur Görlitz, die aus dem Gebiet der Erzdiözese Breslau ausschied, hatte der Vatikan erstmals in einem kirchenrechtlichen Akt von der Deutschen Demokratischen Republik Kenntnis genommen.

In dem Schreiben vom 26. August 1972 bedankte sich der polnische Primas insbesondere auch für eine öffentliche Äußerung Kardinal Döpfners, die dieser als Präsident von

236 Vgl. dazu *Rudolf Morsey*, Die Haltung der Bundesregierung zur vatikanischen Ostpolitik in den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches 1958–1978, in: *Hummel*, Ostpolitik, S. 31–78, hier S. 75.

237 Vgl. dazu die ungewöhnlich deutliche Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vom 29.6.1972 (Anm. 235).

238 Druck: Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg, 28.7.1972, Nr. 91, S. 92f.

239 In: KfZg, Vatikanische Ostpolitik, Sammlung Hummel.

Pax Christi anlässlich des Empfangs einer siebenköpfigen Znak-Delegation am 13. Juni 1972 in München gemacht hatte. »Zweifellos hat diese öffentliche Erklärung Ew. Eminenz dem Hl. Vater die Regelung der kirchlichen Beziehungen in den betreffenden Diözesen erleichtert.« Wyszynski stand mit dieser Ansicht nicht allein. »Als Stimulans hat auch eine Rede Döpfners gewirkt, in der auf eine Lösung gedrängt wurde«²⁴⁰, schrieb die FAZ am 29. Juni 1972 in einem Bericht aus Rom. Die Deutsche Tagespost berichtete am 30. Juni 1972:

»In kirchlichen Kreisen Bonns wird vermutet, dass sich Erzbischof Casaroli, der vatikanische »Außenminister«, durch die Ansprache des Präsidenten des deutschen Zweiges der internationalen Pax-Christi-Bewegung, Julius Kardinal Döpfner beim Empfang der polnischen ZNAK-Gruppe am 13. Juni in München zu der jetzt getroffenen Neuordnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete ermutigt fühlte.«²⁴¹

Döpfner sah nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrags eine wesentlich veränderte Ausgangslage für die politischen und die kirchlichen Entspannungsbemühungen und formulierte dann in der umstrittenen Passage der Ansprache:

»Wohin soll der Weg führen, welche Schritte auf diesem Weg werden möglich und notwendig sein, wenn jetzt, wie Professor Stomma mit Recht gesagt hat, die Weichen zwischen Polen und der Bundesrepublik neu gestellt worden sind? Wie Sie wissen, wird gegenwärtig geprüft, ob und wie die Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse in den polnischen Westgebieten aufgrund des Warschauer Vertrages erfolgen kann und soll. Die Entscheidung ist Sache des Heiligen Stuhles, der im Zusammenwirken mit den zuständigen politischen Instanzen, in Berücksichtigung der pastoralen Situation und im Benehmen mit den dort und hier verantwortlichen Bischöfen die notwendigen Schritte tun wird. Die Prüfung erfordert Zeit, aber eine dauerhafte Entscheidung sollte nicht verzögert werden. Die deutschen Bischöfe werden sich, dessen bin ich sicher, bei der Entscheidung des Hl. Stuhles ihrer brüderlichen Verantwortung für die Kirche in Polen bewusst sein.«²⁴²

Kardinal Döpfner selbst fühlte sich missverstanden und vereinnahmt. In verschiedenen Erklärungen ließ er öffentlich wissen, was er intern auch dem Vatikanischen Staatssekretariat mitteilte. Er habe am 13. Juni darauf hingewiesen, dass zwar die schwierige Frage der Neuregelung nicht verzögert werden dürfe, aber einer sorgfältigen Prüfung bedürfe und nicht ohne Konsultation der verantwortlichen Bischöfe entschieden werden könne. Er habe dabei bei seinen Besuchern durchaus Verständnis dafür gefunden, dass die Regelung in Polen noch einige Monate dauern werde.

»Es wäre darum nicht richtig, sich für die rasche und ohne Konsultation der deutschen Bischöfe erfolgte Regelung vom 28. Juni auf diese meine Ansprache zu berufen. Ich habe das auch die zuständigen Stellen wissen lassen.«²⁴³

3. *Der Besuch 1978*

Nach 1972 kam es im bilateralen deutsch-polnischen Verhältnis zu verschiedenen Verbesserungen. Mit einer Bußwallfahrt nach Auschwitz, an der vom 19. bis 25. Mai 1964 auch 34 deutsche Katholiken teilgenommen hatten, begann die Gründungsgeschichte des Maximilian-Kolbe-Werks.²⁴⁴ Die deutsche Sektion von Pax Christi und ihr damaliger Vizepräsident Alfons Erb sowie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und 13

240 FAZ Nr. 147, 29.6.1972.

241 Deutsche Tagespost Nr. 78, 30.6.1972.

242 KNA Dokumentation Nr. 26, 16.6.1972, S. 2.

243 Zitat aus einem Schreiben an die Landsmannschaft der Oberschlesier, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, vom 16.9.1972 in: KfZg, Vatikanische Ostpolitik, Sammlung Hummel.

244 Siehe Herder Korrespondenz 27 (1973), S. 649. Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Arkadiusz Stempin in diesem Band.

katholische Verbände schufen dann 1973 die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen, ohne die humanitäre Hilfe dieser Größenordnung nicht möglich wäre. In den ersten 30 Jahren hat das Hilfswerk Projekte in einer Größenordnung von über 56 Millionen Euro finanziert.

Im April 1973 wurde eine kleine Gruppe des Bensberger Kreises vom Klub der Katholischen Intellektuellen (KIK) nach Breslau eingeladen, um über das Engagement von Laienkatholiken und den Entwicklungsprozess der deutsch-polnischen Aussöhnung zu beraten.²⁴⁵

Die ostpolitischen Hauptauseinandersetzungen nach 1972, die deutsche Interessen betrafen, spielten sich nicht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen, sondern zwischen dem bundesdeutschen Katholizismus und Rom ab.²⁴⁶ Die Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz – bis zu seinem überraschenden Tod am 24. Juli 1976 Kardinal Döpfner (München und Freising) und sein Amtsnachfolger Kardinal Höffner (Köln) –, der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz Dr. Josef Homeyer, das Katholische Büro, die Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Bernhard Vogel und Prof. Hans Maier, sowie Generalsekretär Dr. Friedrich Kronenberg, katholische Unionspolitiker wie Dr. Rainer Barzel, Alfred Biehle, Dr. Herbert Czaja, Dr. Richard Jaeger, Dr. Philipp Jenninger, Heinrich Köppler, Dr. Helmut Kohl, Dr. Alois Mertes, Dr. Franz-Joseph Strauß, übernahmen in enger Abstimmung mit Kardinal Bengsch und teilweise mit dem Auswärtigen Amt sowie mit intensiver Medienunterstützung eine in dieser Form beispiellose Aktivrolle.

Nach den beiden Polen-Reisen der Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz – 1973 reiste Döpfner erstmals nach Polen, im April 1977 Kardinal Höffner – kam es vom 20. bis 25. September 1978 unter Leitung des 77-jährigen Primas, der Polen nach 1945 bis zu diesem Tag nur verlassen hatte, um den Vatikan und Italien zu besuchen, zum ersten Gegenbesuch einer zehnköpfigen polnischen Delegation in der Bundesrepublik Deutschland.²⁴⁷

Bei der Reisedramaturgie wurde von beiden Seiten peinlich genau darauf geachtet, dass dieser Besuch vor allem zum Besuch des Primas wurde. Dies bedeutete u. a., dass der Erzbischof von Krakau sich in diesen Tagen bewusst im Hintergrund hielt. Kardinal Wojtyła versäumte aber nicht, verschiedentlich an den im Juli 1976 verstorbenen Kardinal Döpfner zu erinnern, der – in seinen Worten – »Gott auf dem Wege der Annäherung an die Kirche in Polen und an unser Volk nach den Schreckenserfahrungen des Zweiten Weltkrieges gesucht hat.«²⁴⁸ Ohne das Vorbild Kardinal Döpfners wäre damals wahrscheinlich keine neue Qualitätsstufe der deutsch-polnischen (Kirchen-)Beziehungen erreicht worden.

Aus der Sicht des 25. September 1978 war der bischöfliche Besuch der vorläufige Höhepunkt einer langjährigen, vorsichtigen Annäherung und insoweit ein gewisser Abschluss. »Erst mit der Reise Wyszynskis in die Bundesrepublik«, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung, »ist das Fundament für eine deutsch-polnische Normalisierung lückenlos

245 Siehe *Bernd Ammermann*, Für deutsch-polnische Aussöhnung durch Schaffung einer Infrastruktur persönlicher Kontakte (Information über ein gemeinsames Seminar in Breslau), in: Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen e. V. Nr. 63 (1973), S. 71–73.

246 Vgl. *Morsey*, Bundesregierung, und *Hummel*, Heiliger Stuhl.

247 Für die offiziellen Reden vgl. Begegnung der Konferenz des polnischen Episkopats mit der deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978. Dokumentation der Predigten und Ansprachen (Stimmen der Weltkirche 4, September 1978).

248 Unser gemeinsamer Weg. Predigt von Kardinal Karol Wojtyła im Dom von München am 24. September 1978, in: Stimmen der Weltkirche 4 (1978), S. 50–52, Zitat S. 50.

gemauert und damit auch belastbar.«²⁴⁹ Die vertrauten Themen der Vergangenheit wirkten immer noch wie eine nicht abgelöste Hypothek: Auch 1978 drehten sich die Gespräche um die Pflege deutscher Kriegsgräber und allgemein der deutschen Gräber in Polen, um die Möglichkeit zu deutschsprachiger Seelsorge, die »*facultates specialissimae*« für Kardinal Hlond, die angeblich von den Päpsten Johannes XXIII. und Paul VI. gegenüber Primas Wyszyński erneuert worden waren, das Problem der Kirchenglocken, um die Zusammenarbeit katholischer Wissenschaftler und Theologen aus beiden Ländern und gemeinsame Wallfahrten. Die beiden Bischofskonferenzen vereinbarten aber auch, eine gemeinsame Kommission einzurichten, um die Kontakte zu intensivieren.

Für den Erfolg des Zusammentreffens war aber nicht diese Verabredung entscheidend, sondern dass es beiden Seiten erstmals gelang, nicht mehr hauptsächlich auf die Vergangenheit fixiert miteinander zu sprechen, sondern auf den zukunftsgerichteten Auftrag der Kirche in beiden Ländern hinzuweisen. »Dieses ›Zeichen‹ – das wage ich in aller Bescheidenheit zu sagen«, kommentierte Prälat Homeyer, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und eine der treibenden Kräfte der deutsch-polnischen Versöhnung, »ist *auch* das Ergebnis der jahrzehntelangen Bemühungen seitens der Kirche in Deutschland.«²⁵⁰ Die Vorsitzenden beider Bischofskonferenzen machten ihrerseits mehrfach deutlich, die Gestaltung der Zukunft sei wichtiger als der Streit um die Vergangenheit.

»Unsere Kirchen«, sagte der Primas zum Abschluss, »haben die Pflicht, das Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Nationen auf den Grundprinzipien der christlichen Sittenlehre aufzubauen. Man kann nicht immer in die Vergangenheit zurückblicken, obwohl man sich ihrer erinnern muss, um keine Fehler zu wiederholen.«²⁵¹

In den Worten Kardinal Höffners hieß dies: »Es ist unsere tiefe Hoffnung und Überzeugung, dass der Besuch des Primas von Polen bei uns in Deutschland der Ausgangspunkt für eine neue Epoche in unseren Beziehungen und für Europa ist.«²⁵²

VII. ZUSAMMENFASSUNG

Nur wenige Wochen später – am 16. Oktober 1978 – wurde Kardinal Wojtyła zum Papst gewählt und nannte sich Johannes Paul II. Aus dieser Sicht steht der Septemberbesuch nicht nur an einem Ende, sondern an einem in dieser Form völlig unerwarteten Anfang einer grundlegend neuen Phase vatikanischer Ostpolitik, deren Gestaltung der Papst, der aus Polen kam, sich selbst vorbehält.

Bezogen auf Deutschland unterblieb zunächst die kirchliche Neuordnung der DDR, die Agostino Casaroli für Papst Paul VI. bereits unterschiftsreif vorbereitet hatte.

249 Zit. nach *Oskar Neisinger*, Stefan Cardinal Wyszyński – Karol Cardinal Wojtyła. Begegnungen in Deutschland, Würzburg 1978, S. 91. Die Süddeutsche Zeitung urteilte: »[...] wenn der Primas von Polen, ein Kirchenmann von europäischem Rang, eine Symbolfigur für geistigen Widerstand gegen ideologische Unfreiheit, einen offiziellen Besuch bei der Kirche des deutschen Nachbarlandes im Geiste christlicher Versöhnung abstattet, dann setzt er eine unübersehbare Marke auch in der politischen Geschichte unserer beiden Völker.« Ebd.

250 Josef Homeyer in einem Privatbrief an Franz Alt am 4.10.1978.

251 Europa: neues Bethlehem für die Welt. Erklärung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński, zum Abschluss der Reise in die Bundesrepublik Deutschland in Köln, am 25. September 1978 vor der Presse, in: *Stimmen der Weltkirche* 4 (1978), S. 63–65, Zitat S. 63.

252 Brückenbau zwischen Polen und Deutschland. Abschlusserklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, zum Besuch des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz am 25. September 1978, in: *Stimmen der Weltkirche* 4 (1978), S. 60–62, Zitat S. 62.

Den neuen Kurs der vatikanischen Ostpolitik und die neuen weltkirchlichen Zuständigkeiten machte Johannes Paul II. durch sein Verhalten und seine Personalentscheidungen rasch und unmissverständlich deutlich. Auf seiner ersten triumphalen Polenreise vom 2. bis 10. Juni 1979 bezog sich der Papst zwar in allen offiziellen Ansprachen klar zustimmend auf den »unvergessenen Papst Paul VI.«, den »ersten Pilgerpapst nach vielen Jahrhunderten«. »Ich habe sogleich verstanden, dass es meine besondere Aufgabe ist, jenen Wunsch zu erfüllen, dem Paul VI. zur Tausendjahrfeier der Taufe Polens nicht nachkommen konnte.«²⁵³ Noch im gleichen Monat wurde Erzbischof Agostino Casaroli beim ersten Konsistorium des neuen Papstes zum Kardinal ernannt und einen Tag später, am 1. Juli 1979, zum Kardinalstaatssekretär befördert²⁵⁴, zu dessen primärer Zuständigkeit die vatikanische Ostpolitik nicht gehört.

»Der Zusammenbruch des Sowjetimperiums hat allen Beteiligten die Nagelprobe auf Erfolg oder Misserfolg der Vatikanischen Ostpolitik erspart.«²⁵⁵ Je nach der gewählten Argumentationsperspektive – Geschichte, Völkerrecht, Moral, Politik, Seelsorge – wäre dieses Urteil auch sehr verschieden ausgefallen. Jedenfalls ist aus heutiger Sicht ein abwägendes Urteil bedeutend leichter als aus der Sicht der damaligen Akteure, weil seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime die Ambivalenz in der wichtigsten konzeptionellen Annahme vatikanischer Ostpolitik durch eine Konstante ersetzt werden kann. Die Parteien im Streit um die Ostpolitik und die konkreten Entscheidungen waren letztlich von der je verschiedenen Antwort auf die gleichen Fragen vorgeprägt: Welche Lebensdauer hat der Weltkommunismus? Kann die katholische Kirche den weltanschaulichen Konflikt »aussitzen« oder müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um für die nicht zuverlässig kalkulierbare Zwischenzeit wenigstens ein Minimum an Seelsorge für die Christen in diesen Ländern sicherzustellen? Der fundamentale außenpolitische Politikwechsel von Papst Paul VI. zu Johannes Paul II. verdeutlicht an einem Beispiel den enormen Einfluss einer großen Persönlichkeit auf die hohe Politik.

Ein zweites Beispiel für einen ungewöhnlich großen Einfluss des Faktors Persönlichkeit ist die hier erzählte Geschichte der deutsch-polnischen Versöhnung. Tadeusz Mazowiecki, viele Jahre einer der im Dialog mit den Deutschen engagiertesten polnischen Laien, bedankte sich 2001 für den ihm verliehenen Deutschen Nationalpreis mit den Worten: »Ich könnte jetzt die politischen Umstände der deutsch-polnischen Beziehungen aufzählen, doch die Menschen waren viel wichtiger [...] »Menschen der Versöhnung«.«²⁵⁶ Nachdem er zuerst an den Brief der polnischen Bischöfe und »den berühmten Satz über die Vergebung« erinnert und »den bewegenden Kniefall Willy Brandts zu Füßen des Ghetto-Denkmal in Warschau« hervorgehoben hatte, zählte Mazowiecki namentlich folgende Persönlichkeiten auf: Anna Morawska, Mieczyslaw Pszon, Jan Jozef Lipski, Stanislaw Stomma, Wladyslaw Bartoszewski, Karl Dedecius, Marion Dönhoff, Lothar Kreyssig, Günter Särchen, Reinhold

253 Siehe Stark im Glauben, S. 24 f. Am ersten Tag seiner Polenreise hielt der Papst auf dem Siegesplatz in Warschau eine Predigt vor 300.000 Gläubigen.

254 Außer Casaroli wurden 13 weitere Kardinäle ernannt.

255 *Hürten*, S. 17. Otto B. Roegele war unter langfristigem Aspekt bereits 1965 überzeugt: »Die Kirche in Polen [...] hat die besseren Argumente und die größere Erfahrung im Ertragen von Leid und Verfolgungen [als der polnische Staat]. Auch wenn man ihre Sache nur unter irdischen Gesichtspunkten betrachtet, steht es mit ihr nicht schlecht.« *Roegele*, Versöhnung, S. 77 f.

256 Mazowiecki in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Deutschen Nationalpreises am 14.6.2001, Text im Internet: URL <www.nationalstiftung.de> [30.5.2005]. Tadeusz Mazowiecki (geb. 1927): Polnischer Politiker und Journalist, Mitgründer des Klubs der Katholischen Intelligenz, 1961–1971 Abgeordneter des Sejm, seit 1980 Berater und Publizist der Gewerkschaft Solidarnosc, 1981/82 Haft, August 1989 bis Dezember 1990 polnischer Ministerpräsident und bis 2001 erneut Abgeordneter des Sejm, 1990–1995 Vorsitzender der Demokratischen Union, später Freiheitsunion.

Lehmann, Manfred Seidler²⁵⁷ und – später, »in der Stunde der Wiedervereinigung«, Helmut Kohl.²⁵⁸

Die persönliche Qualität der Beziehungen prägte nicht alle Phasen der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 gleichermaßen, charakterisiert aber insbesondere die ersten

257 Mit einer hohen Quote von Übereinstimmungen nannte Bundespräsident Johannes Rau anlässlich eines Besuches des polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski in Deutschland am 6.3.2002 folgende Namen: Karl Dedecius, Tadeusz Mazowiecki, Stanislaw Stomma, Wladyslaw Bartoszewski, Jan Józef Lipski, Marion Gräfin Dönhoff, Berthold Beitz, Günter Grass und Klaus von Bismarck. Archiv der Gegenwart 22.3.2002, S. 45557.

Anna Morawska (1922–1972): Journalistin, Redaktionsmitglied bei *Tygodnik Powszechny* und der katholischen Monatsschrift *Wież*, Mitglied des Clubs der Intelligenz in Krakau, Referentin bei den Magdeburger Polen-Seminaren, Übersetzerin u. a. der Werke von Karl Rahner und Dietrich Bonhoeffer. Siehe *Mechtenberg*, Engagement, S. 103–106.

Mieczyslaw Pszon (1915–1995): Stellvertretender Chefredakteur von *Tygodnik Powszechny*, Bevollmächtigter der ersten nicht-kommunistischen Regierung Polens für die Beziehungen zu Deutschland. Siehe *Lissek. Manfred Seidler*, Anna Morawska, in: *Wież* Sonderausgabe 1994, S. 90–92.

Jan Jozef Lipski (1926–1991): Literaturwissenschaftler, Solidarnosc-Senator, polnischer Intellektueller, Verfasser zahlreicher Essays zur Verständigung Polens mit seinen Nachbarvölkern. Stanislaw Stomma (1908–2005): Juraprofessor, seit 1945 enge Zusammenarbeit mit der Jagiellonen-Universität in Krakau, 1956 bis zur Auflösung 1976 Leiter der Znak-Gruppe im polnischen Parlament, bis 1989 Leiter der Politischen Sektion des Gesellschaftlichen Rates beim Primas, 1972 Sprecher der Znak-Delegation bei dem Besuch in München, 1976 Stimmenthaltung bei der Abstimmung über die novellierte Verfassung, 1988 Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes als erster Pole. Siehe *Pailer*.

Wladyslaw Bartoszewski (geb. 1922): Historiker und Publizist, im Zweiten Weltkrieg polnischer Widerstandskämpfer, 1940/41 Haft im Vernichtungslager Auschwitz, 1944 Teilnahme am Warschauer Aufstand, nach 1945 sechs Jahre in polnischer Haft, Engagement für die Gewerkschaft Solidarnosc, 1981 erneut Inhaftierung, 1990–1995 Botschafter in Wien, mehrere Gastprofessuren in Deutschland, 2000/2001 Außenminister Polens.

Karl Dedecius (geb. 1921): Mitbegründer und langjähriger (früherer) Leiter des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt.

Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002): geboren auf Schloss Friedrichstein in Ostpreußen, Journalistin (Die ZEIT, 1968 Chefredakteurin), 1955 Mitgründerin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Dr. Lothar Kreyssig (1898–1986): Jurist, Mitglied der Bekennenden Kirche, evangelischer Theologe, 1940 Strafanzeige gegen NSDAP-Reichsleiter Philipp Bouhler wegen der Ermordung Kranker und Behinderter (»Euthanasie«), 1942 Zwangspensionierung, 1958 Gründer der Aktion Sühnezeichen. Vgl. dazu das Statement von *Georg Hüßler* in: *Dein Reich komme*. 89. Deutscher Katholikentag vom 10. bis 14. September 1986 in Aachen, Dokumentation, Paderborn 1987, S. 557–562, sowie *Konrad Weiß*, Kreyssig, Lothar, in: *Traugott Bautz*, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XXIII, Sp. 872–884.

Reinhold Lehmann (1939–1998): Journalist, u. a. Auslandsredakteur der KNA, Chefredakteur der Freiburger Bistumszeitung *Konradsblatt*, 1969–1982 Generalsekretär von Pax Christi, 1977 Vorstandsmitglied des Maximilian-Kolbe-Werks.

Manfred Seidler (geb. 1922): ehem. Leiter eines Bonner Gymnasiums, Sprecher der Polen-Kommission des Bensberger Kreises.

258 Der Kontakt zwischen Stanislaw Stomma und Helmut Kohl begann im Oktober 1969, wenige Tage nach der Bundestagswahl. Auf Vermittlung von Klaus von Bismarck empfing der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz den polnischen Gast am 15. Oktober 1969 zu einem Essen. Stomma bezeichnete Kohl in seinem Bericht an das polnische Außenministerium später als seinen »interessantesten Gesprächspartner« und hielt in seinen privaten Aufzeichnungen fest: »Es heißt, dass dies eventuell der zukünftige CDU-Kanzler sei. Wenn dem so ist, dann muss man sagen, dass die BRD Glück hat.« Zit. nach *Pailer*, S. 112.

20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Abhängigkeit vom Engagement Einzelner machte die Versöhnung zwischen den beiden Völkern vielleicht rückfallgefährdeter, als das für die deutsch-französischen Freundschaftsbeziehungen galt. Gleichwohl wäre ohne die durch die katholische Kirche angebahnten kirchlichen Kontakte nach Polen keine tragfähige Ausgangsbasis für die sozialliberale, ostpolitische Vertragspolitik vorbereitet gewesen. Die durch persönliche Beziehungen angebahnte Bereitschaft zur Versöhnung war eine notwendige Voraussetzung europäischer Entspannungspolitik. Die auffällige und von beiden Seiten immer neu wiederholte Betonung des Unpolitischen – »Wir sind eine Delegation des polnischen Episkopats, die einen Gegenbesuch der Deutschen Bischofskonferenz abstattet. Wir kommen hierher ohne alle politischen Absichten.«²⁵⁹ – steht dazu nicht im Widerspruch. Reinhold Lehmann formulierte in einem Rückblick 20 Jahre nach dem Briefwechsel die Konvergenz des Politischen mit dem Vorpolitischen:

»Der Briefwechsel war kein isolierter historischer Vorgang. Er war Etappe auf dem Weg und zeigt die Auseinandersetzungen der damaligen Zeit, aber auch die heute noch schwelenden Probleme. Er wurde jedoch für die Folgezeit wegweisend. Entscheidend ist, dass die kirchlichen Kontakte sich zu dem Zeitpunkt weiterentwickeln konnten, als auch politisch durch den Warschauer Vertrag dem polnischen Sicherheitsbedürfnis mehr Rechnung getragen wurde.«²⁶⁰

Der Stellenwert der gesellschaftlichen Kontakte hat sich durch die abgeschlossenen politischen Verträge bis 1990 und seitdem zwar geändert, ist aber nicht geschmälert worden.

»Die noch bestehenden gegenseitigen Vorurteile und Klischees lassen sich am besten durch Erfahrung bei persönlichen Begegnungen abbauen. Es ist wichtig, dass Informationen, Eindrücke und Wertungen offizieller Besucher und Delegationen, die uns die Massenmedien vermitteln, durch eine Infrastruktur persönlicher Kontakte ergänzt werden. Solche Kontakte ermöglichen es, die beiderseitigen konkreten Lebensbedingungen durch Erfahrung kennenzulernen, Verständnis für die gesellschaftlich bedingte Lebenssituation des anderen zu gewinnen und die eigene Position des Selbstverständnisses kritisch zu überdenken. Eine Hoffnung bietet die nach dem Krieg geborene junge Generation – in Polen ist dies bald 60 % der Bevölkerung –, die mit Erlebnissen der furchtbaren Geschichte der Vergangenheit nicht persönlich belastet ist.«²⁶¹

259 Polen und Bayern. Ansprache Kardinal Wyszyński im Münchener Dom am 23. September 1978, in: Stimmen der Weltkirche 4 (1978), S. 43 f., Zitat S. 44.

260 Reinhold Lehmann, Erst in der nächsten Generation? Zwanzig Jahre Botschaften der Versöhnung der polnischen und deutschen Bischöfe, in: Herder Korrespondenz 39 (1985), S. 525–528, Zitat S. 528.

261 Ammermann, S. 73.